

**Die Berücksichtigung von Preissteigerungen
bei der bilanziellen Abschreibung
in der amerikanischen Diskussion.**

Inaugural-Dissertation
zur Erlangung der Doktorwürde
einer Hohen Staatswirtschaftlichen Fakultät
der Ludwig-Maximilians-Universität
zu München

vorgelegt von
EBERHARD THEILACKER

1961

Referent: Prof. Dr. Otto Hintner

Korreferent: Prof. Dr. Edmund Heinen

Tag der mündlichen Prüfung: 20. Dezember 1961
(Schlußberatung)



INHALTSVERZEICHNIS

	Seite
Vorbemerkung	3
1. Der Rahmen der Diskussion	5
1.1 Preisbewegungen in den USA nach dem 2. Weltkrieg	5
1.2 Rechtliche Bestimmungen über das Rechnungswesen der Unternehmung	9
1.2.1 Handelsrechtliche Bestimmungen	9
1.2.1.1 Die Abschreibung nach Handelsrecht	12
1.2.2 Steuerrechtliche Bestimmungen	16
1.2.2.1 Die Abschreibung nach Steuerrecht	18
1.2.2.1.1 Absetzung für Abnutzung	18
1.2.2.1.2 Absetzung für Substanz - verringern	19
1.2.2.1.3 Die Sonderabschreibung für "Emergency Facilities"	20
1.2.2.2 Die Besteuerung von "Capital Gains"	21
1.2.3 Preisrechtliche Bestimmungen	24
2. Grundfragen der Unternehmungsrechnung	26
2.1 Arbeitsteilige Tauschwirtschaft und Geldrechnung	26
2.2 Unternehmung und Gewinn	29
2.3 Die Verobjektivierung der Unternehmung (entity versus proprietary concept)	34
2.4 Die Unternehmung in der Zeit (venture-continuum-growth)	37
2.4.1 Die Unternehmung als Partiegeschäft oder als Dauergebilde	37
2.4.2 Die "kapazitätsmäßig" wachsende Unternehmung	39
3. Die Abschreibung in den verschiedenen Erhaltungskonzeptionen	43
3.1 Die Erhaltung von Bestandsgrößen ("Kapital"erhaltung)	44
3.2 Die Erhaltung der Stromgröße "Einkommen"	45
4. Die Konzeption der Substanzerhaltung und die wirtschaftliche Dynamik	58

5. Die Berücksichtigung von Preissteigerungen bei der bilanziellen Abschreibung nach dem "Matching Principle"	65
Exkurs: Ausgaben, Kosten und Marktpreise auf dem Markt für Aufwandsgüter	67
6. Vorschläge zur Berücksichtigung von Preisänderungen bei der bilanziellen Abschreibung	74
6.1 Die Annahmen über die Preisentwicklung	75
6.2 Der Geltungsbereich der "Korrekturen" und ihre Darstellung in der Rechnungslegung der Unternehmung	76
6.3 Die Häufigkeit der "Korrektur"	79
6.4 Der untersuchte Anlagenbestand	80
6.5 Die Verwendung der Abschreibungsgegenwerte und die Frage der "Nachholung"	86
6.6 Die Ansatzpunkte der Abschreibungs"korrektur"	89
6.6.1 Die "Korrektur" der Abschreibungsbasis	89
6.6.2 Die Berücksichtigung beim Abschreibungsverfahren	94
6.6.2.1 Retirement Accounting, Replacement Accounting und die Substitution von Abschreibungsaufwand durch Instandhaltungsaufwand	95
6.6.2.2 Sofortabschreibung und degressive Abschreibung	98
6.7 Reinvestitionsabschreibung (reinvestment depreciation)	102
7. Abschreibungs"korrekturen" in der Wirtschaftspraxis	106
8. Finanzierung und steigende Preise	112
8.1 Selbstfinanzierung	112
8.2 Finanzierung am Kapitalmarkt	119
9. Gesamtwirtschaftliche Auswirkungen der Abschreibungs"korrekturen"	122
9.1 Der Einfluß auf Investitionsvolumen und Konjunktur	123
9.2 Der Einfluß auf die Preisentwicklung	127
9.3 Der Einfluß auf die Einkommensverteilung	129
Schlußbemerkung	133
Literaturangaben	135

VORBEMERKUNG

In Deutschland hat man unter Verwendung der Begriffe "Substanzerhaltung, Kaufkraftherhaltung, Scheingewinn" Auswirkungen von Preissteigerungen auf die Erfolgsrechnung der Unternehmung in zahlreichen Veröffentlichungen behandelt. 1)

In den USA hat die steuer- und handelsrechtliche Anerkennung der Lifo-Methode für die Bewertung des Vorratsvermögens (1938) das Schwergewicht der neueren Diskussion auf die Frage der Abschreibung in Zeiten steigender Preise gelenkt.

Auch bei einer Betrachtung dieses spezifischen Problems kann man nicht auf grundsätzliche Überlegungen verzichten, die letzten Endes in die Frage einer Quantifizierung gütermäßiger Kapitalvorstellungen in der Unternehmungsrechnung münden. Von einer großangelegten Untersuchung des Instituts der Wirtschaftsprüfer abgesehen, kommt jedoch in den amerikanischen Publikationen zu dem Thema "Abschreibung und steigende Preise" die Klärung der Prämissen in der Regel zu kurz; im Vordergrund stehen Fragen der Rechentechnik und gesamtwirtschaftliche Gesichtspunkte.

Der Verfasser gibt in der vorliegenden Arbeit keinen referierenden Bericht, sondern nimmt selbst Stellung. Die Parallelen zur deutschen Diskussion sind klar ersichtlich und bedürfen nur in wenigen Fällen eines besonderen Hinweises. Auf der anderen Seite ergeben sich aus den andersartigen institutionellen Gegebenheiten in den USA neue Gesichtspunkte, die ein allgemein-gültiges Urteil auf eine breitere Grundlage stellen.

Eine Aktualität des Themas, in der der Verfasser an sich kein Kriterium für eine wissenschaftliche Bearbeitung sehen möchte, ist für die Vereinigten Staaten mit den Preissteigerungen der vergangenen 15 Jahre gegeben. 2)

Bei dem letzten großen Streik in der Stahlindustrie vom Juni 1959 bis Januar 1960 spielte die Frage der Abschreibung in Zeiten steigender Preise eine nicht zu unterschätzende Rolle: der These der Gewerkschaften, daß die Gewinne in der Stahlindustrie durch die Anwendung der degressiven Abschreibungsmethode und durch Sonderabschreibungen zu niedrig ausgewiesen wurden, stand die Auffassung der betroffenen Verwaltungen gegenüber, daß sie wegen gestiegener Beschaffungskosten und allgemeiner Inflation zu hoch beziffert seien. 3)

1) Einen Einblick in den heutigen Stand der Diskussion gibt Karl Hax in dem Buch "Die Substanzerhaltung der Betriebe", Köln und Opladen, 1957

2) In einer Umfrage der Harvard Business Review nach der "major problem area" des Jahres 1959 nannten führende Geschäftsleute nach "marketing" (28,2 %) "inflation" an zweiter Stelle mit 27,6 %. Weiter wurden genannt: "labor" 13,9 %, "government" 9,5 %, "economics" 3,7 % "financial" 3,2 %. HBR, Januar/Februar 1959, S. 8

3) Vgl. den Leitartikel "Depreciation and the Steelstrike" im Journal of Accountancy, Januar 1960

Die hier behandelte Fragestellung ist in den Vereinigten Staaten erstmals nach dem ersten Weltkrieg durch George O. May und William A. Paton aufgeworfen worden. Paton gab auch den Anstoß zu der in Deutschland bekannt gewordenen Arbeit von Henry W. Sweeney "Stabilized Accounting", die in starkem Maß Untersuchungen deutscher Betriebswirte, besonders von Walter Mahlberg, einbezieht.¹⁾

Im Jahre 1930 veröffentlichte die Harvard Business Review einen Artikel von Fritz Schmidt "The Basis of Depreciation Charges"²⁾, der jedoch wie die anderen Untersuchungen vor dem 2. Weltkrieg nur auf geringes Interesse der Wirtschaftspraxis und damit auch der amerikanischen Betriebswirtschaftslehre stieß.

Der Verfasser möchte an dieser Stelle seinen Dank für die ihm in den USA zu Teil gewordene Unterstützung zum Ausdruck bringen. In Unterhaltungen mit Herrn Professor Henry W. Sweeney von der Columbia University und von Henry W. Sweeney & Co., New York City N. Y. sowie Herrn Maurice Peloubet von Pogson, Peloubet & Co., New York City N. Y. erhielt er wertvolle Hinweise. Diese Herren haben weiterhin, ebenso wie Herr Professor Robert Eisner von der Northwestern University und Herr Professor W. C. Flewellen von der University of Alabama, dem Verfasser schwer zugängliche Unterlagen zur Verfügung gestellt. Den Herren vom AIESEC-Committee der Graduate School of Business der Columbia University und dem Assistant Dean der Graduate School of Business der Columbia University, Herrn Fred Ronai, schuldet der Verfasser Dank für die liebenswürdige Unterstützung während der Vorbereitung dieser Arbeit an der Columbia-Universität.

Herrn Professor Dr. Otto Hintner, der die Betreuung der vorliegenden Arbeit übernommen hat, und seinen Assistenten Herrn Dr. Gerhard Mann und Herrn Dr. Anton Heigl ist der Verfasser für die ihm jederzeit gewährte Hilfe zu Dank verpflichtet.

1) Harper & Brothers, New York und London, 1936

2) HBR 1930, S. 257 ff

1. Der Rahmen der Diskussion

1.1 Preisbewegungen in den USA nach dem 2. Weltkrieg

Das Interesse der Wirtschaftspraxis an einer Abkehr von den traditionellen Rechnungsmethoden läuft auch in den Vereinigten Staaten parallel zu der allgemeinen Entwicklung der Preise; in Zeiten allgemeiner Preissteigerungen ist es stärker als in Zeiten sogenannter Preisstabilität. Es ist jedoch historisch bemerkenswert, daß die Verbindung Unternehmungserfolg - Preisentwicklung zum ersten Mal in einer Periode fallender Preise vor die Öffentlichkeit, das heißt hier vor die Gerichte, gebracht wurde. Im Jahre 1898 wurde in dem Prozeß Smyth vs. Ames, der die Fair-Value Doktrin in der amerikanischen Rechtsprechung begründete ¹⁾, die Forderung erhoben, den Eisenbahnunternehmungen bei der Tarifbildung nur eine Verzinsung des Gegenwartswertes ihrer Investition - also eine niedrigere Abschreibungsbasis als den Anschaffungswert - zu gestatten.

Die Geschichte der Preisbewegungen, von Inflation und Deflation gemessen am Index der Großhandelspreise, war in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts durch die große Depression der Jahre 1929 - 39 gekennzeichnet. Nachdem sich der Index von 1915 (100) während des ersten Weltkrieges verdoppelt und dann auf etwa 150 in den 20-er Jahren stabilisiert hatte, fiel er in der Depression wieder auf den Stand von 1915. Bei einigen Unternehmungen hatte man beim Anlagevermögen Zuschreibungen zu Gunsten des Eigenkapitalkontos vorgenommen, die dann in der Flaute im Interesse einer Dividendenausschüttung unter gleichzeitiger Kapitalherabsetzung wieder rückgängig gemacht wurden. ²⁾ Die Erinnerung an den Preisrückgang der Depression und die gegensätzlichen Bilanzoperationen spielte zu Beginn der Diskussion nach 1945 noch eine Rolle, wurde aber dann mehr und mehr durch die Überzeugung abgelöst, daß die Preisbewegungen der Gegenwart die Eigenschaften einer Einbahnstraße besitzen.

Der Preisauftrieb für Großhandelsgüter im 2. Weltkrieg setzte sich von 1945 - 51 fort und wurde 1951 - 55 durch eine Periode relativer Preisstabilität abgelöst. In das Jahr 1947 fällt der Versuch einiger bedeutender Aktiengesellschaften, für in den veröffentlichten Bilanzen bereits durchgeführte Sonderabschreibungen, die mit Preissteigerungen begründet wurden, die handels- und steuerrechtliche Anerkennung zu erlangen. ³⁾ Für den Zeitraum von 1955 bis Anfang 1960 wurde ein etwas verlangsamter Preisanstieg registriert; die Rezession des Jahres 1958 brachte den für die Theorie bemerkenswerten Tatbestand, daß ein Beschäftigungsrückgang keine in den Indices ersichtlichen Preissenkungen auslöste.

¹⁾ Vgl. Seite 24 und 114 f

²⁾ Vgl. Sweeney, Henry W., a.a.O., S. 45

³⁾ United States Steel Corporation, Chrysler Corporation, Dupont de Nemours u.a., vgl. S. 139 ff.

Tafel 1) Preisreihen für:

	Konsumgüter ¹⁾ (1947 - 49 = 100)	Großhandelsgüter ²⁾ (1947 - 49 = 100)	Industrielöhne ³⁾ (Brutto in \$ je Std.)
1929	73.3	65.5	0.57
1933	55.3	50.9	0.44
1940	59.9	59.4	0.66
1945	76.9	71.3	1.02
1951	111.0	115.9	1.59
1955	114.5	117.0	1.88
1959	124.5	128.2	2.22

Die statistischen Angaben über die Preisentwicklung bei den verschiedenen Gütergruppen und in den einzelnen Fertigungsstufen lassen folgende allgemeine Aussagen zu:

- a) die Preise für industrielle Produkte stiegen stärker als die Preise für landwirtschaftliche Produkte
- b) die Preise für Fertigfabrikate stiegen mehr als die Rohstoffpreise
- c) die Preise auf dem Baumarkt und für Investitionsgüter stiegen stärker als die Konsumgüterpreise
- d) die Preise für Dienstleistungen stiegen mehr als die Warenpreise ⁴⁾

Für die Preisentwicklung bei Anlagegütern geben die folgenden Indices Anhaltspunkte, wobei hier schon ausdrücklich darauf aufmerksam gemacht werden soll, daß das Problem des technischen Fortschritts ihre Aussagekraft beeinträchtigt:

-
- 1) Consumer price indexes (for city wage-earner and clerical worker families) Department of Labor; zitiert nach "Economic Report of the President" United States Government Printing Office, Washington 1960; vgl. auch "Statistical Abstract of the United States" US Bureau of the census, United States Government Printing Office, Washington 1960
 - 2) Wholesale price indexes (all commodities other than farm products and food) ebenda
 - 3) Average groß hourly earnings (Manufacturing) ebenda
 - 4) Vgl. "The New Inflation" Willard L. Thorp, Richard E. Quandt Mac Graw Hill Book Company Inc. New York - Toronto - London 1959, S. 20

Tafel 2) Preisreihen für:

Baukosten ¹⁾	Baukosten ²⁾	Maschinelle Anlagen ³⁾	Maschinen und Fahrzeuge ⁴⁾
(1954 = 100)	(1947 - 49 = 100)	(1954 = 100)	(1947 - 49 = 100)
1929 41.6	-	52.5	-
1933 31.9	-	43.1	-
1940 39.1	51.8	50.6	66.2
1945 56.9	66.7	60.0	71.6
1951 93.1	115.4	96.8	119.0
1955 103.2	124.6	102.6	128.4
1959 119.8	140.0	121.6	153.0

Wenn man von den Schwächen, die jeder Indexberechnung innewohnen, ab-
sieht, haben sich die Preise auf dem Bau- und Investitionsgütersektor in
der Zeit von 1945 - 1959 mehr als verdoppelt; dies entspricht einer jährli-
chen Rate von 5,1 %. Die Preisbewegung war damit auf diesem Gebiet
stärker als bei den Konsumgütern (Steigerung um 62 % bei einem durch-
schnittlichen jährlichen Zuwachs von 3,5 % und den Großhandelsgütern
(Steigerung von 80 % bei einem durchschnittlichen jährlichen Zuwachs von
4,3 %). Es soll festgehalten werden, daß sich unter einer sogenannten all-
gemeinen Preissteigerung (Inflation) Preisveränderungen der einzelnen
Gütergruppen mit unterschiedlicher Größenordnung verbergen.

1) Implicit price deflators for gross national product; gross private do-
mestic investment, new vonstruction, other than residential, Econo-
mic Report of the President a. a. O. - für eine Erklärung der Berechnung
siehe "US-Income and Output, A Supplement to the Survey of Current
Business" 1958

2) Construction Cost Index, US Department of Commerce, ebenda

3) Implicit price deflators for gross national product, gross private do-
mestic investment, Producers' durable equipment, ebenda

4) Wholesale price indexes, Machinery and Motive Products, ebenda

Auch der Preisverlauf für Anlagegüter ist nicht einheitlich. In den Baukosten machen sich in den USA regionale Unterschiede stark bemerkbar. In einer allerdings nicht ganz uneigennützigen Stellungnahme wird die Bildung eines allgemeinen Index für Maschinenpreise abgelehnt.¹⁾ Nach einer älteren Untersuchung für einen anderen Zeitraum blieben die Preise für Investitionsgüter der Elektroindustrie hinter denen für Büromaschinen und beide hinter den Preisen für sonstige Maschinen zurück.²⁾ Die United States Steel Corporation machte im Jahresbericht 1947 folgende Angaben über die Preisentwicklung einzelner Anlagegüter:

Prozentuale Preissteigerung von 1940 - 1947

Wire drawing machine (Drahtzieh-M.)	91
Standard Electric crane (Kran)	105
Reheating furnace (Erhitzer)	108
Blast furnace (Hochofen)	105
By-product coke ovens (Koksofen)	150
Mine locomotive (Grubenlokomotive)	44
Large electric motor	50
Continuous rolling mill (Walzstraße)	84
Concrete construction (Betonbauten)	124
Brick construction (Backsteinbauten)	250

Aus diesen Angaben geht nicht hervor, wie weit Produktivitätsverbesserungen berücksichtigt wurden. 1958 wird von der gleichen Gesellschaft berichtet, daß im Zeitraum 1946 - 1958 bei einer Erhöhung der Zahl der Hochöfen von 79 auf 83 (um etwas mehr als 3%) die Schmelzkapazität um 25% gesteigert werden konnte, während die Veredelungskapazität sogar um 39,7% zunahm, obwohl sich die Zahl der Puddelöfen von 270 auf 256 verringerte.³⁾

Nach den Gründen der Preissteigerungen zu fragen, hieße, sich mit dem Hinweis auf Angebot und Nachfrage zufrieden zu geben oder den Rahmen dieser Arbeit zu überschreiten. Ohne damit einen eindeutigen Kausalzusammenhang aufzeigen zu wollen, sei noch auf die Entwicklung der Stahlpreise hingewiesen:⁴⁾

1) The American Appraisal Company has refrained from publishing an index of general machinery price trends. We do not believe there is one worthy of the cost of producing it". Royce, Frank: "The Cost of Staying in Business", The Controller, Dezember 1957 S. 577

2) Shavell, Henry: "Price Deflators for Consumer Commodities and Capital Equipment 1929 - 42", Survey of Current Business, Mai 1943, S. 19, zitiert nach Brown, E. Cary: "Effects of Taxation, Depreciation Adjustments for Price Changes", Harvard University Boston, 1952, S. 130

3) Business Week vom 27. September 1958, S. 89

4) Vgl. Business Week vom 11. April 1959, S. 28f - Im gleichen Zeitraum fielen die Preise für Nylon (gray, per yard) von \$ 1.26 auf \$ 0.34 und für Vinyl von \$ 0.26 auf \$ 0.24 je lb.

	1947 - 49	Jan. 1959	Rate
Baustahl (100 lb)	\$ 3. 09	\$ 6. 17	100%
Stahlblech (100 lb)	\$ 4. 39	\$ 7. 30	60%

dagegen:

Index der Großhandelspreise ohne landwirtschaftliche Produkte	100	127. 7	27.5%
Index der Großhandelspreise einschließlich landwirtschaftliche Produkte	100	119. 5	19.5%

Die Erhöhungen der Stahlpreise sind mit gestiegenen Beschaffungskosten - vor allem der Löhne, aber auch der Anlagegüter - begründet worden. Es kann nicht überraschen, daß die Stahlindustrie mit ihrer relativ hohen Kapitalintensität mit besonderem Nachdruck eine Berücksichtigung von Preissteigerungen bei der bilanziellen Abschreibung fordert.

Wenn man gesamtwirtschaftliche Gesichtspunkte in die Diskussion einbeziehen will - was man in den USA ebenso gern macht wie in Deutschland - ist Klarheit darüber notwendig, daß die allgemeine Preistendenz bei Anlagegütern nicht das Ergebnis unkontrollierbarer Schwankungen anonymer Märkte darstellt - wie das etwa oft bei den Preisbewegungen der Welthandels-Rohstoffe der Fall sein wird - sondern, daß sie den Stempel monopolartiger Handlungen, sei es nun einzelner Industriezweige oder einzelner Gewerkschaften, trägt.

Im Rahmen der vorliegenden Untersuchung werden die effektiven und die erwarteten Preise grundsätzlich als Daten angesehen, nach denen die Unternehmung ihre Entscheidung trifft.

1. 2 Rechtliche Bestimmungen über das Rechnungswesen der Unternehmung

Die Darstellung beschränkt sich auf die im Zusammenhang wesentlichen Grundsätze.

1. 2. 1 Handelsrechtliche Bestimmungen

Die Vereinigten Staaten haben die Rechtsphilosophie des "Common Law" sowie ihre rechtlichen Institutionen von Großbritannien übernommen. Für den hier verfolgten Zweck reicht es aus, "Common Law" mit den Begriffen "Naturrecht, Richterrecht und Gewohnheitsrecht" zu umschreiben. Was Recht ist, steht von vornherein fest und bedarf keiner positiven Norm; man kann auch sagen, die Rechtsprechung beruht nicht auf Gesetzen, sondern auf "Treu und Glauben". Den Vorzügen dieser Auffassung im Hinblick auf die Gerechtigkeit im Einzelfall und eine Fortentwicklung in einer dynamischen Gesellschaft steht das Fehlen der Einheitlichkeit und in gewissem Ausmaß der Nachteil der Rechtsunsicherheit gegenüber. An die Stelle des kodifizierten, gesetzten Rechts (statutory law) tritt grundsätzlich das Fall-

recht (case law), und es gibt entsprechend sehr wenig gesetztes Handelsrecht; z. B. ist das Recht der Körperschaften in den Einzelstaaten - aber mit sehr großen Unterschieden - kodifiziert. Eine gewisse Einheitlichkeit wird auf bestimmten Gebieten, wie dem Recht der Wertpapiere und dem Recht der Personalgesellschaften (Partnerships) durch Empfehlungen der American Bar Association erreicht, sie fehlt aber z. B. auch in den Gerichtsentscheidungen der Einzelstaaten über die Zulässigkeit von Abschreibungen über den Anschaffungswert hinaus, die bei der Preisbildung für öffentliche Anträge strittig war. ¹⁾

Es wird vielleicht aus dem Gesagten verständlich, daß für die rechtliche Seite des Rechnungswesens den Grundsätzen ordnungsgemäßer Buchführung (Generally Accepted Principles of Accounting, früher auch General Trade Practice) als typischer Erscheinungsform des Common Law besondere Bedeutung zukommt und handelsrechtlich wenig Anlaß besteht, darüber zu diskutieren, ob die Grundsätze in das kodifizierte Recht oder das kodifizierte Recht in die Grundsätze übernommen wurden.

Zur Interpretation der Grundsätze zog man ursprünglich das Schrifttum und später auch die Vorschriften heran, die von staatlichen und halbstaatlichen Institutionen (1917 vom Federal Reserve Board, 1934 von der New York Stock Exchange) ²⁾ im Interesse des Gläubiger- und Aktionärsschutzes für die Rechnungslegung bestimmter Unternehmungen erlassen wurden. Bei der Abfassung dieser Vorschriften hatten bereits das Amerikanische Wirtschaftsprüferinstitut ³⁾ und die American Accounting Association (eine Vereinigung, der vorwiegend Hochschullehrer auf dem Gebiet des Rechnungswesens angehören) mitgewirkt, die ihrerseits Stellungnahmen veröffentlichten, die als Fixierung der Grundsätze gelten. ⁴⁾ Der Securities Act von 1933 und der Securities Exchange Act von 1934 (Bundesgesetze) enthielten vor allem Publizitäts- und Prüfungsvorschriften für Kapitalgesellschaften, deren Aktien oder Schuldverschreibungen an der Börse gehandelt werden. Sie gaben jedoch auch einer gleichzeitig geschaffenen Verwaltungsbehörde, der Securities and Exchange Commission (SEC), die Ermächtigung, Vorschriften über die Rechnungslegung der betroffenen Unternehmen zu erlassen. Die Kommission hat von dieser Ermächtigung wenig Gebrauch gemacht und auf die Grundsätze verwiesen, die auch im Prüfungsvermerk angesprochen werden. Sie hat jedoch in Einzelfällen - vorwiegend nach Ab-

1) Vgl. Seite 24

2) "Approved Methods for the Preparation of Balance Sheet Statements" 1917; "Audits of Corporate Accounts" 1934

3) American Institute of Certified Public Accountants (AICPA); vor dem 1. Juni 1957 American Institute of Accountants

4) Accounting Research Bulletins No. 1-45, vor allem No. 43 "Restatement and Revision", 1953, American Institute of Accountants, New York; "Examinations of Financial Statements", 1926 mit späteren Neufassungen und Ergänzungen, vor allem "Accounting and Reporting Standards for Corporate Financial Statements and Supplements", 1951, American Accounting Association, Columbus, Ohio

sprache mit dem Institut der Wirtschaftsprüfer - ihre eigene Interpretation der Grundsätze gegeben ¹⁾ und sie für bindend erklärt.

Die Frage, ob die Grundsätze zweckbestimmte (utilitarian) Konvention oder Auslegung einer vorgegebenen Wahrheit (Accounting Principle of Divine Origin - sic!) sind - man vergleiche damit die Frage, ob Gewinn ein empirisches Phänomen ist - hat auch bei der Diskussion über das Prinzip des Anschaffungswertes eine Rolle gespielt. Verwirrend ist dabei, daß die einen den Anschaffungswert angreifen, weil er die falsche herrschende Konvention sei, und die anderen ihn verteidigen, weil er der "basic truth" entspricht. ²⁾

Die Stellung des Instituts der Wirtschaftsprüfer (AICPA) als maßgebender Interpret der Grundsätze ordnungsgemäßer Buchführung - AICPA policies though not legally binding are treated as a definition of acceptable accounting procedures by accountants, the courts and such regulatory agencies as the Securities and Exchange Commission ³⁾ - ist im Jahr 1959 vor Gericht angegriffen worden. Das Institut drang mit seiner Ansicht durch, doch hat George O. May, ein führender Wirtschaftsprüfer und Vertreter einer Kaufkraftkorrektur in der Unternehmensrechnung, diesen Fall zum Anlaß genommen, dem Institut das Recht abzusprechen, Grundsätze zu formulieren, die z. B. heute noch den Forderungen der Wirtschaft auf Anerkennung von Abschreibungen über den Anschaffungswert hinaus im Wege stehen. ⁴⁾

Es ließen sich an dieser Stelle letzten Endes auch für das Thema der Arbeit relevante Betrachtungen über die Vor- und Nachteile einheitlicher (auch staatlicher) Rechnungsvorschriften anschließen. Die amerikanische

1) SEC Accounting Series Release No. 1-80, US Government Printing Office, Washington; vgl. auch "Regulation S-X... Form and Contents of Financial Statements, Nov. 3, 1953, US Government Printing Office, Washington 1954

2) z. B. Paton, William, A., im Zusammenhang mit der Abschreibungsfrage: "it is generally the enlightened minority rather than the complacent majority which is on the right side of any controversial question", "Depreciation - Concept and Measurement" Journal of Accountancy (JofA), Oktober 1959, S. 39 - "Truth and Usefulness in Accounting", George O. May, JofA 1950, S. 387 ff

3) Business Week vom 2. Mai 1959, S. 25

4) "... the function of the Accounting profession is to cooperate and to confer, not to dogmatize." JofA Oktober 1959, S. 28

Wirtschaft hat sich immer dagegen gewehrt; 1) ein fundiertes Urteil wird die Möglichkeit von Interessenkollisionen (Recht und Macht) und das Problem der Wertfreiheit bei Aussagen der Wirtschaftswissenschaften einbeziehen müssen.

1.2.1.1 Die Abschreibung nach Handelsrecht

Die Rechtsprechung zu Abschreibungsfragen (das Fallrecht) bezieht sich fast ausschließlich auf Probleme der Preisermittlung bei Public Utilities.²⁾

Die Grundsätze ordnungsgemäßer Buchführung zur Frage der Abschreibungsbasis sollen nachstehend mit den Stellungnahmen des Instituts der Wirtschaftsprüfer, der American Accounting Association, der Securities and Exchange Commission und der New York Stock Exchange wiedergegeben werden.

Stellungnahmen des Instituts der Wirtschaftsprüfer

(Committee on Accounting Procedure, Committee on Terminology):

Zum Begriff der Abschreibung ³⁾: "Depreciation Accounting is a system of accounting which aims to distribute the cost or other basic value of tangible capital assets, less salvage (if any) over the estimated useful life of the unit (which may be a group of assets) in a systematic and rational manner (S. 25) - "definitions are unacceptable which imply that 'depreciation for the year' is a measurement expressed in monetary terms of the physical deterioration within the year or, indeed, of anything that actually occurs within the year" (S. 24).

1) "... it would be a great misfortune for American Business and the whole economy if uniform accounting rules were to be described by governmental fiat." in "Financial Reporting in a Changing Society", Marquis G. Eaton (damaliger Präsident des Instituts der WP), JofA August 1957, S. 30

2) Vgl. S. 24

3) Accounting Terminology Bulletin No. 1 "Review and Résumé" 1953; wörtliche Übersetzung des Zitats: "Die Abschreibungs-Buchführung ist ein Buchführungssystem, das darauf abzielt, die (Anschaffungs-)Kosten oder einen anderen grundlegenden Wert materieller Anlagegüter, abzüglich des Schrottwertes (soweit gegeben) über die geschätzte Nutzungsdauer der Einheit (die eine Anlagengruppe sein kann) in systematischer und rationaler Weise zu verteilen." (S. 25) - "es können keine Definitionen akzeptiert werden, die davon ausgehen, daß die Jahresabschreibung ein in Geldeinheiten ausgedrücktes Maß der physischen Verschlechterung innerhalb des Jahres oder überhaupt von irgendetwas ist, das sich tatsächlich innerhalb des Jahres ereignet" (S. 24).

Abschreibung wird also als eine Verteilungsmethode für eine bestimmte Geldsumme definiert. Die als 'cost' bezeichnete Abschreibungsbasis knüpft an einen Kaufpreis an, während 'other basic value' auf andere Anschaffungswerte (Tausch, Erwerb einer Unternehmung) abstellt. Im Hinblick auf die Preisentwicklung wurde folgende Stellungnahme abgegeben: 1)

"The Committee believes that accounting and financial reporting for general use will best serve their purposes by adhering to the generally accepted concept of depreciation on cost, at least until the dollar is stabilized at some level"

Unterstützt wurden dagegen zusätzliche Rechnungsunterlagen und Hinweise im Zusammenhang mit der Preisentwicklung: 2)

"The Committee gives its full support to the use of supplementary financial schedules, explanations or footnotes by which management may explain the need for retention of earnings"

Für die beiden zuletzt angeführten Punkte sprach sich das Committee mit 15 gegen 6 Stimmen aus, womit die für eine öffentliche Stellungnahme in der Satzung geforderte 2/3 Mehrheit erreicht wurde.

1) Accounting Research Bulletin No. 43 a.a.O. S. 67, Punkt 7; wörtliche Übersetzung des Zitats: "Das Komitee glaubt, daß die Buchführung und die finanzielle Berichterstattung für den allgemeinen Gebrauch ihren Zwecken am besten dienen, wenn sie an der allgemein akzeptierten Konzeption der Abschreibung auf (Anschaffungs-)Kosten festhalten, wenigstens bis der Dollar auf einem bestimmten Niveau stabilisiert ist".

2) ebenda, S. 69, Punkt 17; wörtliche Übersetzung des Zitats: "Das Komitee gibt seine volle Unterstützung der Verwendung von zusätzlichen finanziellen Aufstellungen, Erklärungen oder Fußnoten, mit denen die Geschäftsführung die Notwendigkeit einer Einbehaltung von Gewinnen erklären mag".

Stellungnahme der American Accounting Association

(Committee on Concepts and Standards Underlying Corporate Financial Statements) 1):

"In periodic reports to stockholders the primary financial statements prepared by management and verified by an independent accountant, should at the present stage of accounting development continue to reflect historical dollar cost".

Aus den Gründen: "There is no clear indication that businessmen stockholders employers and the general public either desire or could now accept without considerable confusion any departure from historical cost".

Es werden ebenfalls zusätzliche Berechnungen empfohlen.

Stellungnahme der Securities and Exchange Commission:

"Twentieth Annual Report 1954 2): "The Commission again had occasion during the year to consider the problem raised by departures from cost in the handling of depreciation and denied a formal application to adopt a requirement that economic depreciation (based on replacement at current prices) be reflected either in the accounts or by other appropriate disclosures".

Vgl. auch die in einem früheren Jahresbericht gemachten Ausführungen:

-
- 1) "Price-Level Changes and Financial Statements" S. 24 American Accounting Association, Columbus, Ohio; August 1951;
wörtliche Übersetzung des Zitats: "In den periodischen Berichten an die Aktionäre sollten beim gegenwärtigen Stand in der Entwicklung der Buchführung die von der Geschäftsführung aufgestellten und von einem unabhängigen Prüfer bestätigten 'ursprünglichen' (primary) Abschlüsse wie bisher historische Dollar-Kosten widerspiegeln" ... "Es liegen weder klare Hinweise darauf vor, daß die Geschäftsleute, die Aktionäre, die Arbeitgeber oder die Öffentlichkeit ein Abgehen von den historischen Kosten wünschen, noch daß sie es jetzt ohne beträchtliche Verwirrung akzeptieren könnten".
 - 2) S. 107, US Government Printing Office. Washington 1955;
wörtliche Übersetzung des Zitats: "Die Kommission hatte während des Jahres wiederum Gelegenheit auf das Problem einzugehen, daß durch Abweichungen von den (Anschaffungs-)Kosten bei der Behandlung der Abschreibung aufgeworfen wird. Sie hat einen formellen Antrag auf Aufnahme einer Vorschrift abgelehnt, nach der die wirtschaftliche Abschreibung (auf der Grundlage einer Wiederbeschaffung zu Tagespreisen) entweder in den Konten oder durch andere geeignete Hinweise aufzuzeigen sei."

Eighteenth Annual Report 1952¹⁾ : "There was renewed advocacy - not concurred in to any large extent by accountants and corporate officials generally - for the application of the theory that depreciation of fixed assets is related directly to replacement and that provisions from income for depreciation are inadequate unless they will provide for the replacement of the applicable assets at the time they are retired from service. Some holders of this view would in effect abandon historical costs completely by adjusting such costs, in financial statements, to reflect changes in the purchasing power of the dollar. In reports for previous years (Fourteenth Annual Report, p. 111, Fifteenth Annual Report, p. 179) the commission made it clear that it would continue to require adherence to historical costs in statements filed with it. The commission has found no justification for changing its requirements in this respect".

1) S. 182 f US Government Printing Office, Washington 1953;
wörtliche Übersetzung des Zitats: "Es fanden sich erneut Befürworter - ohne daß sich ihnen allgemein in irgendeinem großen Ausmaß Fachleute des Rechnungswesens und leitende Angestellte der Aktiengesellschaften anschlossen - der Anwendung der Theorie, daß die Abschreibung von Anlagegütern in direktem Zusammenhang mit einer Wiederbeschaffung steht und daß die Einbehaltungen vom Einkommen für Abschreibung nicht ausreichend sind, solange sie nicht für die Wiederbeschaffung der entsprechenden Güter an dem Zeitpunkt, an dem sie aus dem Dienst gezogen werden, Vorsorge treffen. Einige Anhänger dieser Auffassung möchten tatsächlich die historischen Kosten in den Abschlüssen so berichtigen, daß sie Veränderungen in der Kaufkraft des Dollars widerspiegeln. In Berichten für frühere Jahre (...) hat die Kommission es klar gemacht, daß sie weiterhin fordern wird, daß in den ihr eingereichten Abschlüssen an historischen Kosten festgehalten wird. Die Kommission hat keine Rechtfertigung dafür gefunden, ihre Vorschriften in dieser Hinsicht zu ändern."

Der Vorstand der "New York Stock Exchange" hat von den Gesellschaften, deren Aktien und Obligationen an dieser Börse zum Handel zugelassen sind, die Einhaltung des Anschaffungswertprinzips gefordert. 1)

Kleineren Gesellschaften, die nicht von den Anforderungen der Securities and Exchange Commission oder der New York Stock Exchange betroffen werden, steht praktisch nichts im Wege, wenn sie von den angeführten Grundsätzen abgehen wollen. Die steuerrechtliche Behandlung ist grundsätzlich von handelsrechtlichen Bilanzierungsvorschriften unabhängig und verlangt lediglich eine Überleitung (reconciliation) des steuerrechtlichen Gewinns mit dem in den Handelsbüchern ausgewiesenen Ergebnis.

1.2.2 Steuerrechtliche Bestimmungen

Die Einführung der Einkommensteuer (durch den Bund, 1913) hat in den USA auf die Rechnungslegung der Praxis einen vielleicht noch stärkeren Einfluß ausgeübt als in Deutschland. Es sei dahingestellt, wie diese Erscheinung von einem übergeordneten Standpunkt aus zu beurteilen ist, sie kann auf dem Gebiet der Abschreibung nicht ignoriert werden. 2)

-
- 1) "Letter to Presidents of Corporations Having Securities Listed on the New York Stock Exchange" vom 10. Januar 1949; zitiert nach Backer, Morton "Handbook of Modern Accounting Theory", S. 270, New York Printice-Hall, Inc. 1955 - Die Börsenzulassung der holländischen Philipsaktie macht jährliche Korrekturen der Abschlüsse erforderlich, da nach holländischem Recht in beschränktem Rahmen Abweichungen vom Anschaffungswertprinzip zulässig sind, vgl. JofA, Januar 1960, S. 35
- 2) Vgl. die folgenden Stimmen: "Over the past twenty years the development of tax depreciation has largely dominated and controlled the development of depreciation for management purposes" Tarborgh, George, "Realistic Depreciation Policy", Machinery and Allied Products Institute (MAPI), 1954, S. 11; "Before the passage of the law, the attitude frequently was, how little depreciation can I take to make as good a profit showing as possible. Since the passage of the law the attitude in many cases has become: How much depreciation can I take to reduce my taxable income", Finney, H. A., Miller, H. E., "Principles of Accounting Intermediate", 5. Auflage Prentice Hall, 1958, S. 356

Obwohl das Einkommensteuergesetz, das also im Gegensatz zum Handelsrecht gesetztes Recht ist, die Buchführungsmethode des Steuerzahlers als Ausgangspunkt für die Ermittlung des steuerpflichtigen Einkommens anerkennt ¹⁾, enthalten die ausführlichen Bestimmungen des Gesetzes zahlreiche Anforderungen an die Rechnungslegung für Steuerzwecke, die mit den handelsrechtlichen Grundsätzen ordnungsgemäßer Buchführung im Widerspruch stehen. ²⁾

An die Stelle eines Grundsatzes der Maßgeblichkeit der Handelsbilanz für die Steuerbilanz treten praktisch eine Reihe kasuistischer Regelungen. Erwähnenswert ist in diesem Zusammenhang, daß die Lifo-Methode bei der Bewertung des Vorratsvermögens steuerlich nur anerkannt wird, wenn sie auch in der Handelsbilanz zur Anwendung kommt ³⁾, während die Anwendung des geometrisch-degressiven oder digitalen Abschreibungsverfahrens bei der steuerlichen Gewinnermittlung kein entsprechendes Vorgehen in der Handelsbilanz erfordert und auch in der Praxis nicht immer mit sich gebracht hat. ⁴⁾

Die erwähnte Koppelung bei der Lifo-Methode hatte die Finanzverwaltung durchgesetzt, nachdem die Legislative selbst das Verfahren anerkannt hatte. Diesen Maßnahmen folgte dann die handelsrechtliche Anerkennung in Form einer Billigung durch das Institut der Wirtschaftsprüfer. ⁵⁾ Bei den gegenwärtigen Forderungen nach einer Reform der Abschreibungsverfahren des Steuerrechts wird zum Teil ausdrücklich die handelsrechtliche Rechnungslegung ausgenommen; so wurde vor einem Untersuchungsausschuß des amerikanischen Kongresses ausgeführt: "With the possible exception of full replacement depreciation there should be no requirement, under any method of depreciation reform, that the taxpayer should keep his corporate accounts or prepare his financial statements on the income-tax method". ⁶⁾

- 1) "The net income of a taxpayer is to be computed in accordance with the method of accounting regularly employed in keeping his books", Internal Revenue Code (IRC) 1954, Sec. 446
- 2) Vgl. Backer, Morton: a. a. O. S. 221 "Typical Cases When Rules of Tax Accounting Require Treatment Contrary to Generally Accepted Accounting Principles"
- 3) In der Bundesrepublik war bei der Rücklage für Preissteigerungen nach § 74 EStDV 1955 der Maßgeblichkeitsgrundsatz durchbrochen worden. (Änderungsverordnung vom 14. März 1956 zu § 74 Abs. 5 EStDV 1955)
- 4) Hieraus ergibt sich das Problem der sog. "Income Tax Allocation" in der Handelsbilanz
- 5) Vgl. "Changing Concepts of Business Income", S. 39, American Institute of Accountants, New York 1952
- 6) Maurice E. Peloubet vor dem Committee on Ways and Means "Hearings on Depreciation Reform", 30. November 1959, nach einem unveröffentlichten Manuskript von Herrn Peloubet; vgl. auch "Tax Revision Compendium", Committee on Ways and Means, US Government Printing Office, Washington 1959, das jedoch dem Verfasser nicht vorlag.

Im Gegensatz hierzu stehen Äußerungen von Seiten der Finanzverwaltung, in denen wohl mit Rücksicht auf eine - zwar vielfach durchbrochene - Maßgeblichkeitsvorstellung auch für Abschreibungen, die Preissteigerungen berücksichtigen, ein einheitliches Vorgehen in Handels- und Steuerbilanz gefordert wird.¹⁾

Über die Rolle der Einkommensbesteuerung für das Thema der vorliegenden Arbeit wird noch an anderer Stelle zu sprechen sein. Es soll jedoch versucht werden, die betriebswirtschaftliche Problemstellung hiervon zu isolieren.

1.2.2.1 Die Abschreibung nach Steuerrecht

1.2.2.1.1 Absetzung für Abnutzung

Das Einkommensteuergesetz gestattet bei abnutzbaren Wirtschaftsgütern eine "angemessene" (reasonable) Absetzung für Abnutzung, die auch die normale technische und wirtschaftliche Überholung (obsolescence) umfaßt (IRC, Sec. 167 (a)). Bei käuflichem Erwerb des Wirtschaftsgutes ist die Abschreibungsbasis "cost", und cost ist der gezahlte Geldbetrag (IRC, Sec. 167 (f) - Sec. 1011 - Sec. 1012).

Unter dem alten Einkommensteuergesetz (vor 1954) kam überwiegend die lineare Abschreibungsmethode zur Anwendung, obwohl grundsätzlich jede andere handelsübliche Methode - nach Zeitablauf oder Leistungseinheit - zulässig war, deren Angemessenheit von der Finanzverwaltung anerkannt wurde. Das Gesetz von 1954 erklärte dagegen ausdrücklich zwei "liberalisierte" (liberalized) Abschreibungsverfahren für zulässig, und zwar

- 1) eine geometrisch-degressive Abschreibung mit einer Abschreibungsrate, die höchstens das 2-fache der linearen Rate beträgt (IRC, Sec. 167 (b) (2))
- 2) die digitale (arithmetisch-degressive) Abschreibung (IRC, Sec. 167 (b) (3))

Die Verwendung dieser Verfahren ist beschränkt auf materielle Wirtschaftsgüter, die nach dem 31. Dezember 1953 erworben oder eingesetzt wurden und deren betriebsgewöhnliche Nutzungsdauer mehr als 3 Jahr beträgt. Im Gegensatz zur Regelung in der Bundesrepublik sind damit Wirtschaftsgüter des unbeweglichen Anlagevermögens nicht ausgenommen.

Wenn auch grundsätzlich bei den Abschreibungsverfahren nach Zeit die betriebsindividuelle Nutzungsdauer maßgebend sein soll, so hat die Finanz-

1) "It may be of interest to note that Treasury Dept. Officials have made it clear that they will not endorse any price-level depreciation allowance for tax purposes unless it is coupled with appropriate recognition in the accounts", Grady, Paul: "Economic Depreciation in Income Taxation and in Accounting", Jof A, April 1959, S. 60

verwaltung doch in der Regel die "experience in the industry", die im 'Bulletin F' ¹⁾ ihren Niederschlag gefunden hat, zu Grunde gelegt (Federal Tax Regulations Sec. 1.167 (a) - 1 (b)). Für außerordentliche technische und wirtschaftliche Überholung kann der Übergang auf einen kürzeren Verteilungszeitraum beantragt werden.

Für das Jahr 1960 wird mit allgemeinen Abschreibungserleichterungen in Form einer Verkürzung der Nutzungsdauerangaben des Bulletin F gerechnet. Die liberalisierten Abschreibungsverfahren nach dem Gesetz von 1954 sind von der Wirtschaft zum Teil als Kompensation für die höheren Beschaffungskosten bei Anlagegütern aufgefaßt worden, ein Gedankengang, den man auch in der Formulierung "Abschreibungsvorverlagerung wegen Substanzerhaltung" in Deutschland findet. Nach Auffassung der Finanzverwaltung handelt es sich um Steuervorteile im Interesse des gesamtwirtschaftlichen Wachstums, die unter Umständen rückgängig gemacht werden können. ²⁾

Es wird an anderer Stelle auf die Rolle der Verteilungsverfahren im Rahmen der Auffassungen von Substanz- oder Kaufkrafterhaltung einzugehen sein. Wie schwierig es ist, ein Urteil über die Angemessenheit ("Richtigkeit") steuerlicher Abschreibungsbestimmungen abzugeben, möge man aus den beiden folgenden Stellungnahmen ersehen: Nach Gübbels ist die Absetzung für Abnutzung im amerikanischen Steuerrecht "in wirklich großzügiger Weise geregelt" ³⁾, nach Peloubet dagegen haben die Vereinigten Staaten "the most backward, unrealistic, and unprogressive system of depreciation calculations and deductions of any industrial country in the world".

1.2.2.1.2 Absetzung für Substanzverringerung

Bei der Absetzung für Substanzverringerung (depletion, IRC, Sec. 613) ist bemerkenswert, daß ein Berechnungsverfahren, das als Abschreibungsbasis nicht die Anschaffungskosten zu Grunde legt, eine wesentliche Rolle spielt. Bei der percentage depletion wird die Absetzung für Substanzverringerung nach einem gesetzlich festgelegten Prozentsatz auf den Umsatzerlös (gross income from the property) ermittelt, sie ist völlig unabhängig davon, ob Anschaffungskosten vorhanden sind oder nicht. Der Prozentsatz beträgt z. B. bei der Erdölförderung 27 1/2 %, bei der Eisenerzgewinnung

-
- 1) Bureau of Internal Revenue, Bulletin F, Income Tax Depreciation and Obsolescence Estimated Useful Lives and Depreciation Rates, US Government Printing Office, Washington 1942
 - 2) "... by a change in the income tax law ... the Federal Government might withdraw the offer to make additional future loans ... revise the terms under which they will be made." "House" Report No. 1337 83rd Congress, US Government Printing Office, Washington, S. 25
 - 3) Gübbels, Bernhard: "Handbuch der steuerlichen Abschreibung", 2. Auflage 1958, S. 331 Verlag Dr. Otto Schmidt K. G., Köln; Maurice Peloubet a. a. O. S. 7

15% und bei der Kohlegewinnung 10% des Umsatzes. Diese Bestimmungen sind stark umstritten, manche bezeichnen sie als institutionalisiertes Unrecht, während sie von anderen als ein im übergeordneten Interesse notwendiger Anreiz zur Ausbeutung von Bodenvorkommen angesehen werden.

Joel Dean stellt eine Ausdehnung dieses Verfahrens auf alle Anlagegüter zur Diskussion, denn "of all the permitted methods of allowing for capital consumption in tax calculations only percentage depletion is inflation and deflation proof". ¹⁾

1.2.2.1.3 Die Sonderabschreibung für "Emergency Facilities"

Diese Sonderabschreibung ist von der Industrie oft als willkommener Ersatz für ihrer Ansicht nach ungenügende Abschreibungen auf den Anschaffungswert angesehen worden. Sie ist zulässig für nach einem bestimmten Stichtag erworbene Gegenstände des Anlagevermögens, die direkt oder indirekt für die nationale Verteidigung benötigt werden. Eine derartige Zweckbestimmung von Anlagegütern ist von der zuständigen Behörde im allgemeinen sehr großzügig durch "Certificates of Necessity" bescheinigt worden. Bei einer "Emergency facility" dürfen 60% der Anschaffungs- oder Herstellungskosten über einen Zeitraum von 5 Jahren abgeschrieben werden. Bei einem Anlagegut mit einer Nutzungsdauer von 25 Jahren beträgt dabei z. B. nach 5 Jahren die kumulative Abschreibung 68% der Abschreibungsbasis:

Kumulative Abschreibung nach 5 Jahren bei einem Anlagegut mit einer Nutzungsdauer von 25 Jahren (in % der Basis)

Lineare Abschr.	Geometrisch-degressive Abschreibung (2-fache Rate)	Digitale Abschr.	Sonderabschr. (Amortization)
20%	34%	35%	68%

Derartige Abschreibungen waren während des Krieges, aber auch in der "Emergency Period" vom 1.1.1950 bis 31.12.1959 zulässig. ²⁾ Auf Grund ihrer Größenordnung konnte man beinahe von einem weiteren "normalen" Abschreibungsverfahren sprechen. Im Zeitraum November 1950 bis Mai 1957 wurden privatwirtschaftliche Investitionen in Höhe von 39 Milliarden \$ von dieser Vorschrift erfaßt und davon 23 Milliarden (59%) zur Absetzung innerhalb von 5 Jahren zugelassen. ³⁾

¹⁾"Four Ways to Write-off Capital Investment", Journal of Business April 1956, S. 83

²⁾Vgl. Defense Production Act von 1950

³⁾Zitiert nach Hunt, P., Williams, C. M., Donaldson: "Basic Business Finance" Irwin, Homewood Illinois, 1958, S. 78

Bei der US-Steel Corporation stehen 1,7 Milliarden \$ steuerliche Normalabschreibungen der Jahre 1940 - 1956 Sonderabschreibungen in Höhe von 895 Millionen \$ für den gleichen Zeitraum gegenüber. 1)

Im vorliegenden Zusammenhang ist von Bedeutung, daß mit Auslaufen dieser Sonderabschreibungen - in den letzten Jahren waren Genehmigungen nur in geringem Umfang erteilt worden - den betroffenen Unternehmen schon heute oder in den nächsten Jahren Abschreibungen "fehlen". Dieses Phänomen tritt zu den hohen Beschaffungskosten für Anlagegüter und es ist nicht leicht, bei dem Zahlenmaterial, mit dem die Industrie die Forderung nach zusätzlichen Abschreibungsmöglichkeiten stützt, die eine oder die andere Ursache zu isolieren. 2)

1.2.2.2 Die Besteuerung von "Capital Gains"

Soweit man capital gains wie üblich als außerordentliche Veräußerungsgewinne übersetzt, erscheinen sie im vorliegenden Rahmen irrelevant. Sie werden jedoch dadurch interessant, daß ihnen ein gütermäßiger Kapitalbegriff zu Grunde liegt und sie mit dem verwandt sind, was Fritz Schmidt Wertänderungen am ruhenden Vermögen genannt hat. Auf die Theorie der capital gains wird an anderer Stelle eingegangen werden; hier sollen kurz die steuerlichen Grundsätze, vor allem im Hinblick auf die Besteuerung von capital gains bei abnutzbaren Wirtschaftsgütern, dargelegt werden.

Capital gain ist ein Gewinn, der sich beim Verkauf (oder Tausch) eines "capital asset" ergibt (IRC, Sec.1222). Capital assets sind Wirtschaftsgüter, die der Steuerpflichtige nicht von vornherein (primarily) zum Verkauf im gewöhnlichen Geschäftsbetrieb bestimmt hat ("Anlage"vermögen im Gegensatz zum "Umlauf"vermögen; IRC, Sec.1221). Die Bestimmung, nach der die Wirtschaftsgüter, die der Abschreibung unterliegen ("abnutzbare" Güter des Anlagevermögens im Gegensatz zu den nicht abnutzbaren), keine capital assets darstellen, ist de facto aufgehoben, nachdem auch Gewinne aus dem Verkauf dieser Wirtschaftsgüter als capital gains zu behandeln sind (IRC Sec.1221 (2), 1231). Das Gesetz unterscheidet zwischen kurzfri-

1) Annual Report 1956 US-Steel Corporation

2) "The revival of management interest in the underdepreciation is particularly marked in industries that constructed a substantial revenue of facilities under certificates of necessity... (the) impending exhaustion of amortization (constitutes an) acute problem". Terborgh, George: "Underdepreciation from Inflation" Capital Goods Review No. 29 MAPI, Februar 1957 - "...one reason for the depreciation inadequacy anticipated in the immediate future is the fact the corporation (US-Steel, d. Verf.) having availed itself of the emergency facility accelerated amortization deduction had already depreciated its assets at rate far in excess of the actual asset utilization". Briloff, Abraham: "Price Level Changes and Financial Statements" Accounting Review 1958, S. 381

stigen (short-term) capital gains, bei denen das "Anlage"gut nicht länger als 6 Monate zum Vermögen des Steuerpflichtigen gehörte, und langfristigen (long-term) capital gains, bei denen dieser Zeitraum mehr als 6 Monate betrug (IRC Sec. 1222).

Zwar sind capital gains auch Einkommen, doch werden sie z. T. mit einem abweichenden Steuersatz besteuert. Langfristige capital gains (abzüglich entsprechender Verluste und abzüglich des Überschusses von kurzfristigen capital losses über entsprechende Gewinne) werden bei der individuellen Einkommensteuer (Personalgesellschaften) wahlweise zu 50% dem für das gesamte Einkommen geltenden Steuersatz unterworfen oder mit einem Steuersatz von 25% versteuert. Bei Kapitalgesellschaften kommt nur der Steuersatz von 25% zur Anwendung. ¹⁾

Im Vergleich zu den progressiven Steuersätzen (bis 91%) bei der individuellen Einkommensteuer und der normalen Steuerrate bei Kapitalgesellschaften (30% bei Gewinnen bis zu 25 000 \$, darüber hinaus zusätzlich 22% = 52%) ergeben sich Steuervorteile, die historisch auf das Bestreben zurückzuführen sind, die Einkommensquelle (die Substanz), die im angelsächsischen Recht nicht monetär definiert worden war, von der Besteuerung auszunehmen. Nach der Rechtsprechung der amerikanischen Steuergerichte sind z. B. Gewinne aus der Veräußerung von Milchkühen (der Milchquelle) mit dem ermäßigten Satz zu versteuern, während man Gewinne aus der Veräußerung von Leghühnern (der Eierquelle) dem normalen Satz unterworfen hat. Wegen der Schwierigkeiten, die hier auftreten, ist der zu Grunde liegende Kapitalbegriff "archaisch" genannt worden. ²⁾ Abgesehen vom Grundsätzlichen ist diese Regelung vor allem für die Besteuerung von Gewinnen aus der Veräußerung von Wertpapieren von Bedeutung, die in den USA als capital gains von der Einkommensteuer erfaßt werden. ³⁾

Das folgende Beispiel soll das Gesagte verdeutlichen:

	<u>Geschäftsgebäude</u>
Anschaffungskosten	500 000
Abschreibung linear	
2%, für 20 Jahre ./.	200 000
Buchwert nach 20 Jahren	300 000
Verkaufserlös	400 000
Long-term capital gain	100 000

1) Bei Kapitalgesellschaften ist die Absetzung von capital losses abweichend geregelt

2) Vgl. S. 65

3) In Deutschland bei Wertpapieren in Privatvermögen nur in Form der sog. Spekulationsgewinne nach § 23 Abs. 1 EstG

Während die Abschreibungsbeträge das zum normalen Steuersatz steuerbare Einkommen verringern, ist der Überschuß des Verkaufserlöses über den Buchwert höchstens mit 25% zu versteuern. ¹⁾

Es wird nun zu Recht darauf hingewiesen, daß in Zeiten steigender Preise für Anlagegüter eine größere Wahrscheinlichkeit dafür besteht, daß Verkaufserlöse über den Buchwert hinaus erzielt werden und somit ein Teil "inflationärer" Gewinne eine vorteilhafte steuerliche Sonderbehandlung erfährt. Es ist dann nur noch ein Schritt, die Regelung, die für den Verkauf des Anlagegutes als Ganzes gilt, auch für den "Verkauf" der Teile, d.h. also der Abschreibungen im Sinne von Anlagenutzungen zu fordern. ²⁾ Es sei dahingestellt, ob die Beweisführung zwingend ist; es wird weiter unten zu dem zu Grunde liegenden Kapitalbegriff an sich Stellung genommen werden.

Im Hinblick auf die vorgesehene Verkürzung der steuerlichen Nutzungsdauerangaben hat die Regierung einen Gesetzentwurf eingebracht, wonach die Veräußerungsgewinne bei abnutzbaren Wirtschaftsgütern, soweit sie nicht die vorgenommenen Abschreibungen überschreiten, also "ordentliches" (ordinary) Einkommen zu versteuern sind. ³⁾

Die Federal Tax Regulation 1.1034 - 1 enthält eine Bestimmung, die oftmals Modellfall für die Forderung nach einer Anerkennung von Abschreibungen auf den Wiederbeschaffungswert herangezogen wird. Der Gewinn bei der Veräußerung eines Wohnhauses wird danach nur dann der Besteuerung als capital gain unterworfen, wenn er die Mehrkosten bei Erwerb eines neuen Hauses übersteigt (gain will be recognized only to the extent that the sales price of the old residence exceeds the cost of the new one). Paton gehört z.B. zu denen, die sich für eine analoge Anwendung dieser sozialpolitischen Maßnahme auf Absetzungen für Abnutzung ausgesprochen haben. ⁴⁾

1) Vgl. Herzberg, Arno "Saving Taxes through Capital Gains" Prentice Hall Englewood Cliffs N.J. 1957

2) Vgl. Spacek, Leonhard "Inflation in Business", The Controller Dezember 1957, S. 580

3) Economic Report of the President 1960 a.a.O. S. 55: "Congress has .. been requested .. to tax as ordinary income any gain realized by the sale of depreciable personal property used in business, to the extent of the depreciation deductions previously taken on the property"

4) Federal Tax Policy For Economic Growth and Stability; Papers submitted .. before the Subcommittee on Tax Policy, Joint Committee on the Economic Report US-Government Printing Office Washington 1955 S. 537
 "... if an owner sells his property there is no taxable gain if the proceeds of sale are reinvested in another residence .. should be extended to all depreciable property including recognition of the fact gradual disposition of an asset through use in producing revenue over a period of years is on all fours, as far as equity is concerned, with the lump-sum disposition by sale .."

1.2.3 Preisrechtliche Bestimmungen

Die Rolle der Public Utilities, privater Gesellschaften, die sich auf bestimmten Gebieten in einer durch Gesetz gesicherten Monopolstellung betätigen - die "gray area between private enterprise and the Communist State", wie sich ein amerikanischer Autor ausdrückt ¹⁾ - ist im Rahmen der Gesamtwirtschaft im Gegensatz zu Deutschland relativ groß. Neben dem überwiegenden Teil der Elektrizitätswerke, Gas- und Wasserversorgungsunternehmen sind auch die Eisenbahnen und der Nachrichtenverkehr (Rundfunk, Fernsehen, Telegraphie, Fernsprechwesen) in Privatbesitz. Zur Kontrolle der Preisbildung dieser Unternehmen wurden bereits im 19. Jahrhundert einzel- und bundesstaatliche "Regulatory Commissions" geschaffen (1887 die Interstate Commerce Commission, dann die Federal Power Commission, Federal Communications Commission u. a., daneben die New York State Power Commission usw.). Die Entwicklung des Rechnungswesens in diesem Bereich verlief fast völlig getrennt von den rein privatwirtschaftlichen Unternehmungen; die von den Kommissionen herausgegebenen verbindlichen Kontenrahmen (Uniform System of Accounts) blieben auf das jeweilige Gebiet beschränkt und wurden auch nur zögernd den veränderten Verhältnissen angepaßt. ²⁾

Die Rechnungslegung der Public Utilities ist im Zusammenhang insofern interessant, als die Forderung nach einer nicht auf den Anschaffungskosten basierenden Preisbildung beginnend mit dem bereits erwähnten Fall Smyth vs. Ames von 1898 die Gerichte seit mehr als sechzig Jahren beschäftigt. ³⁾

Weiter bestehen noch heute zahlreiche Buchungsmethoden für Anlageausgaben, die das Problem einer Berücksichtigung von Preisänderungen bei Anlagegütern in jeweils anderem Licht zeigen. ⁴⁾

-
- 1) Rhoads, Foster; Rodey, Bernhard S.: "Public Utility Accounting", Prentice Hall, New York 1951 Foreword vii
 - 2) "Public Utility Accounting and general industrial or commercial accounting are significantly and sometimes widely different", ebenda Preface XI; Als ältester bekannter Kontenrahmen wird ein Kontenrahmen für die Gaswerke des Staates Wisconsin aus dem Jahre 1896 bezeichnet (ebenda, Fußnote S.40). Ein neuerer Kontenrahmen ist das "Uniform System of Accounts for Railroad Companies" Interstate Commerce Commission, Issue 1957 US Government Printing Office, Washington
 - 3) Mit Smyth vs. Ames (169 US 466) begann die "Fair Value" Rechtsprechung des obersten amerikanischen Gerichtes, sie endete im Jahre 1944 mit dem Fall "Federal Power Commission vs. Hope Natural Gas Co." (320 US 591). Vgl. Seite 137 ff.
 - 4) vgl. Seite 95 ff.

Die Preisbildung für öffentliche Aufträge an privatwirtschaftliche Unternehmungen hat in den USA im Zusammenhang mit der Rüstungsproduktion erhöhte Bedeutung gewonnen. Es bestehen hierfür zahlreiche Beschaffungsordnungen (Procurement Regulations) und Ausführungsbestimmungen. Nach der "Armed Services Procurement Regulation" z. B. dürfen bei bestimmten Auftragsarten Abschreibungen über den Anschaffungswert hinaus angesetzt werden, allerdings nur dann, wenn die Abschreibungen auf den Anschaffungswert nicht bei früheren Regierungsaufträgen verrechnet wurden. 1)

Die zuletzt genannten Bestimmungen haben sich zumeist als sehr elastisch erwiesen, in einzelnen Fällen hat man mit dem Hinweis auf steigende Preise höhere Gewinnspannen für zulässig erklärt. 2) Die Public Utilities befinden sich jedoch gegenüber dem höheren Preisniveau bei Anlagegütern, das aufgrund der hohen Kapitalintensität besonders ins Gewicht fällt, in einer Situation, die von der der Unternehmungen, die ihre Preise am Markt bilden, erheblich abweicht. Auf diese Sonderstellung, die man oft unzulässigerweise auch dem privatwirtschaftlichen Sektor unterlegt hat, wird noch gelegentlich hinzuweisen sein; grundsätzlich geht die vorliegende Arbeit jedoch von marktwirtschaftlichen Voraussetzungen aus.

1) Armed Services Procurement Regulation (ASPR) Revision No. 50 Dept. of Defense Nov. 2, 1959 US Government Printing Office, Washington

2) Vgl. Flewellen, W.C.: "Current Concepts on Cost" Dissertation Columbia University 1954 S. 129

2 Grundfragen der Unternehmungsrechnung

2.1 Arbeitsteilige Tauschwirtschaft und Geldrechnung

Die Aussage, daß etwas mit der Währungseinheit nicht stimmt - etwa in der Form, daß der Dollar nur noch 70 Cent wert sei - hat in den USA große Popularität erlangt. Auch in allen amerikanischen Lehrbüchern auf dem Gebiete des Rechnungswesens wird darauf hingewiesen, daß die Buchführung auf dem "monetary postulate", der Fiktion einer stabilen Rechnungseinheit (stable unit of value, unit of constant purchasing power), beruht.¹⁾ - Soweit man der Auffassung ist, daß diese Fiktion zu weit von der Wirklichkeit entfernt ist, wird in besonderen Abschnitten das Rechnen mit dem Einheitsdollar (uniform, common, constant dollar) behandelt.

Die Argumentation verläuft in der Regel so, daß man ebenso wenig wie Äpfel und Birnen oder Dollars und Schweizer Franken, Dollars von 1940 nicht mit Dollars von 1960 addieren könne, es handle sich um inkommensurable Größen. ²⁾ Im Hinblick auf die Abschreibung heißt es z. B. bei Paton, daß die Verrechnung von Abschreibungen auf der Basis ungleicher Dollars ohne eine Umrechnung auf einen gemeinsamen Nenner die Kosten der Anlagenutzung nicht richtig wiedergibt. ³⁾ Ein Untersuchungsausschuß des Instituts der Wirtschaftsprüfer, der sich nicht zu einer Befürwortung von Abschreibungs"korrekturen" entschließen konnte, machte sich jedoch die Auffassung von George O. May zu eigen, daß man die Wahl zwischen zwei Maßeinheiten habe, einer Geldeinheit wechselnder Kaufkraft und einer Einheit konstanter Kaufkraft. May hält es für möglich, den Periodengewinn in zwei Komponenten zu zerlegen, eine, die das Ergebnis der wirtschaftlichen Tätigkeit in Einheiten gleicher Kaufkraft wiedergibt, und

1) Vgl. z. B. Finney, H.E.; Miller, H.A. a.a.O. S. 167

2) Joel Dean, der u.a. für General Electric Umrechnungen in "real terms" durchgeführt hat, unterscheidet einmal zwischen: "a) historical dollar profits, b) jumbled dollar profits, c) current dollar profits" in "Managerial Economics", Prentice Hall Englewood Cliffs, N.Y. 1951, S. 22

3) "... depreciation charges based on dissimilar dollars, with no process of conversion to a common denominator do not correctly reflect the actual cost of plant consumed." in "Corporation Accounts and Statements" Macmillan 1955, S. 322

eine andere, die das Ergebnis von Kaufkraftschwankungen der Geldeinheit wiedergibt. 1)

Die angeführten Formulierungen sind insofern unbefriedigend, als sie mit der Geldeinheit die Vorstellung einer bestimmten Kaufkraft über die Zeit, also unveränderlicher Preise einer nicht näher definierten Güterkombination verbinden. Zum Wesen des Geldes gehört zweifellos Kaufkraft, die solange gegeben ist, als die Geldeinheit als Tauschmittel im Verkehr akzeptiert wird, mit anderen Worten, solange es nicht zu einer Repudiation des Geldes kommt. Eine bestimmte Dimension der Kaufkraft über die Zeit kann mit der Geldeinheit nicht verbunden werden, da sich Art und Menge der in den Wirtschaftsverkehr eingehenden Güter laufend verändern. Auf der anderen Seite unterliegen die Preise der in den Wirtschaftsverkehr eingehenden Güter derart unterschiedlichen Einflüssen, daß auch eine statistische Kontrolle "aller" Preise in einem Zeitvergleich ohne Erkenntniswert bleibt. 2)

Der Begriff des allgemeinen Preisniveaus, dessen Veränderungen auch als Veränderungen des Geldwertes oder der generellen Kaufkraft bezeichnet werden, war in der Wirtschaftstheorie eine Zeitlang sehr umstritten. Hayek und Haberler haben ihn grundsätzlich abgelehnt, wobei Haberler den Ausdruck Kaufkraft ausschließlich personenbezogen angewendet wissen möchte (eine Geldsumme in der Verfügungsmacht von A hat eine andere Kaufkraft

1) "Changing Concepts on Business Income" a. a. O. S. 136; vgl. auch May, George O.: "Business Income and Price Levels", Study Group on Business Income No. 2, American Institute of Accountants, New York 1952 S. 42: "the greatest significance in accounts would be attained if (a) revenues and charges against revenues were stated in terms of units of the same purchasing power and (b) the treatment of costs were homogeneous". In Deutschland ist Wilhelm Rieger gegen die Vorstellungen einer Veränderung der Geldeinheit Sturm gelaufen ("Über Geldwertschwankungen", Stuttgart 1938). Er stellt vor allem auf die Rechtsordnung, die Mark = Mark setzt, ab. In gewissem Gegensatz zur "staatlichen Theorie des Geldes" von Knapp, deren Einfluß sich bei Rieger nachweisen läßt, ist die Existenz von Geld nach heute herrschender Auffassung nicht an den staatlichen Akt, sondern an die allgemeine Akzeptabilität gebunden. Dies ist jedoch vor allem wirtschaftshistorisch von Interesse.

2) "It is now recognized that such a distribution (of all commodities and services entering into exchange), which would include commodities at all stages of production and distribution, services to producers and consumers, wages, salaries, rents, profits, taxes etc. would be heterogeneous in the extreme. For the various elements of the general price system are subject to widely diverse forces. Accordingly no omnibus measurement of changes in prices, in the broadest meaning of that term is now constructed". Mills, Frederick C.: "Introduction to Statistics" Henry Holt and Co., New York 1956, S. 391

als dieselbe Geldsumme in den Händen von B.¹⁾ Die Problematik des objektiven und subjektiven Geldwertes und der Übergang von der Quantitätstheorie zur Einkommenstheorie des Geldes werden sehr klar bei von Zwiedeneck-Suedenhorst dargestellt. ²⁾ Keynes ist der Frage nachgegangen, welche Auswirkungen die Kenntnis eines "allgemeinen Preisniveaus" auf die Wirtschaftspraxis haben könnte und kam zu der Überzeugung, daß sie für den Ablauf des Wirtschaftsgeschehens ohne jede Bedeutung ist. ³⁾

Selbst wenn für die Preisbewegungen aller Güter eine mittlere Veränderung quantifiziert werden könnte, wäre das Ergebnis für den Unternehmer uninteressant. In der arbeitsteiligen Wirtschaft fragt der einzelne Unternehmer nur bestimmte spezifische Güter nach. Sie gehen in seine Rechnung mit ihren Geldpreisen, also nicht als Austauschverhältnisse, sondern mit Mengen der Einheit des allgemeinen Tauschmittels ein. Er rechnet zwangsläufig mit Geldbeträgen und nicht mit Einheiten einer bestimmten Kaufkraft.⁴⁾ Es liegt auf einer anderen Ebene, das Rechnungsergebnis auf seine Kaufkraft - etwa im Hinblick auf die Bedürfnisse des Unternehmers - zu untersuchen. Es ist auch begrifflich nichts dagegen einzuwenden, wenn man mit hypothetischen Preisen rechnen will; an der Maßeinheit für die Unternehmungsrechnung kann sich solange nichts ändern, als sie nicht durch Konvention aller am Wirtschaftsverkehr Beteiligten abgelöst wird. Thorstein Veblen, der mit als erster die Unternehmerschaft wegen der Vernachlässigung des Kaufkraftproblems kritisiert hatte, bekannte sich schließlich zu der folgenden Auffassung: "business is necessarily done in terms of prices, so that money values unavoidably constitute the base line to which transactions are finally referred and by measurements upon which

1) Haberler, Gottfried: "Der Sinn der Indexzahlen", Tübingen 1927

2) Zwiedeneck-Suedenhorst, Otto von, "Allgemeine Volkswirtschaftslehre" 2. Auflage Berlin-Göttingen-Heidelberg 1948, vor allem S. 184 und S. 198 ff

3) "... the difficulties involed in defining .. the general price level are merely doldrums, purely theoretical in the sense that they never perplex, or indeed enter in any way into business decisions and have no relevance to the causal sequence of economic events."; " The General Theory of Employment, Interest and Money" London 1936 S. 39

4) "The widespread employment of the monetary calculus for making economic decisions undoubtedly stems from the specialization. Reckoning revenues, costs and profits in the terms of money has a peculiar significance for the firm for its crucial incomes and outgoes are expressed entirely in terms of money. No other unit of measurement provides more than an interesting index of the success of a business firm from the point of view of the people running and owning it" Coppock, Joseph D.: "Economics of the Business Firm", Mac Graw-Hill New York Toronto London 1959 S. 22

they are ultimately checked, controlled adjusted and accounted for". 1)
Eine ähnliche Auffassung vertritt heute A.C. Littleton. 2)

Aus der Heterogenität der Preisbewegungen in der wirtschaftlichen Wirklichkeit hat man bereits auf den Widersinn einer Anpassung der bilanziellen Abschreibung an ein "allgemeines" Preisniveau geschlossen. 3)

2.2 Unternehmung und Gewinn

In den USA hat man kaum jemals in Zweifel gezogen, daß das Streben nach Gewinn in der Regel und im Durchschnitt eine realistische Erklärung unternehmerischer Handlungen erlaubt; die Vorstellung vom Unternehmer als "Treuhand des Volksvermögens" findet in der amerikanischen Wirtschaftsordnung und Mentalität wenig Raum. Die Wirtschaftstheorie arbeitet - soweit sie die Gesetzmäßigkeiten in einer auf Privateigentum beruhenden Marktwirtschaft verfolgt - mit dem Axiom der Gewinnmaximierung oder, in einer anderen Formulierung, mit dem erwerbswirtschaftlichen Prinzip. Man hat versucht, als unternehmerische Grundmaxime das Streben nach Sicherheit einzuführen, und es ist sicher vorteilhaft, Kartellabsprachen, Preisbindungen, Schutzzölle und andere unternehmerische Maßnahmen hiermit zu erklären. Man wird jedoch der Wirklichkeit mehr gerecht, wenn man diese Haltung dahingehend umdeutet, daß der Unternehmer auf eine Gewinnmaximierung auf kurze Sicht verzichtet, um die Wahrscheinlichkeit des, im ganzen gesehen, größeren Gewinns auf längere Sicht (eines Einkommens) zu erhöhen. 4) Wenn Peter F. Drucker von einer "Theorie of Survival" spricht, muß es dabei doch letzten Endes um ein "Überleben" - eine Erhaltung - der Rentabilität gehen; zumindest ist das Überleben ohne Rentabilität zeitlich sehr begrenzt.

Die vorstehenden Überlegungen sind im Rahmen der Untersuchung relevant, da sich die Forderung nach Substanzerhaltung oder die Notwendigkeit einer Wiederholung technischer Prozesse als Motiv unternehmerischer Handlungen 5) je nach der Entscheidung über die Zielsetzung der Unternehmung in einem anderen Licht zeigen. Soweit das erwerbswirtschaftliche Prinzip dominiert, sind Substanzerhaltung oder "Wieder"beschaffung untergeordnet und könnten - ähnlich wie das Prinzip der Wirtschaftlichkeit - nur solange unternehmerische Entscheidungen bestimmen, als sie mit dem Gewinnstreben parallel laufen. Sollte jedoch eine Substanzerhaltung im Sinne

1) Zitiert nach "Changing Concepts of Business Income" a.a.O. S. 50

2) "Structure of Accounting Theory" American Accounting Association, Urbana Illinois 1953

3) "... it is important to notice that in no sense is the adjustment called for one of adjusting depreciation by the general index of prices. This would lead to entirely incorrect results." Brown, Edgard C. a.a.O. S. 149

4) Vgl. das Kapitel "Economic Security" bei Galbraith, Kenneth: "Affluent Society" Houghton Mifflin Boston 1958

5) Siehe in Deutschland Karl Hax: "aus dem Streben nach Selbsterhaltung heraus werden diese Erlöse wieder in neue Aufwandsgüter investiert" a.a.O. S. 21

einer Erhaltung des Arbeitsplatzes (das Motiv der Vollbeschäftigung) einzelwirtschaftlich im Vordergrund stehen, wäre es zweitrangig, ob bei der Verfolgung dieser Maxime ein Gewinn erzielt wird. Derartige Überlegungen, die auf Fragen der Wirtschaftsordnung übergreifen, sind in den USA nicht gemacht worden. Es wird noch an anderer Stelle zu zeigen sein, daß ein Streben nach Substanzerhaltung keine echte Alternative zum Gewinnstreben darstellt.

Geht man davon aus, daß die Unternehmung eine Institution ist, deren Handlungen - es handeln streng genommen natürlich nur Personen - sich an der Gewinnerzielung orientieren, ¹⁾ so ist weiterhin - auch dann, wenn man den "echten" Gewinn vom "Schein"gewinn (phantom, illusory, imaginary, fictitious profit) trennen will, die Natur dieses Gewinnes zu klären. Außerhalb einer Eigenwirtschaft und einer Tauschwirtschaft ohne allgemeines Tauschmittel - also in einer Geldwirtschaft, mit der man allgemein auch erst den Begriff der Unternehmung verbindet - ergibt sich Gewinn als ein Unterschied zwischen Einnahmen und Ausgaben: "The common concept of profit is that, it is the difference between the money received by a business and the money paid out". ²⁾ Boulding beruft sich auf eine allgemeine Vorstellung (common concept), und es ist wohl auch keine andere theoretische Beweisführung möglich. Gewinn als Differenz zwischen Einnahmen und Ausgaben ist ein empirischer Tatbestand, der mit der Arbeitsteilung und der Verwendung eines allgemeinen Tauschmittels in der Wirtschaft gegeben ist.

Diesem Gewinn im Sinne von "Mehrgeld" (das Grundprinzip der Unternehmungsrechnung läßt sich in die Formel "Geld - Ware - Mehrgeld" kleiden) hat man gütermäßige Gewinnkonzeptionen zur Seite gestellt. Für eine Eigenwirtschaft mag ein gütermäßiges "Mehr" - etwa der Zuwachs beim Vieh oder der Überschuß der Ernte über das Saatgut - "Gewinn" bedeutet haben, doch ist diese Vorstellung ohne Zweifel für die Unternehmung im Rahmen der Geldwirtschaft nicht mehr maßgebend. Zur Erklärung eines gütermäßigen Gewinnbegriffes unter Einbeziehung geldwirtschaftlicher Umsatzvorgänge (Tausch spezifischer Güter gegen das allgemeine Tauschmittel) wird von den Vertretern der Substanzerhaltung die Gleichung "Ware - Geld - (Mehr-)ware" herangezogen, das heißt also die Umkehrung der vorerwähnten Formel. Eine Unternehmung hätte danach erst dann mit Gewinn gearbeitet, wenn sie am Ende der dargestellten Transaktion über einen größeren Gütervorrat verfügt als zu Beginn. Dieser Gütervorrat setzt sich aus

1) Vgl. z. B. Boulding "Economic Analysis" Harper & Brothers New York 1955 "... a firm may be defined as an institution which buys things, transforms them in some way and sells them with the purpose of making a profit". S. 491 und "To understand the nature of a firm we must understand exactly what is meant by profits ..." S. 492

2) Ebenda S. 492

Gütern zusammen, die im Rahmen der spezifischen betrieblichen Tätigkeit wiederbeschafft werden. Ohne Einschränkungen gibt die Umkehrung der "kapitalistischen Grundgleichung" natürlich nicht die wirtschaftliche Wirklichkeit wieder, denn nur bei einseitiger Betonung der Produktion im Gegensatz zum Absatz kann man in einem Mehr an Gütern bei der Unternehmung einen Erfolg sehen. Es wird zumeist stillschweigend vorausgesetzt, daß die am Ende der Tauschvorgänge Ware - Geld - Ware vorhandene Ware in Zukunft gegen Geld veräußert werden kann. Diese Voraussetzung führt jedoch wieder zu dem monetären Gewinnbegriff zurück.

Die Vertreter der Kaufkrafterhaltung gehen zwar von der Gleichung Geld - Ware - Geld aus, halten es jedoch erst dann für sinnvoll von Gewinn zu sprechen, wenn das Geld am Ende der Transaktion einen größeren Warenkorb (der definiert sein muß) repräsentiert, als man mit der eingesetzten Geldmenge vor der Transaktion hätte beschaffen können. Die Versuche, eine Kaufkrafterhaltung mittels der Unternehmungsrechnung zu gewährleisten, hat man als modifizierte Geldkapitalrechnungen bezeichnet. Unter Verzicht auf die bereits behandelte These von der veränderten Maßeinheit kann man das Gemeinsame einer nominalen und der auf Kaufkrafterhaltung ausgerichteten Rechnung darin sehen, daß man im Rahmen periodischer Rechnungen eine "abstrakte" Kapitalziffer auf der Passivseite der Bilanz im Auge hat, mit der im einen Fall die Möglichkeit der Liquidierung der eingesetzten Geldmenge und im anderen die Möglichkeit der Ausübung der äquivalenten Kaufkraft gewährleistet werden soll. Faßt man die Vorstellung einer Kaufkrafterhaltung bei der Unternehmung im Markt in die Gleichung "Anspruch auf einen 'allgemeinen' Gütervorrat - Ware (spezifischer betrieblicher Gütervorrat) - Anspruch auf einen (größeren) 'allgemeinen' Gütervorrat" stellt sich wieder die bereits an anderer Stelle aufgeworfene Frage, wie Vorstellungen einer 'allgemeinen' Kaufkraft in die Unternehmungsrechnung einbezogen werden können, für die die Preise des spezifischen betrieblichen Gütervorrats entscheidend sind.

Die Problematik gütermäßiger Gewinnkonzeptionen wird noch an anderen Stellen dieser Arbeit beleuchtet werden. Hier ist noch auszuführen, daß man als "Scheingewinne" diejenigen Gewinne einer Unternehmung bezeichnen will, die nur nach Vorstellungen einer Gewinnkonzeption, nicht jedoch anderer, Gewinn darstellen. Unter der selten ausgesprochenen Voraussetzung, daß es legitim ist, Preise und Mengen isoliert zu betrachten, wird der Begriff Scheingewinn meist in der Form gebraucht, daß monetäre Gewinne keinen Gewinn nach gütermäßigen Vorstellungen darstellen; es ist unter der gemachten Voraussetzung auch der Fall denkbar, daß gütermäßige "Gewinne" nach der monetären Konzeption als Scheingewinne zu bezeichnen sind.

Die mit dem Hinweis auf die Existenz einer Geldwirtschaft und der Arbeitsteilung hinreichend gestützte Bedeutung des monetären Gewinnbegriffs für die Unternehmung läßt für gütermäßige Vorstellungen nur die Rolle subsidiärer Überlegungen offen.

Die Erkenntnis, daß Gewinn für die Unternehmung ein "Mehr" an Geld darstellt, findet man auch in der Aussage, daß der Totalgewinn einer Unter-

nehmung mit absoluter Genauigkeit gemessen werden kann. 1) Will man nicht die Verhältnisse der Totalrechnung auf die Periodenrechnung übertragen, bleibt der Ausweg, die Verwendung hypothetischer Preise - Wiederbeschaffungspreise, gegenwartsnaher Preise, Kaufkraftäquivalente - ausschließlich als ein Problem der periodischen Erfolgsrechnung zu bezeichnen. Dies kommt in der Auffassung zum Ausdruck, nach der die sich bei Abschreibungen über den Anschaffungswert hinaus ergebenden Steuervorteile bei der Liquidation der Unternehmung wieder rückgängig gemacht werden sollen. 2) Man kann das auch so formulieren, daß jede Abschreibung über den Anschaffungswert hinaus eine Verwendung des sich aus der traditionellen Rechnung ergebenden Periodengewinns darstellt.

Es würde den Rahmen der Arbeit sprengen, die Frage "wofür" es Gewinn gibt, ausführlich zu erörtern. Es soll nur auf einige im Zusammenhang interessante Gesichtspunkte hingewiesen werden. Allen funktionalen Gewinn-erklärungen ist gemeinsam, daß der Gewinn von niemandem garantiert wird; immer spielt das Element des Risikos, das nicht unbedingt ein Kapitalrisiko sein muß, der Ungewißheit oder - in der allgemeinsten Formulierung - der Möglichkeit, daß sich die Erwartungen nicht mit den effektiven Ereignissen decken, herein. Boulding hat Gewinn als Entgelt für Eigentum an Sachgütern bezeichnet (profit, a reward for owning nonliquid goods) 3), Entgelt für den, der das Risiko übernimmt, gegen Hergabe von Geld Eigentum an einem Sachgut zu erwerben. Um welches Risiko handelt es sich? Nach der Auffassung von Boulding um das eigentliche Unternehmerwagnis, daß sich im Zeitablauf die Preise für die erworbenen Sachgüter verändern; der Chance auf einen Preisanstieg und damit auf Gewinn steht das Risiko eines Preisverfalls, der Verlust gegenüber. Gewinn wird grundsätzlich als eine Differenz von Zeitwerten gesehen. 4) Für den Eigentümer der Produktionsmittel, die im Betriebsprozess kombiniert werden, tritt das Risiko ein, wenn er für die Kombination einen geringeren Preis erhält, als die

1) Vgl. Finney, H. A., Miller, H. E. a.a.O. S. 173

2) "... amounts which have been allowed as tax deductions covering deficiencies in depreciation provisions should not be payable as long as the going concern's needs exist". Mc Anly, H. T. "An Appraisal of Reinvestment Depreciation" The Controller Oktober 1958 S. 472 - vgl. in Deutschland Karl Hax und seine Erweiterung des Realisationsprinzips für die Periodenrechnung a.a.O. S. 65

3) Boulding, K. a.a.O. S. 492

4) Ebenda S. 73 "... in a sense all enterprise is arbitrage..", Fritz Schmidt hat in Deutschland auf die Unterscheidung zwischen spekulativem Umsatz (Gewinn als Differenz von Zeitwerten) und Umsatz des Handels und der Industrie besonderen Wert gelegt.

Summe der Preise der kombinierten Produktionsmittel ausmacht. 1)

Es kann eingewandt werden, daß in Zeiten einer schleichenden Inflation der Ausgangspunkt Bouldings, daß das Halten von Geld über die Zeit mit geringeren Risiken verbunden sei als der Erwerb von Sachgütern, nicht realistisch sei. Doch selbst wenn der Besitzer von Geld keine "Geldillusion" hat, geht er beim Erwerb eines spezifischen Sachgutes das Risiko ein, daß dieses Gut die erwartete durchschnittliche Preissteigerung nicht mitmacht und sein Preis fällt. 2)

Die Erklärung des Gewinnes als Entgelt für die Übernahme des Risikos von Preisänderungen nichtliquider Güter (im weitesten Sinne) ist bei einigen erwerbswirtschaftlichen Betätigungen besonders plausibel; z. B. bei Eigengeschäften von Maklern und Banken in Wertpapieren oder dem Kreditgeschäft der Banken. Hypothesen, daß bei der Erfolgsermittlung Wiederbeschaffungspreise anzusetzen seien oder daß alle Transaktionen an einem Zeitpunkt abgewickelt worden seien, führen hier zweifellos zu keinem sinnvollen Ergebnis. Bei anderen Unternehmungen, die man begrifflich - etwas ungenau - von den eben genannten darin unterscheiden kann, daß sie auf zwei Märkten (dem Beschaffungs- und dem Absatzmarkt) operieren und bei denen entsprechende Preisänderungen auf zwei Märkten den Erfolg beeinflussen, läßt sich zumindest sagen, daß die Anwendung dieser Thesen bei der Gewinnermittlung alle die Erfolgskomponenten ausschaltet, die auf der Wahl des richtigen (oder falschen) Zeitpunktes einer Ausgabe beruhen. 3)

Schumpeter hat darauf hingewiesen, daß jedes klare Denken über Gewinn mit der Erkenntnis beginnen muß, daß Gewinn ein Phänomen der wirtschaftlichen Dynamik ist. 4) Für die Unternehmung äussert sich die wirtschaftliche Dynamik allein in einer Änderung ihrer Beschaffungs- und Absatzpreise. Es ist bei genauer Betrachtung des kapitalistischen Wirtschaftsprozesses unmöglich, davon auszugehen, daß "echte" Gewinne nur

1) Galbraith hält die externen Risiken des Marktes heute für ausschlaggebend im Vergleich etwa zu einem technischen Produktionsrisiko "it falls within the power of the modern large corporation to mitigate or eliminate (with one exception) every important risk to which business enterprises have anciently been subject" - es bleibt das Risiko "consumer taste and demand may shift..." a.a.O. S. 101

2) Vgl. auch Boulding a.a.O. S. 499: "...if we possess a commodity - such as wool - we stand to lose not merely if the general price level falls but also if the price of wool falls relative to other things".

3) "...part of almost every business transaction is a gain or loss resulting from good or bad timing with respect to price changes". Solomon Barkin in "Changing Concepts of Business Income" a.a.O., S. 114

4) Schumpeter, Joseph: "History of Economic Analysis" 2. Auflage Oxford University Press, New York 1955 S. 893

bei Preiskonstanz über die Zeit anfallen. Man muß im Gegenteil davon ausgehen, daß sich Gewinn und Konstanz der für die Unternehmung relevanten Preise gegenseitig ausschließen; es ist irrig, Preisänderungen als Störungen im Wirtschaftsablauf zu bezeichnen. 1) In seiner "Theorie der wirtschaftlichen Entwicklung" hat Schumpeter die Auffassung vertreten, daß der "Kreislaufproduzent" grundsätzlich keinen Gewinn erwirtschaftet. 2) Im Gegensatz dazu will die Theorie der Substanzerhaltung den Kreislauf (die Wiederholung technischer Prozesse) zur Grundlage einer Ermittlung des "echten" Gewinnes machen.

2.3 Die Verobjektivierung der Unternehmung (entity versus proprietary concept)

Die Forderung nach einer begrifflichen Verselbständigung der Unternehmung im Verhältnis zu ihren Eigentümern (als entity), während nach dem proprietary concept die Ausgaben und Einnahmen im Zusammenhang mit der Unternehmung in den sonstigen Einnahmen und Ausgaben der Eigentümer untergehen, kommt auch in der steuerlich geforderten Trennung von Privat- und Betriebsvermögen zum Ausdruck. Die Zweckmäßigkeit dieser Trennung für die Rechnungslegung kann nicht bestritten werden. Bei den Kapitalgesellschaften (den corporations in den USA) kommt noch die legale Fiktion der juristischen Person hinzu, und der Gewinn einer Körperschaft ist in Deutschland wie in den USA gesonderter Gegenstand der Besteuerung. In der Theorie des Rechnungswesens hat sich an der Vorstellung der Unternehmung "an sich" unter anderem die Frage des kalkulatorischen Zinses entzündet.

Die Konzeption der Abschreibung geht bereits von der Vorstellung einer selbständigen Einheit (entity) aus, denn für den Kapitalisten, der keine getrennte Rechnung für seine Unternehmung durchführt, besteht auch keine Veranlassung (und keine Möglichkeit) bei seinen Einnahmen zwischen Gewinnen und Abschreibungserlösen zu unterscheiden (man kann im Abschreibungsvorgang eine Verfügung über bestimmte Teile der Einnahmen sehen). Der Aspekt der Abschreibung als einer Verteilung von effektiven - oder vielleicht auch hypothetischen - Ausgaben auf verschiedene Perioden führt zu der an anderer Stelle zu behandelnden Fragestellung, ob eine Abschrei-

1) "Business enterprise does not take price movements to be mere disturbances of the situation in which business is done . . . Business enterprise aims at profiting, or avoiding loss, from such movements". Fabricant, Solomon in "Five Monographs on Business Income" American Institute of Accountants, New York 1950, S. 153 - vgl. dagegen in Deutschland Hax, Karl a.a.O. S. 19,

2) Berlin 1926, S. 230

bung begrifflich die Unternehmung als ein Dauergebilde im Gegensatz zur Vorstellung der Unternehmung als Partiegeschäft voraussetzt. 1)

Eine Aufteilung der Erlöse nach Gewinn und Abschreibungserlösen wurde handelsrechtlich erzwungen, als die Interessen der Gläubiger einer Unternehmung, die nicht mehr Gläubiger der Eigentümer waren, eines besonderen Schutzes durch das Gesetz für würdig befunden wurden. Zum Schutz dieser Gläubiger galt es, das "Garantiekapital" zu erhalten, und dementsprechend war es nur noch zulässig, Dividenden aus dem Überschuß über das Garantiekapital zu verteilen. Eine derartige Entwicklung läßt sich aus den Entscheidungen der amerikanischen Gerichte nachweisen. 2)

Die "Einheit", die nach dem Gläubigerschutzgedanken durch eine Verrechnung von Abschreibungen zu "erhalten" ist, ist eine in Geldeinheiten ausgedrückte abstrakte Kapitalziffer, mit der eine Bindung von Aktiven in entsprechender Höhe erreicht wird. Daneben sind die Konzeptionen einer gütermäßigen Erhaltung zu sehen, wonach z. B. bei der Ermittlung des ausschüttbaren Gewinns von den Erlösen der Aufwand zu Wiederbeschaffungspreisen abzusetzen ist. Diese Forderung nach einer gütermäßigen Erhaltung ist als eine Zwischenstufe zu der eindeutig auf die Interessenlage der Eigentümer ausgerichteten Forderung nach Erhaltung der Ertragskraft der Unternehmung anzusehen. 3)

Mit der Vorstellung der verobjektivierten Unternehmung kann man dann weniger vorteilhaft arbeiten, wenn - oft aus einer gewissen Nachlässigkeit heraus - angenommen wird, daß die Unternehmung handelt oder daß sie Interessen hat; man kann sie ja auch nicht, wie Paton bemerkt, ins Gefängnis stecken. 4) Ähnlich ist es mit der Vorstellung vom "Betriebsorganismus", dessen Erhaltung für einige Autoren einer Naturnotwendigkeit gleichkommt. Es ist Penrose beizupflichten, daß derartige "biologische Analogien" in der Betriebswirtschaftslehre von der Tatsache ablenken, daß menschliche Entscheidungen das Wirtschaftsgeschehen bestimmen, und es muß betont werden, daß nicht die Interessen der Unternehmung, sondern - das ist je nach Wirtschaftsordnung oder tatsächlichen Machtverhältnissen verschieden - die Interessen der Eigentümer, Gläubiger, der Betriebsleitung, der Arbeitnehmer oder vielleicht auch der Volksgesamtheit die Handlungen im Rahmen der Unternehmung beeinflussen. 5) Andererseits ist zu Recht herausgestellt worden, daß Interessenkollisionen zwischen Betriebs-

1) Vgl. S. 37 ff

2) Spear, Harvey M.: "Dividend Policies under Changing Price Levels" HBR Januar 1949 S. 612 ff - vgl. auch S. 46

3) Vgl. Seite 43 ff

4) "Corporation Accounts and Statements" a. a. O. S. 7

5) Penrose, E. T.: "Biological Analogies in the Theory of the Firm" American Economic Review, Dezember 1952 S. 808

leitung und Betriebseigentümer - etwa zwischen Vorstand und Aktionären - auftreten können. 1) Es ist eine Tatfrage, wie weit Eigentum und Verfügungsmacht in der Praxis auseinanderfallen. Eine ältere Untersuchung der Securities and Exchange Commission aus dem Jahre 1940 über die Eigentumsstreuung bei den 200 größten Unternehmen (Nonfinancial corporations) ergab, daß 3/4 davon mehr oder weniger fest (more or less definitely) unter der Kontrolle der Eigentümer standen. 2) In Deutschland versucht die große Aktienrechtsreform die Stellung der Eigentümer zu stärken; sollte die Regierungspolitik der Eigentumsstreuung Erfolg haben, ist eher eine entgegengesetzte Entwicklung zu erwarten.

Nach amerikanischer Ansicht kann sich eine derartige Entscheidungsfreiheit der Manager vor allem auch darin äußern, daß die Erhaltung ihrer Arbeitsplätze den Vorrang vor der Gewinnorientierung hat. Aus einem Streben nach Sicherheit heraus stehe bei Investitionsentscheidungen manchmal die Erhaltung des Betriebes im Vordergrund, da die Bezüge der Manager weniger von der Rentabilität als vom Fortbestand der Unternehmung abhängen. 3) Die Annahme, daß die amerikanischen Manager auch die Interessen des Volkes wahrnehmen könnten, wie sie etwa im alten deutschen Aktiengesetz Eingang gefunden hatte, kann mit den amerikanischen Verhältnissen nicht in Einklang gebracht werden. Die weite Verbreitung von Gewinnbeteiligungsvereinbarungen, vor allem für Führungskräfte, kann als Argument dafür angesehen werden, daß das Interesse der Manager oft mit dem der Eigentümer parallel läuft.

Die Konzeption der Kaufkrafterhaltung basiert insofern auf dem "proprietary concept", als sie die Interessenlage der Eigentümer in den Vordergrund stellt. Im Gegensatz zur Stellung des Gläubigers, der nach der Rechtsordnung nur Anspruch auf den Nominalbetrag der der Unternehmung überlassenen Geldsummen hat, liegt hier die Vorstellung zu Grunde, daß der Eigentümer, sobald er seine "finanzielle Investition" liquidiert, die Kaufkraft, die er an einem früheren Zeitpunkt mit der Hergabe des Geldkapitals aufgegeben hat, zurückerhalten soll (z. B. gemessen an dem relevanten Lebenshaltungskostenindex).

-
- 1) Vgl. die grundlegenden Arbeiten von Berle, Adolf A., Means, Gardiner C.: "The Modern Corporation and Private Property" Macmillan New York 1933 und von Burnham, James: "The Managerial Revolution" John Day, New York 1941
 - 2) "The Distribution of Ownership in the 200 Largest Nonfinancial Corporations" Temporary National Economic Committee, Washington 1940
 - 3) "In some instances the most important factor in investment decisions is the preservation of the business entity as a search for security. The remunerations paid to professional managers are not very responsive to the profitability of the business enterprise but they are extremely dependent of the maintenance of the enterprise.." Willard L. Thorp, Richard E. Quandt: "The New Inflation" Mac Graw Hill Book Company Inc. New York Toronto London 1959 S. 109 - Es ist auch die Grundthese Burnham's, daß die "neue Klasse" ihren Vorteil wahrnimmt.

2.4 Die Unternehmung in der Zeit (venture - continuum - growth)

2.4.1 Die Unternehmung als Partiegeschäft oder als Dauergebilde

Die Unternehmung als eine zeitlich begrenzt geplante Geldanlage, mit der ein Partiegeschäft ("venture" = eigentlich Wagnis) abgewickelt wurde und die nach einmaligem Kreislauf Geld-Ware-Mehrgeld beendet war, ist in der Wirtschaftsgeschichte der Vorgänger der heutigen Kapitalgesellschaften. Die zeitliche Limitierung fiel dabei mit der Beschränkung auf ein spezifisches Betätigungsfeld zusammen. In dieser Sicht ist z. B. auch heute noch die Lebensdauer aller Gesellschaften auf dem Gebiete der Urproduktion (z. B. Ölfirmen, Steinbrüche, Kohlenbergbau) durch die Größe der Vorkommen begrenzt. Neben dieser "natürlichen", aber auch einer rechtlichen, Begrenzung der Lebensdauer von Unternehmen können Bedarfswandlungen Unternehmungen mit einem eng gefaßten Gebiet betrieblicher Betätigung zur Liquidation zwingen.

Die amerikanischen Erdölvorkommen werden, gemessen an der gegenwärtigen Ausbringung, in etwa 35 Jahren erschöpft sein - es kann sich also durchaus um Zeiträume handeln, die die Unternehmerentscheidungen in der Gegenwart beeinflussen.

Es ist möglich, hier eine - zwar immer willkürliche - Unterscheidung zwischen einer Entwicklung auf kurze und auf lange Sicht zu machen. Für einen Zeitraum von hundert Jahren und länger schien z. B. eine Betätigung im Kohlenbergbau oder auf dem Gebiet des Eisenbahntransports von unbestimmter Dauer. Heute hingegen hat der Bundesstaat Pennsylvanien die größte strukturelle Arbeitslosenquote in den USA und eine Eisenbahnstrecke nach der anderen wird stillgelegt.

Es ist eine Frage des in die Beurteilung einbezogenen Zeitraums, wie weit man den hier aufgezeigten Gesichtspunkten bei einer Beurteilung der Theorie der Wiederbeschaffung Raum geben sollte. Nach Ansicht der Anhänger des "replacement" entspricht die Vorstellung von der Unternehmung als Dauergebilde (sie vertreten das concept of continuum, postulate of permanence, principle of continuity) mehr den Realitäten des 20. Jahrhunderts, und damit haben sie wohl recht. ¹⁾ Je nachdem, welchen Begriffsinhalt man der Unternehmung auf unbestimmte Zeit unterlegt, ist jedoch eine Synthese mit dem venture-concept, das mit der Abschreibung auf den An-

1) Vgl. dagegen Wilcox, Edward B., Greer, Howard C.: "... the history of business risks and fatalities is such as to remind us more of death than immortality." in "The Case against Price-Level Adjustments in Income Determination" JofA Dezember 1950, S. 493

schaffungswert identifiziert wird, ¹⁾ möglich.

Den Abschreibungsvorgang kann man nur dann mit der Vorstellung vom Partiegeschäft vereinbaren, wenn man diese so weit faßt, daß sich das Partiegeschäft über mehrere Wirtschaftsperioden erstreckt. ²⁾ Es war bereits gesagt worden, daß die handelsrechtliche Erhaltung des Garantiekapitals einem Zwang zur Einbehaltung der Abschreibungsgegenwerte in der Unternehmung gleichkommt. Während man nun beim Gläubiger die Erwartung der Kapitalrückzahlung als die Regel ansehen kann (die Ausnahme bildet der Inhaber einer hundertjährigen Schuldverschreibung), ist es unrealistisch, anzunehmen, daß der heutige Aktionär die Rückzahlung seiner Einlage als wahrscheinlich ansieht. Nach den wirtschaftlichen Gegebenheiten der Gegenwart beteiligt man sich nicht mehr an einem "Wagnis", sondern an einer Einkommensquelle; die einmalige Dividende wird zur dauernden Rente.³⁾ Auf der anderen Seite bietet die leichte Übertragbarkeit der Aktie dem Aktionär die Möglichkeit, seine Anlage zu liquidieren. Bei den Personengesellschaften dürfte heute die Vorstellung, daß die Unternehmung eine Einkommensquelle auch für die nachfolgenden Generationen darstellt, ebenfalls vorherrschen. Die Auffassung der Unternehmung als ein Dauergebilde in Form einer Einkommensquelle korrespondiert mit einer Funktion der Abschreibung, die Einbehaltung von Erlösteilen auch im Interesse der Eigentümer zu gewährleisten. Hierüber wird noch weiter unten zu sprechen sein.

Das in den Erlösen zurückfließende Geldkapital wird also in der Regel nicht ausgeschüttet, sondern reinvestiert. Die Argumentation, wie weit in der Praxis eine Reinvestition von Geldkapital eine Ersatzinvestition oder eine Vermögensumschichtung darstellt - wobei in diesem Zusammenhang darauf abgestellt wird, wie weit eine Verwandtschaft zwischen den im Rahmen der aufeinanderfolgenden Investitionsprozesse hergestellten Produkten besteht - kann nach beiden Seiten nicht ins Extrem ausgedehnt werden. In den Unternehmungen, die unter der Leitung der Eigentümer stehen, besteht oft eine gefühlsmäßige Bindung an ein bestimmtes Gebiet unternehmerischer Betätigung. Eine derartige Bindung entfällt bei Großunternehmungen mit einer weiten Eigentumsstreuung; der Kleinaktionär der Gegenwart ist

1) "The 'venture' concept beloved of the trade unions and their neoliberal sympathizers, corresponds most closely to the traditional concept of the accounting profession. . each purchase of fixed capital instruments should be regarded as a separate venture of one or more investors." Bronfenbrenner, Martin: "Business Income Concepts in the Light of Monetary Theory" in "Five Monographs on Business Income" a. a. O. S. 123

2) Vgl. das vorstehende Zitat, das mit dem Bezug auf das "venture concept" noch keine Negation der Abschreibung erkennen läßt.

3) Daß die Forderung der Eigentümer nach Einkommen völlig unabhängig von den periodischen Ergebnissen der Unternehmungsrechnung sein kann, zeigt die Erfahrung der Depressionsperiode in den USA: in den Jahren 1930 - 38 wurden mehr als 20 Milliarden \$ Dividenden aus Rücklagen ausgeschüttet; vgl. Seite 108, 109 dieser Arbeit.

das, was man früher einen typischen Kapitalisten nannte, für ihn ist die Investition von gestern mit der von heute nur insoweit verwandt, als beide eine Rendite abwerfen. Bei der bestehenden Spezialisierung ist es jedoch schwer, auf ein Produktionsgebiet überzuwechseln, auf dem andere Firmenschon längere Zeit tätig sind. Eine andere Situation ergibt sich allerdings dann, wenn ein neues Gebiet unternehmerischer Betätigung erschlossen wird; neben zahlreichen Gesellschaften der verschiedensten Branchen haben sich z. B. auch die drei führenden Automobilfirmen der USA am "Weltraumgeschäft" beteiligt. Es würde sicher zu weit gehen, das Gemeinsame von Automobil und Rakete in ihrer Funktion als Transportmittel zu sehen.

Wenn man sich grundsätzlich zu der Auffassung bekennt, daß Gewinn mit der Durchsetzung neuer Kombinationen verbunden ist - die wachsende Bedeutung von Forschung und Entwicklung in der Industrie scheint dies zu bestätigen -, wird man die folgende Frage von Break ebenso wie er selbst, mit nein beantworten: "is a single business man who sets up and liquidates a number of separate short-run ventures different from a continuing corporation which, over time, invests in widely different types of capital equipment ?" 1) In den Staaten mit einer Zentralverwaltungswirtschaft werden bekanntlich die Abschreibungsgegenwerte an zentrale Finanzierungsstellen abgeführt, die über ihren Einsatz in der Gesamtwirtschaft entscheiden.

Ob die Abschreibungsgegenwerte für die Investition in bestimmte Sachgüter vorgesehen sind (earmarked, vgl. die "Kästchen" bei Walb) und entsprechend eine bestimmte Höhe haben sollten, ist noch bei der Behandlung der gütermäßigen Kapitalvorstellungen eingehend zu diskutieren.

2.4.2 Die "kapazitätsmäßig" wachsende Unternehmung

Im Gegensatz zu bereits gemachten Einschränkungen soll für eine Modellbetrachtung angenommen werden, daß die Abschreibungserlöse bei Ausschneiden der Anlagegüter wieder in identischen Anlagen investiert werden (infinite process treatment). Weiterhin soll die Gesamtinvestition jährlich um einen bestimmten Prozentsatz erhöht werden. Diese Erweiterung wird durch neues Kapital finanziert, es handelt sich also nicht um die Prämissen des sogenannten Kapazitätserweiterungseffektes; 2) für das vorliegen-

1) Break, George F. "Capital Maintenance and the Concept of Income" Journal of Political Economy 1954 S. 53 - vgl. auch folgende Ansicht von Joel Dean: "... the distinction in conventional accounting between replacement reserves (indirekter Abschreibung, der Verf.) and net income is a restriction on inter-company flow of capital that is not present in inter-product flows of capital within one company." in "Capital Budgeting" Columbia University Press 1951, S. 37

2) In den USA vgl. Grant, Eugene L.; Norton, Paul: "Depreciation" New York 1955 S. 282 - vgl. auch S. 37 dieser Arbeit

de Modell würde die Annahme genügen, daß die Abschreibungsgegenwerte bis zum Ersatzzeitpunkt als Bankguthaben gehalten werden.

Beispiel: Zum Zeitpunkt t_{01} werden DM 300 000, - in 100 Maschinen à DM 3000, - investiert. Zu Beginn jedes folgenden Jahres wird der Maschinenpark um 10% vergrößert. Lineare Abschreibung, konstante Preise. Lebensdauer der Maschinen 3 Jahre. (t_{01} = Beginn der Periode 1, t_1 = Ende der Periode 1, t_{02} = Beginn der Periode 2, t_1 = t_{02} usw.)

Zeitpunkt	t_{01}	t_1	t_{02}	t_2	t_{03}	t_3	t_{04}
Zahl der Maschinen	100		110		121		
Anschaffungswerte	300000		3300000		363000		
Kumul. Abschreib.		100000		210000		331000	

Zum Zeitpunkt t_{04} sollen die ersten 100 Maschinen ersetzt werden. Die Ersatzinvestition erfordert DM 300 000, -, an Abschreibungsgegenwerten sind DM 331 000, - vorhanden. Im Rahmen der Prämissen gilt also, daß in einer wachsenden Unternehmung die am Zeitpunkt der Ersatzinvestition für die Ersatzinvestition erforderlichen Beträge immer kleiner sind als die in der Unternehmung gebundene Abschreibungsgegenwerte. Im Beispiel waren von Abschreibungsgegenwerten in Höhe von DM 331 000, - nur DM 300 000, -, das sind 90,6%, erforderlich.

Nach Domar ¹⁾ gilt für das Verhältnis Replacement R (Finanzbedarf für Wiederbeschaffung) zu Depreciation D (Abschreibungsgegenwerten) unter den gemachten Voraussetzungen:

$$R/D = \frac{rm}{(1+r)^m - 1}$$

wobei: r = Wachstumsrate der monetären Investition
m = Lebensdauer der Anlagen (im Beispiel 3 Jahre)

Anwendung der Formel auf das Beispiel:

$$R/D = \frac{10/100 \cdot 3}{(1+10/100)^3 - 1} = \frac{0 \cdot 3}{0.331} = 90.6\% \text{ q. e. d.}$$

Domar schätzt die durchschnittliche Lebensdauer aller Anlagen in der amerikanischen Wirtschaft auf 30 Jahre und die Wachstumsrate auf mehr als 3%. Es ergibt sich ein Verhältnis R/D von 58/100, d.h. in der US-Wirtschaft werden nur 58% aller Abschreibungsgegenwerte eines Jahres für Ersatzinvestitionen im gleichen Zeitraum benötigt, 42% stehen für Erweiterungsinvestitionen zur Verfügung.

Der Anwendung dieser Gedankengänge auf die Einzelunternehmung steht nur entgegen, daß eine Unternehmung schneller wächst als die andere und

1) Domar, Evsey D.: "Depreciation, Replacement and Growth" Economic Journal März 1953, S. 1 ff; vgl. auch Eisner, Robert: "Depreciation Allowances, Replacement Requirements and Growth" American Economic Review Dezember 1952 S. 820 ff

die Dritte einen Schrumpfungsprozeß durchmacht. Eine Durchschnittsbetrachtung ist aber nicht weniger legitim als es andere Annahmen in der Diskussion der Abschreibungs"korrekturen" sind.

Domar dehnt seine Überlegungen auch auf den der vorliegenden Untersuchung zu Grunde liegenden Fall steigender Preise der Anlagegüter aus:

Wenn r = Wachstumsrate der monetären Investition (in die die jeweiligen Preise eingehen)

u = Wachstumsrate der Realinvestition (Zahl der Maschinen, Anlagenutzungen, gemessen in konstanten Preisen)

dann ist $r - u = i$ = Rate der Preissteigerung. ¹⁾

Für das Verhältnis der für die Ersatzinvestition (zu höheren Preisen) erforderlichen Geldbeträge zu den Abschreibungsgegenwerten gilt dann:

$$R/D = \frac{rm(1+i)^m}{(1+r)^m - 1}$$

(der Zähler, die Ersatzinvestitionen, werden durch die Preissteigerungen beeinflusst, die Abschreibungsgegenwerte (der Nenner) beziehen sich dagegen auf die investierten Geldsummen, gleichgültig, ob sich die Preise ändern oder nicht)

Die folgende Tabelle gibt für verschiedene Nutzungszeiten der Anlagegüter und für verschiedene Wachstumsraten der Real-Investition die jährliche Preissteigerung wieder, bei der die in der Unternehmung gebundenen Abschreibungserlöse zur Ersatzinvestition ausreichen. ($R = D$):

	<u>Jährliche Preissteigerung in % (i)</u>				
Reale Wachstumsrate in % (u)	1	2	3	4	5
Lebensdauer in Jahren (m)					
10	1.05	2.1	3.3	4.6	6.0
20	1.07	2.3	3.8	5.5	7.5
30	1.11	2.5	4.3	6.6	9.8
40	1.16	2.7	5.0	8.3	13.5

- 1) Die Anfangsinvestition wächst als Funktion der Zeit mit steigenden Preisen zur monetären Investition $MI(t) = e^{rt}$, mit konstanten Preisen zur Realinvestition $RI(t) = e^{ut}$. Die kumulative Rate der Preissteigerung

$$P(t) = \frac{MI(t)}{RI(t)} = e^{it}; \quad e^{it} = \frac{e^{rt}}{e^{ut}}; \quad i = r - u.$$

Vgl. die Darstellung kontinuierlichen Wachstums von Preisen bei Jones, Ralph C. "Effects of Price Level Changes on Business Income, Capital and Taxes" American Accounting Association 1956, S. 12 und vor allem den Anhang von James Tobin.

Auf die für die US-Wirtschaft genannten Angaben bezogen ($u = 3$, $m = 30$), ergibt sich aus der Tabelle, daß noch bei einer jährlichen Preissteigerung von 4,3% die Abschreibungsgegenwerte jedes Jahres zur Finanzierung der im gleichen Zeitraum notwendigen Ersatzinvestitionen ausreichen.

Die praktische Bedeutung des Wachstumsmodells für die hier zur Diskussion stehende Frage soll nicht überschätzt werden. Domar nimmt jedoch ausdrücklich auf sie Bezug: "When prices rise demands for larger depreciation credits for tax purposes are invariably made, the usual straight-line charges based on original cost being allegedly insufficient to finance replacement. Yet in an economy like the American it takes quite a substantial price rise to bring about the apparently desired equality of R and D ". 1)

Im vorliegenden Zusammenhang ist noch ein Gesichtspunkt genannt worden, der neben den Erweiterungsinvestitionen reversible Preisbewegungen im Konjunkturzyklus einbezieht. Nimmt man an, daß die Erweiterungsinvestitionen relativ häufiger im Aufschwung - und damit auch bei höheren Preisen - vorgenommen werden, während sich die Ersatzinvestitionen, deren Zeitpunkt von der unterschiedlichen Lebensdauer der Anlagegüter abhängen soll, über den ganzen Zyklus - also Perioden hoher und niedriger Preise - verteilen, so wird eine Abschreibung auf Anschaffungskosten im gesamten Zeitraum einen höheren Betrag ergeben, als eine Abschreibung, die auf den Finanzbedarf für Ersatzinvestitionen abstellt. 2)

Es muß festgehalten werden, daß eine Aussage "die Abschreibungserlöse reichen nicht zur Wiederbeschaffung aus", wenn man von prinzipiellen Einwänden einmal absieht, durch eine Angabe der Bezugsperiode ergänzt werden muß.

1) A.a.O. S. 11; auch Joel Dean hat sich dieses Argument zu eigen gemacht: "... when it is argued that depreciation charges must be increased for upward price changes it must be recognized that economic growth tends to yield depreciation charges which exceed replacement requirements." in "Four Ways to Write off Capital Investment" a.a.O. S. 79

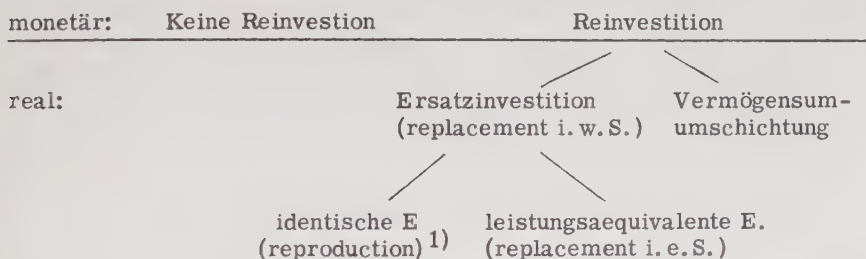
2) "... throughout the economic cycle .. depreciation on historical cost will total more than depreciation on fluctuating replacement costs." Wilcox, Edward B., Greer, Howard C. a.a.O. S. 494 - vgl. auch den Anhang "The Effect of Replacement Depreciation on Aggregate Depreciation over a Business Cycle" Brown, Edgar C. a.a.O. S. 157 f

3 Die Abschreibung in den verschiedenen Erhaltungskonzeptionen

Wenn erst an dieser Stelle eine systematische Darstellung der Erhaltungskonzeptionen und der darin der Abschreibung zugedachten Funktionen erfolgt, so geschieht das vor allem unter dem Gesichtspunkt, auch die bereits angeschnittene Frage der Interessenlage der für die Entscheidungsbildung in der Unternehmung in Frage kommenden Personen einbeziehen zu können.

Zwischen der geplanten Verwendung der Abschreibungsgegenwerte und den verschiedenen Erhaltungskonzeptionen lassen sich folgende Zusammenhänge zeigen:

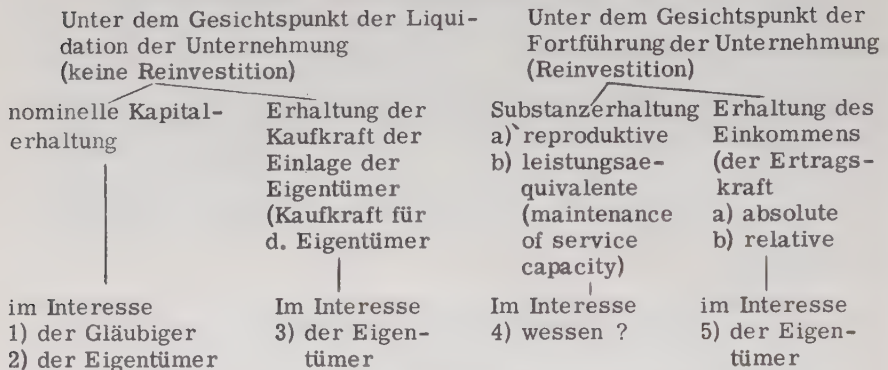
I. Verwendung der Abschreibungsgegenwerte



Geht man davon aus, daß mit der Verrechnung von Abschreibungen Geldbeträge in der Unternehmung gebunden und von einer Ausschüttung an die Eigentümer (Dividende) oder den Fiskus (Gewinnsteuern) ausgeschlossen werden, so unterscheiden sich die einzelnen Erhaltungskonzeptionen in der diesen Geldbeträgen unterlegten Zweckbestimmung.

1) Hier nach Sweeney, Henry W.: "... cost of reproduction may be considered the cost to obtain or build a precisely similar asset in the same place. Cost of replacement may be considered the cost to obtain or build an asset that will perform the same service regardless of whether the structural form and location of the asset remain the same." a. a. O. S. 44 Fußnote 1 - Von einer einheitlichen Terminologie auf diesem Gebiet kann nicht gesprochen werden, vgl. z. B. Spacek, Leonhard: "replacement may mean another business, another building or a different machine" in "Can we Define Generally Accepted Accounting Principles" "JofA Dezember 1958 S. 43

II. Erhaltungskonzeptionen in der Unternehmung



Die Vorstellung einer Erhaltung des Einkommens sticht von den anderen Erhaltungskonzeptionen dadurch ab, daß sie nicht die Erhaltung einer Bestandsgröße ("stock") sondern die Erhaltung einer Stromgröße zum Ziel hat. Auf diese Unterscheidung wird noch bei den Ausführungen über die Vorstellung der Einkommenserhaltung einzugehen sein.

3.1 Die Erhaltung von Bestandsgrößen ("Kapital"erhaltung)

Nach der Konzeption einer nominellen Kapitalerhaltung im Interesse der Gläubiger sollen die einbehaltenen Beträge im Falle der Liquidation mit zur Zahlung der Schulden an die Gläubiger zur Verfügung stehen. Eine Funktion der Abschreibung, bei Kapitalgesellschaften den Garantiefonds (trustfund) zu erhalten, wird durch eine Abschreibung auf den Anschaffungswert gewährleistet. 1) Die Schutzwürdigkeit dieses Gläubigerinteresses ist in den USA in einigen "Corporation Laws" der Einzelstaaten zum Ausdruck gekommen. 2)

Nach der Konzeption einer nominellen Kapitalerhaltung im Interesse der Eigentümer sollen die Geldbeträge im Falle der Liquidation die Rückzahlung der nominellen Einlage an die Eigentümer gewährleisten. Die Rechtsordnung schützt einen derartigen Anspruch nicht; die Aktionäre müssen sich mit dem nach Berichtigung der Schulden verbleibenden Vermögen begnügen. Es war schon an anderer Stelle gesagt worden, daß heute eine

1) "... under the trustfund theory of the capital of a corporation that the creditors are entitled to protection against reducing the value of owners' equity below a stated amount it is appropriate to use a money measure rather than a real measure of capital." Alexander, Sidney S.: "Income Measurement in a Dynamic Society" in "Five Monographs ..." a.a.O. S. 78

2) Vgl. den bereits zitierten Artikel von Spear, Harvey M. - In Deutschland siehe die Gläubigerschutzparagrafen bei Kapitalherabsetzung und Liquidation der AG (§§ 178, 187 213 Akt.G.).

Rückzahlung der Kapitaleinlage von den Eigentümern in der Regel nicht erwartet wird und nicht ihr Interesse verkörpert. In den USA ist ein weiteres Argument in dieser Richtung die überwiegende Verwendung der nennwertlosen Aktie. Häufig werden Rücklagen mit dem "Stamm"kapital (stated value) verschmolzen, so daß der bilanzielle Wertansatz der Bruchteilsaktie im Denken der Aktionäre fast gar keine Rolle spielt. Im Gegensatz hierzu kann man auf die Fungibilität von Eigentumsrechten an Unternehmungen hinweisen und im Erlös für diese Rechte die Kapitalrückzahlung realisiert sehen. Die Versuche im Verkehrswert von Unternehmensanteilen die "Ertragsaussichten" zu berücksichtigen sprechen jedoch mehr für die noch zu behandelnde These, daß die Übertragung von "Rentenquellen" und nicht vorübergehende Anlagen, etwa im Sinne eines Konsumaufschubs, im Vordergrund stehen. Bei entgeltlichem Erwerb müßte dann der Kaufpreis für den neuen Eigentümer an die Stelle des in den Büchern der Unternehmung erfaßten Kapitalstandes treten. Die vorgenannte Begründung einer nominellen Kapitalerhaltung dürfte nur in Ausnahmefällen dem Interesse der Eigentümer entsprechen.

Nach der Konzeption einer Kaufkrafterhaltung sollen die einbehaltenen Geldbeträge am Zeitpunkt der Liquidation die Zahlung einer Geldsumme an die Eigentümer ermöglichen, die für sie die gleiche Kaufkraft besitzt, wie die am Zeitpunkt der Einlage aufgegebene Geldsumme. Für die Relevanz dieser Interessenlage in der wirtschaftlichen Wirklichkeit gilt das im vorstehenden Absatz gesagte. Auf der anderen Seite wäre das Problem zu lösen, die Bedürfnisspektren mehrerer Eigentümer oder verschiedener soziologischer Eigentümergruppen auf eine Eigentümerkaufkraft zusammenzufassen. Weitere Fragen wirft auch hier ein Eigentümerwechsel während des Bestandes der Unternehmung auf.

Nach der Konzeption einer Substanzerhaltung sollen die einbehaltenen Geldbeträge die Beschaffung identischer oder leistungsaquivalenter Sachgüter ermöglichen. Diese Konzeption der Wiederbeschaffung oder Substanzerhaltung wird noch weiter unten beleuchtet werden. Wider allen Anschein ergibt eine genaue Betrachtung, daß ein Interesse der Unternehmungseigentümer an einer Substanzerhaltung im Sinne dieser Theorie gar nicht besteht. Über das gesamtwirtschaftliche Interesse wird ebenfalls noch an anderer Stelle zu sprechen sein. Es war schon gesagt worden, daß unter Umständen bei der Entscheidungsbildung in der Unternehmung der Wunsch des Management nach einem Fortbestand der Unternehmung im Gegensatz zum Gesichtspunkt der Rentabilität bestehen kann. Hier tritt jedoch grundsätzlich das Interesse des Managements an einer Erhaltung seines Einkommens an die Stelle der Erhaltung des Unternehmereinkommens.

3.2 Die Erhaltung der Stromgröße "Einkommen"

Nach den Vorstellungen einer Einkommenserhaltung sollen die einbehaltenen Geldbeträge Investitionen ermöglichen, die auch in Zukunft den gleichen Periodengewinn (das gleiche Einkommen) erwarten lassen, den man mit dem bisher eingesetzten Geldkapital erzielt hat. Wenn sich die Gewinnerwartung an der Gesamtkonjunktur oder der Branchenkonjunktur

orientiert, wird die Forderung nach dem absolut gleichen Gewinn je Zeiteinheit durch das Streben nach dem relativ gleich hohen Einkommen ersetzt. Diesen empirisch bestätigten Interessen wäre auch die Forderung nach einer Erhaltung der Wettbewerbsfähigkeit unterzuordnen. Es ist weiterhin realistisch anzunehmen, daß das Interesse der Unternehmenseigner auf eine Erhaltung des Realeinkommens - also höherer Dividenden in Zeiten steigender Konsumgüterpreise - gerichtet ist. Die grundsätzlichen Schwierigkeiten, die der Formulierung einer funktionellen Kapitalerhaltung (Seischab) aus dem Einkommensbegriff selbst erwachsen, werden weiter unten noch zu zeigen sein.

Die Jahreserfolgsrechnung in der Form der Gegenüberstellung periodisierter Einnahmen und Ausgaben wird in der amerikanischen Wirtschaftspraxis mit "Income Statement" bezeichnet und Veröffentlichungen des amerikanischen Wirtschaftsprüferinstituts befrworten diese Bezeichnung ausdrücklich anstelle von "Profit and Loss Statement". 1) Der Begriff Gewinn ist noch als eine Bestandsgröße denkbar, während "Einkommen" als Stromgröße den Bezug auf einen Zeitraum erfordert. Nun verbindet sich mit der Vorstellung "Einkommen" eine schwer zu definierende Erhaltung der Quelle, aus der das Einkommen fließt. Entsprechend sind in den Untersuchungen der 'Study Group on Business Income', für die das amerikanische Wirtschaftsprüferinstitut federführend war und deren Ergebnisse die Entscheidung über die Stellung zu den Abschreibungskorrekturen bringen sollten, zahlreiche Abstecher in die volkswirtschaftliche Kapital- und Einkommenstheorie gemacht worden. 2) Was die terminologische Seite anbetrifft, scheint es ein besserer Ausgangspunkt, die Diskussion auf ein "Realeinkommen" statt auf einen "Realgewinn" auszurichten, und es liegt nahe, die steuerlichen Absetzungsmöglichkeiten für Ausgaben, die der Sicherung und "Erhaltung der Einnahmen" dienen, auszudehnen. Die deutschen Autoren haben überwiegend den gesamtwirtschaftlichen Aspekt einer Erhaltung der Substanz behandelt, während die Substanz als

-
- 1) "... it is however proper to use the term profit in describing a specific item such as 'profit on sale of fixed assets' ..." Accounting Terminology Bulletin No. 2, März 1955 S. 4
 - 2) Die Study Group hat folgende Arbeiten veröffentlicht: Dean, Arthur H. "An Inquiry into the Nature of Business Income Under Present Price Levels" 1949; May, George O. "Business Income and Price Levels, An Accounting Study" 1949; Five Monographs on Business Income (Alexander, Sidney S. "Income Measurement in a Dynamic Society", Bronfenbrenner, Martin "Business Income Concepts in the Light of Monetary Theory", Fabricant, Solomon "Business Costs and Business Income Under Changing Price Levels" und "The Varied Impact of Inflation on the Calculation of Business Income", Warburton, Clark "Monetary Theory and Price Level Trends in the Future") 1950; "Changing Concepts of Business Income" 1952; alle American Institute of Accountants, New York. Die Untersuchungen wurden z. T. durch eine Spende der Rockefeller Foundation finanziert.

Einkommensquelle mehr als unvermeidliche Nebenerscheinungen in den Hintergrund trat. Trotz der Einführung volkswirtschaftlicher Untersuchungen in die Diskussion der Abschreibungskorrektur im Rahmen der erwähnten Arbeiten und ständiger Verwendung von Begriffsbildungen wie "economic profit" und "economic depreciation" kann man schwerlich sagen, daß das entsprechende Gedankengut der Wirtschaftstheorie in der amerikanischen Betriebswirtschaftslehre heimisch geworden ist. 1) Die nachstehenden Ausführungen zu der Abgrenzung von Kapital und Einkommen zeigen die klaren Parallelen zwischen den in der Betriebswirtschaftslehre und den in der Wirtschaftstheorie diskutierten mikroökonomischen Kapitalbegriffen. Dieser Fragenkreis gewinnt dann an Bedeutung, wenn man die Rolle der Einkommensbesteuerung - in den USA mit der Trennung von ordinary income und capital gains - für das Thema der vorliegenden Arbeit hoch einschätzt.

Zur Vorstellung "Einkommen" gehört die Wiederholung eines Zuflusses von Geld oder Gütern im Zeitablauf (income as a standard stream). Diese Bedingung wird, außer bei der Auffassung des Kapitals als der Darlehens"-hauptsomme, für die sich die Zinszahlungen (Einkommen)wiederholen, auch mit der "harvest-tradition" des Begriffspaares Kapital-Einkommen erfüllt, die mit der Behandlung von Grund und Boden als Kapital und der jährlich wiederkehrenden Ernte als Einkommen die frühe angelsächsische Rechtsprechung beherrschte. 2) Ein anderer Aspekt des Einkommensbegriffes ist nach Hicks, daß er eine Verfahrensregel für den Inhaber der Verfügungsmacht über Geld und Güter bedeute: "man's income - maximum amount which he can consume during a week and still expect to be as well off at the end of the week as he was at the beginning". 3)

-
- 1) Joel Dean schreibt einmal im Journal of Business als Argument gegen das Konzept der Wiederbeschaffung, daß der technische Fortschritt "... any depreciation which would result in capital maintenance in the early Pigou sense..." unmöglich macht. (a.a.O. S. 83) Pigou's Definition der Kapitalerhaltung im Jahre 1935 ist verwandt mit dem, was man in der deutschen Betriebswirtschaftslehre reproduktive Substanzerhaltung genannt hat. Pigou, A. C. "Net Income and Capital Depletion", Economic Journal XLV 1935 S. 235 ff
 - 2) Seltzer, Lawrence H.: "The Nature and Tax Treatment of Capital Gains and Losses", National Bureau of Economic Research Inc. New York 1950 S. 25
 - 3) Hicks, J. R. "Value and Capital" Clarendon Press, Oxford 1953 (2. Auflage S. 174 vgl. auch ebenda: "The purpose of income calculations in practical affairs is to give people an indication of the amount which they can consume without impoverishing themselves".

Auf die vorliegende Fragestellung übertragen, bei der die Vorstellung der Wiederholung in verschiedenen Formulierungen hereinspielt, müßte es im einen Fall heißen, daß die Dividende eines Jahres so bemessen sein soll, daß der Eigentümer am Ende des Jahres die Aussicht auf gleich hohe Dividenden in der Zukunft hat (Erhaltung der Ertragskraft). Die Vertreter einer Substanzerhaltung messen das "am Ende der Periode genau so gut Dastehen wie am Anfang" nicht am Einkommen als der Stromgröße, sondern an einem Gütervorrat, einer Bestandsgröße. Eine Dividende wird erst dann ausgeschüttet, wenn die Möglichkeit der Wiederbeschaffung dieses Gütervorrats gesichert ist. Man kann eine Auswirkung dieser Auffassung als Verfahrensregel darin sehen, daß - von der Steuerzahlung hier einmal abgesehen - grundsätzlich die Möglichkeit zu einer "willkürlichen" Selbstfinanzierung besteht, die durch das Konzept der Substanzerhaltung rationalisiert werden soll.

Wenn man Erhaltung des Kapitals als Erhaltung des Einkommens definiert, wie es in der betriebswirtschaftlichen Diskussion in Deutschland Seischab mit der funktionellen Kapitalerhaltung getan hat und wie es Hayek in der Wirtschaftstheorie vorschlug,¹⁾ ergeben sich Schwierigkeiten, Kapital und Einkommen begrifflich abzugrenzen. Man kann nicht Einkommen (auch ausschüttbaren Gewinn) definieren, als das, was übrig bleibt, wenn das Kapital erhalten ist, und als Kapital das bezeichnen, was zur Erhaltung des Einkommens notwendig ist, ohne sich in einen Zirkelschluß zu verwickeln.²⁾ Soll die Dividende als Stromgröße "Einkommen" konstant gehalten werden, so wird die in der Unternehmung belassene Geldsumme - die Bestandsgröße "Kapital" - bei gleichem Kapitalumschlag mit der Profitrate variieren; den gleichen "Kapitalertrag" kann bei einer Rate von 6% eine kleinere Summe erbringen als bei 4%. Wenn bei wechselndem Geschäftsverlust die Entnahmen der Personalgesellschaften konstant bleiben oder, wie bereits erwähnt, in den U. S. A. in der Depressionszeit 1930 - 38 20 Milliarden Dividenden aus Rücklagen gezahlt wurden, so wird damit ebenfalls die Stromgröße Einkommen, nicht jedoch das Eigenkapital in der Bilanz "erhalten"

Wie die Gleichsetzung von Kapitalerhaltung mit Einkommenserhaltung zeigt, kann man Kapital und Einkommen als zwei Seiten der gleichen Vorstellung auffassen: Die Bestandsgröße Kapital als Gegenwartswert von Erwartungen

1) Hayek von, F. A. "The Maintenance of Capital" *Economica* 1935 S. 241 ff,

2) Vgl. aus der neueren Literatur Kaldor, Nicholas "Expenditure Tax" Anhang zu Kapitel 1 "The Concept of Income in Economic Theory" S. 54 ff, Allen & Unwin, London 1958

und Einkommen als die Stromgröße, die diesem Gegenwartswert entspricht.¹⁾ Ähnliche Vorstellungen sind dem Betriebswirt geläufig, wenn er den Unternehmungswert durch "Kapital"isierung des Periodengewinns ermittelt. Der hierbei zu berücksichtigende Zinssatz spielt die entscheidende Rolle bei einer Einkommensdefinition, die Einkommen als Funktion des Kapitals auffaßt: Kapital ist der Gegenwartswert zukünftiger Einnahmen und Einkommen der Zins auf den Gegenwartswert zukünftiger Einnahmen unter der Voraussetzung eines konstanten Zinssatzes. Hierzu ein Beispiel nach Sidney Alexander, das eine Trennung der periodischen Einnahmen in Einkommen und Abschreibung bringt: 2)

	t ₁	t ₂	t ₃
Erwartete Einnahmen (am Ende jedes Jahres)	103	106.09	109.27
Gegenwartswert der Einnahmen, auf den Zeitpunkt t ₀ mit einem Zinsfuß von 3% diskontiert = <u>Kapital C</u>	$C = \frac{103}{1 + \frac{3}{100}} + \frac{106.09}{1 + \left(\frac{3}{100}\right)^2} + \frac{109.27}{1 + \left(\frac{3}{100}\right)^3}$		
	$C = 300$		

Einkommen

$$\begin{aligned}
 t_0 t_1 &= 9.00 = 3\% \text{ von } 300 \\
 t_1 t_2 &= 6.18 = 3\% \text{ von } 300 - (103 - 9.00) \\
 t_2 t_3 &= 3.18 = 3\% \text{ von } 300 - (103 - 9.00) - (106.09 - 6.18)
 \end{aligned}$$

Abschreibung

$$\begin{aligned}
 t_0 t_1 &= 94 = 103 - 9.00 \\
 t_1 t_2 &= 99.91 = 106.09 - 6.18 \\
 t_2 t_3 &= 106.09 = 109.27 - 3.18 \\
 \text{Summe} &= 300.00
 \end{aligned}$$

Der ohne Berücksichtigung von Zinsen addierte Gesamtbetrag für die Abschreibung ergibt 300, das Kapital ist erhalten.

- 1) Kaldor, Nicholas "Expenditure Tax" Anhang zu Kapitel 1 "The Concept of Income in Economic Theory" S. 64 "Capital and Income are thus two different ways of expressing the same thing."
- 2) A. a. O. S. 29. Alexander glaubt, dem Zirkelschluß aus dem Weg gegangen zu sein: "Capital can be measured from the anticipated inflow of receipts and then the measure of capital so obtained can be used in the determination of income. Therefore there is no circularity in our definition of income". S. 30. Das Problem steckt jedoch in der Wahl des Zinssatzes. - Abschreibung ist in diesem Zusammenhang der Teil des Erlöses, der das Kapital erhält.

Gewisse Ähnlichkeiten mit der vorstehenden Darstellung zeigt die Investitionsrechnung nach der internen Zinsfußmethode (internal rate of profit), bei der der Erfolg als Verzinsung der Anfangsinvestition ermittelt wird. Während diese grundsätzlich eine Totalrechnung darstellt und keine Periodisierungs- (Abschreibungs-, "Einkommens")probleme kennt, hat man, ebenfalls ausgehend von bestimmten antizipierten Einnahmen- und Ausgabenströmen, Periodenrechnungen konstruiert, die verschiedenen Anforderungen genügen. So soll z. B. - ähnlich wie oben - die Abschreibung so erfolgen, daß sich für die Investition zu Beginn jeder Periode (die nicht kompensierten Ausgaben, den Buchwert) die gleiche Rendite ergibt.¹⁾ Man kann aber auch - im Modell - die Abschreibung so einsetzen, daß sich für jede Periode der gleiche Betrag als Periodenerfolg (ein Einkommen) herausstellt.²⁾

Die Versuche, ein perfektes Begriffspaar Kapital-Einkommen darzustellen, landen alle beim Phänomen des Zinses, der a) Einkommen im Sinne eines konstanten Zuflusses über die Zeit ist und b) von einer konstanten Kapitalgröße ausgeht. Weiterhin führt der Einkommensbegriff, schon aus der Definition als "Dauer"erscheinung heraus, in die Zukunft und damit für die Unternehmung auf das Gebiet der Planung. Die Entscheidung über Ausschüttung oder Einbehaltung von Erlösen im Hinblick auf eine Einkommenserhaltung kann nur "ex ante" getroffen werden und hat in einer "historischen" Rechnung keinen Platz. Zahlreiche Volkswirte, unter ihnen auch Hicks, der sich eingehend mit dem Einkommensbegriff befaßt hat, lehnen die Anwendung dieser Gedankengänge in ex post-Rechnungen ab; nach Hicks ist der Einkommensbegriff (im Sinne eines Dauerstromes) ein Werkzeug, das in den Händen des Benutzers zerbricht.³⁾

Mit Ausnahme der Erscheinung des Zinses, die von der herrschenden Meinung der Geldwirtschaft zugerechnet wird, müssen alle anderen Vorstellungen von Kapital und Einkommen entweder von der Konstanz der Bestandsgröße oder der Konstanz der Stromgröße ausgehen. Break, der eine Klassifizierung der in der Wirtschaftstheorie diskutierten Einkommenskonzeptionen versucht hat, geht in dem nachstehend wiedergegebenen Schema von dieser Grundeinteilung aus:

-
- 1) Vgl. Biermann, Harald "A Theory of Depreciation Consistent with Decision Making" The Controller August 1958 S. 370 f und vor allem Lutz, Vera und Friedrich a.a.O. S. 219 und 226 (Depreciation based on Capitalization Formula). Unter der Annahme konstanter Einnahmen ergibt sich dabei bekanntlich eine progressive Abschreibung.
 - 2) Und damit ist man bei der auch heute noch zu beobachtenden Tendenz, die Abschreibung am "Gewinn" auszurichten.
 - 3) Hicks, J.R. a.a.O. S.180 vgl. auch Kaldor, N.: "The problem of defining individual income quite apart from any problem of practical measurement appears in principle insoluble" a.a.O. S. 70

Concepts of Income Classified According to the
Type of Capital Maintenance Employed 1)

Calculations made	Initial Value Main- tenance (Original Cost Depreciation)	Prospective Income Maintenance (Cer- tainty Cost Depre- ciation)
in money terms	Hicks No. 1 Simons	Hayek Hicks No. 2 Hicks 1942 "Economica Concept" Lindahl
in real terms of the		
a) Monetary concepts		
1) Potential Pur- chasing Power	E. C. Brown Haig	
2) Replacement Value Maintenance (re- placement cost depreciation)	E. C. Brown	
3) Actual Purchasing Power	E. C. Brown	Hicks No. 3
b) Physical concept	Pigou	
Initial Physical Maintenance		

Bei der Erhaltung einer nominellen Kapitalziffer (initial value maintenance in money terms) unterscheidet Break zwischen einer Zu- bzw. Abschreibungsversion (accrual) und einer Realisationsversion, die dem Betriebswirt beide aus dem Imparitätsprinzip her bekannt sind (nicht realisierter Verlust wird als negatives Einkommen angesetzt, während positives Einkommen erst bei Realisation berücksichtigt wird).

Bei der Erhaltung einer ursprünglichen Geldsumme unter Berücksichtigung von Preisänderungen (initial value maintenance in real terms of monetary concepts) werden drei Unterfälle herausgestellt.

- 1) Die Erhaltung potentieller Kaufkraft, z. B. mit der Verwendung eines Konsumgüterindex. Potentiell deshalb, weil es in das Ermessen des Einkommensbezieherers gestellt ist, ob oder in welcher Form er konsumiert. Dies kann man auch im Hinblick auf den Eigentümer, der beim

1) George F. Break "Capital Maintenance and the Concept of Income" Journal of Political Economy Februar 1954 S. 48 ff, dort auch Literaturangaben für die erwähnten Autoren. Vgl. auch die Diskussion mit Edgar Cary Brown (Journal of Political Economy, Februar 1955 S. 74) und Donald A. Corbin (Journal of Political Economy Dezember 1956 S. 528)

Ausscheiden seine Einlage in gleicher Kaufkraft zurückerhalten soll, formulieren

- 2) Erhaltung des Wiederbeschaffungs- (Ersatz-)wertes: An die Stelle der ursprünglichen Kapitalziffer tritt eine Geldsumme, die den gleichen festumrissenen Gütervorrat wie bei Ersatzinvestition repräsentiert (full replacement allowed only when the income receiver replaces exactly in kind). Die Schwäche dieser Konzeption ist nach Break, daß sie die Isolierung einer Preis- von einer Mengenänderung verlangt, ein Problem, auf das bereits hingewiesen wurde.
- 3) Erhaltung der tatsächlichen (actual) Kaufkraft: Zur Erklärung dieses Begriffes schreibt Break, daß hier eine Wiederbeschaffung angesetzt wird, ohne Rücksicht darauf, wie der Einkommensbezieher die Erlöse verwendet (full replacement allowed regardless of what the income receiver does with the proceeds of asset sales). Man kann 3) gegenüber 2) damit abgrenzen, daß es auf die Möglichkeit der Wiederbeschaffung ankommt.

Grundsätzlich gibt es jedoch nicht eine einzige Realeinkommenskonzeption sondern ebenso viele, wie verschiedene Preisindices zur Umrechnung nominaler Beträge brauchbar sind: "there are as many as there are different price index numbers suitable for use as conversion factors in moving from money to real terms". 1)

Die Vorstellung von Kapital als einem Gütervorrat (physical concept) hat den Nachteil, daß man damit nicht rechnen kann, soweit heterogene Güter zusammengefaßt werden sollen.

Die Untersuchung von Break kommt zu dem Ergebnis, daß, gemessen an a) Klarheit und Präzision und b) dem Fehlen willkürlicher Beschränkungen, der monetären Konzeption bei weitem der Vorzug zu geben ist. Zahlreiche Volkswirte haben sich in neuerer Zeit für eine monetäre Kapitalauffassung ausgesprochen, Schumpeter und Preiser z. B. ausdrücklich unter

1) Break, a. a. O. S. 51 - Auch die Konzeption der Substanzerhaltung läßt sich als "Kaufkraft"vorstellung interpretieren, und zwar wird der Warenkorb, dessen Preise die Kaufkraft bestimmen, aus den von der Unternehmung nachgefragten Gütern gebildet. Vgl. die Automobilfabrik- und Trockenplattenmark in der frühen deutschen Diskussion. Terborgh spricht von "self duplicative or reproductive purchasing power" (in Realistic Depreciation Policy a. a. O. S. 115)

Hinweis auf die traditionelle Unternehmungsrechnung.¹⁾ Es ist irrig anzunehmen - und auch aus den vorhergehenden Ausführungen ersichtlich - daß sich die Wirtschaftstheorie ausschließlich mit einem gesamtwirtschaftlichen Kapitalbegriff befaßt hat. Kaldor ist sogar der Ansicht - und dieser Auffassung möchte sich der Verfasser anschließen - daß die Vorstellung von Kapitalerhaltung in einem anderen als dem monetären Sinn gesamtwirtschaftlich noch sinnvoller ist als einzelwirtschaftlich.²⁾

Für die Betriebswirtschaftslehre und die Wirtschaftspraxis erhebt sich die Frage, ob es zweckmäßig ist, von ihrem in der Wirtschaftstheorie zu Ehren gekommenen Kapitalbegriff abzugehen. In der Diskussion mit Break möchte Corbin die Zweckmäßigkeit einer Einkommens- (Periodenerfolgs-) definition an ihrer Eignung für die Entscheidungsbildung messen.³⁾ Er verweist dabei auf Entscheidungen

- a) der Geschäftsleitung über Preisbildung und Produktionsprogramm (product mix)
- b) der Anleger über Kauf und Verkauf von Beteiligungspapieren
- c) der Kreditgeber über die Gewährung von Krediten
- d) der Regierungsstellen über Besteuerung und Preisbildung bei öffentlichen Aufträgen

Wenn wir uns in diesem Zusammenhang auf die Dispositionen der Unternehmungsführung beschränken, so soll die an anderer Stelle bereits gemachte Aussage wiederholt werden, daß es falsch ist, der Entscheidung bei Produktwahl, Preisbildung und Neuinvestitionen den Erfolg vergangener Perioden zu Grunde zu legen, ob er "korrigiert" ist oder nicht. Bei Hicks heißt das so: "on the general principle of bygones are bygones (was

1) Schumpeter, Joseph "History of Economic Analysis" New York Oxford University Press 1955 2. Auflage: "... 'capital' what a mass of confused, futile and downright silly controversies it would have saved us, if economists had had the sense to stick to those monetary and accounting means of the term instead of trying to 'deepen' them." S. 223; Preiser, Erich "Der Kapitalbegriff und die neuere Theorie" in "Die Unternehmung im Markt"; Festschrift für Wilhelm Rieger zu seinem 75. Geburtstag, Stuttgart und Köln 1953

2) "A useful guide to one's thinking on these matters is to remember that "maintaining capital intact" has a fairly definite meaning when applied to the stock of resources of the community of a whole .. But unfortunately this .. does not enable us to lay down any definite rules for the use of accountants or others, as to how the depreciation provision should be calculated" a.a.O. Fußnote S. 65

3) Corbin a.a.O. S. 528

vorbei ist, ist vorbei) income ex post can have no relevance to present decisions" 1) und nach Ansicht des Verfassers kann auch der Betriebswirt kein Interesse daran haben, die Grenzen zwischen Planungsrechnung und historischer Erfolgsrechnung zu verwischen. Die Entscheidung über die Ausschüttung von Erlösteilen bezieht sich entweder auf den vergangenen Umsatzprozeß - dann ist der Periodenerfolg der traditionellen Rechnung relevant - oder sie orientiert sich an den Aussichten für kommende Geschäftsjahre und braucht dann als Verfahrensregel keine Korrektur der nominellen Erfolgsziffer für vergangene Perioden. 2)

Das Einkommensteuerrecht der USA unterscheidet zwischen den Einkommensarten "ordinary income" (ordentliches Einkommen) und "capital gains". In der Wirtschaftstheorie hat man den Begriff "capital gain" mit unterschiedlichem Vorstellungsinhalt verwendet. Boulding stützt sich sogar zur Definition auf den im amerikanischen Einkommenssteuerrecht umschriebenen Tatbestand ab: "The rise or fall in the value of existing assets because of changes in their price or valuation ratio may best be called capital gains and losses, following the terminology of the United States income tax". 3) Wenn man "Existing assets" als "ruhes Vermögen" übersetzt, entsprechen capital gains den Wertänderungen am ruhenden Vermögen, die bei einem hervorragenden Vertreter der Substanzerhaltung in Deutschland eine wesentliche Rolle gespielt haben. Ausgehend von einem monetären Kapital- und Einkommensbegriff, wie er auch dem amerikanischen Einkommenssteuerrecht an sich zu Grunde liegt - "The 'Federal Income Tax' income is the money value of the net accretion to one's economic power between two points of time" 4) - werden als capital gains und losses alle diejenigen Veränderungen der monetären Kapitalgröße angesehen, die nach gütermäßigen Kapitalvorstellungen (Substanz, Kaufkraft) kein Einkommen darstellen. Im folgenden Beispiel wird als Veränderung des monetären Kapitalwertes einer Unternehmung die Erhöhung des Verkehrswertes (etwa ausgedrückt durch den Börsenkurs bei Aktiengesellschaften)

1) Hicks a. a. O. S. 180

2) Joel Dean sagt über das Verhältnis der "ex ante" Einkommensdefinitionen der Wirtschaftstheorie zum Einkommen der traditionellen Unternehmungsrechnung: "Both kinds of income measurement are important to management but substituting one for the other is more misleading than is commonly supposed." (Managerial Economics a. a. O. S. 16)

3) Boulding, K. "Economic Analysis" a. a. O. S. 269 - Es sei daran erinnert, daß Boulding Profit ähnlich als Preissteigerung eines Sachgutes definiert hat, vgl. S. 32 dieser Arbeit.

4) Haig, R. M.: "Concepts of Income", Kapitel 1 Columbia University Press 1926 - Haig verweist auf Georg Schanz, auf dessen Einkommensdefinition das deutsche Einkommensteuerrecht basiert.

bezeichnet:

Veränderung des Unternehmungswertes
zwischen den Zeitpunkten t_0 und t_1

Zeitpunkt t_0	Verkehrswert	100 000					
Zeitpunkt t_1	Kaufkraft t_0 mit Preisen von t_1	110 000	E_1			g_2	g_3
Zeitpunkt t_1	Substanz t_0 mit Preisen von t_1	120 000		E_2			
Zeitpunkt t_1	Verkehrswert	140 000			E_3		

E_1 , E_2 und E_3 sind die Einkommensgrößen nach der jeweiligen Kapitalauf-
fassung; g_2 der capital gain nach einem Kaufkraft-orientierten Kapitalbe-
griff, g_3 der capital gain bei einer substanzmäßigen Kapitalvorstellung.

Seltzer bezeichnet die Differenz $g_3 - g_2$ als "real" capital gain, da sich die absolute wirtschaftliche Stellung des Beziehers (oder Eigentümers, wenn noch nicht realisiert) im Hinblick auf seine generelle Kaufkraft verbessert, g_2 dagegen als "illusory" capital gain, da sich die absolute wirtschaftliche Stellung nicht verändert (der sogenannte "Schein"gewinn nach dem Gesichtspunkt der Substanzerhaltung ist für ihn solange "real" als im betrachteten Zeitraum das allgemeine Preisniveau stabil bleibt).¹⁾ Es wird in anderem Zusammenhang darauf einzugehen sein, unter welchen Umständen ein "illusory" capital gain eine Verbesserung der relativen wirtschaftlichen Stellung des Beziehers bedeutet.

Am Beispiel des Unternehmungswertes (als Veräußerungswert) läßt sich die Auffassung der Theorie verdeutlichen, daß Veränderungen im erwarteten Zinssatz ebenfalls capital gains darstellen. Verändert sich der Wert der Unternehmung als Ganzes im Hinblick auf den Ertragswert dadurch, daß man einen niedrigeren Kapitalisierungszinsfuß ansetzen würde, so möchte man diese Erhöhung des monetären Kapitals - im Sinne des Preises, der für eine Einkommensquelle bezahlt wird - nicht als Einkommen, sondern als capital gain kennzeichnen.

In der Praxis der handels- und steuerrechtlichen Erfolgsermittlung wird die zuletztgenannte Veränderung des Kapitals grundsätzlich erst im Falle der Veräußerung erfaßt. Hier, wie bei anderen capital gains, verhindert das Realisationsprinzip, daß Preisänderungen von Gegenständen des Wirtschaftsverkehrs als Gewinne oder Einkommen erfaßt werden, bevor sie tatsächlich veräußert wurden. Man kann das Realisationsprinzip als Ausfluß einer gütermäßigen Kapitalbetrachtung ansehen²⁾; seine Anwendung

1) Seltzer, L. "The Nature and Tax Treatment of Capital Gains and Losses"
a. a. O. S. 102

2) Seltzer a. a. O. S. 38

verhindert, daß - in bestimmten Sinn - handelsrechtlich Gewinne ausgeschüttet oder steuerlich Einkommen erfaßt werden, die einen Eingriff in die Substanz erfordern. Dies wird vor allem an einem Aktivposten deutlich, der ruhendes Vermögen im engsten Sinne darstellt, Grund und Boden, dessen Wertänderungen grundsätzlich nicht erfolgswirksam werden. Man hat nun versucht, den Begriff ruhendes Vermögen auch auf Aktiva anzuwenden, die zwar umgesetzt aber in annähernd gleicher Form wiederbeschafft werden; in Deutschland hat Hax auch ein entsprechendes "erweitertes" Realisationsprinzip formuliert. Die hier zu Grunde liegende Konzeption der Wiederbeschaffung wurde schon weiter oben untersucht.

Neben dem oben behandelten Gesichtspunkt zur Unterscheidung von capital gains und - ordinary income - zieht man noch weitere Kriterien heran:

<u>capital gain</u>	<u>ordinary income</u>
Wertänderungen am ruhenden Vermögen	Umsatzgewinn
unerwartete Gewinne	erwartete Gewinne
einmalige Gewinne	wiederkehrende Gewinne

Die Gewinne, die die Erwartungen (oder den Plan) übersteigen (Gewinne *ex post* > Gewinne *ex ante*), haben als windfall profits bei einer makroökonomischen Betrachtung von inflationären Erscheinungen eine Rolle gespielt.¹⁾ Kaldor spricht einmal davon, daß bei Abschreibungen auf den Anschaffungswert in Inflationszeiten weniger Gewinne als windfall gains ausgewiesen werden als es "eigentlich" (properly) der Fall sein sollte²⁾ - als windfall gain müßte man dann den Unterschied aus einer durch den Anschaffungspreis und einer durch den Gegenwartswert bestimmten Abschreibungsbasis ansehen -; er kommt jedoch zu dem Schluß, daß sich derartige Vorstellungen einzelwirtschaftlich nicht quantifizieren lassen. Im vorliegenden Zusammenhang ist auch die Frage aufzuwerfen, wie weit die Preisentwicklung bei Anlagegütern erwartet und bei der Investitionsentscheidung berücksichtigt wird. Wenn ja - man bedenke den Grad der Gewißheit, der manchmal über zukünftige Preise bekundet wird - so würden nach diesem Gesichtspunkt keine capital gains auftreten.

1) Die Argumentation verläuft etwa so, daß bei Vollbeschäftigung weitere Investitionen zu höheren Einkommen in der Investitionsgüterindustrie führen können, die als zusätzliche Nachfrage auf ein konstantes oder vermindertes Angebot der Konsumgüterindustrie treffen und dort Preissteigerungen (windfall profits) ermöglichen = inflationäres Zwangssparen; Wer will einzelwirtschaftlich eine derartige Gewinnkomponente von "normalen", "echten" und "Scheingewinnen" unterscheiden?

2) "... the depreciation of fixed assets on the basis of historical cost in times of inflation brings less of the gains and more of the losses into the windfalls category than could properly be regarded as belonging there." a. a. O. S. 68 (Fußnote)

Es sei in diesem Zusammenhang nur erwähnt, daß man als "reale" capital gains (und Verluste) unvorhergesehene Veränderungen des physischen Kapitals, wie Entdeckungen von Bodenschätzen einerseits und Katastrophenverluste andererseits, bezeichnet.

Die Kennzeichnung von capital gains als einmalige Bezüge wird von den Vertretern des monetären Einkommensbegriffs zur Rechtfertigung des ermäßigten Steuersatzes (maximal 25%) für capital gains (im Sinne des amerikanischen Steuerrechts) herangezogen. Wenn z. B. der Verkehrswert einer Unternehmung durch Gewinnthesaurierung um das Doppelte gestiegen ist, würde der Verkäufer der Unternehmung (auch der Aktionär) bei dem dabei realisierten einmaligen Einkommen durch die progressive Besteuerung unter Umständen stärker belastet als bei einer Verteilung dieses Einkommens - durch Dividendenausschüttung - über mehrere Jahre. ¹⁾ Im Hinblick auf "inflationäre" capital gains bei abnutzbaren Anlagegütern wird auch die Auffassung vertreten, daß, wenn man sie steuerlich als Einkommen behandeln wolle, ihre Verteilung durch die Abschreibung einen eleganten und automatischen Weg darstellt. ²⁾ Dieses Argument lautet übertragen so, daß, wenn man eine Substanzerhaltungsrücklage bei Liquidation der Unternehmung der Besteuerung unterwerfen will, es als vorteilhaft angesehen werden kann, die Steuerzahlung auf die Abrechnungsperioden zu verteilen, d. h. also, auf eine Steuerbefreiung bei der Bildung entsprechender Rücklagen zu verzichten.

Die Diskussion über capital gains wird fast ausschließlich im Hinblick auf die steuerlichen Konsequenzen geführt. In dem mehrfach zitierten Standardwerk von Seltzer wird im großen und ganzen der status quo der amerikanischen Steuergesetzgebung als vertretbare Lösung befürwortet. Auf der anderen Seite hat jedoch Seltzer eine theoretische Trennung von capital gains und ordinary income auf Grund einer gütermäßigen Kapitalvorstellung als archaisch bezeichnet. ³⁾ Die Frage der Besteuerung monetärer Einkommen wird noch unter dem Gesichtspunkt der Gleichmäßigkeit der Besteuerung zu behandeln sein.

1) Vgl. im deutschen Einkommensteuerrecht § 34 EStG Steuersätze bei außerordentlichen Einkünften.

2) "... if however it is desired .. to use a money measure of income then the current practice constitutes an elegant and automatic way of distributing the money measure capital gain on a depreciable asset over the useful life of the asset.." Alexander, S. a.a.O. S. 8 - vgl. auch Brown, Edgar C. a.a.O. S. 75

3) "The concept of income .. was evolved at a time when landed property comprised the bulk of all property .. and could therefore be usefully regarded as a physical entity. The distinction still made by lawyers between income and a realized accretion to capital now sounds archaic to nearly every one else." a.a.O. S. 11; vgl. auch S. 39: "A man's capital today tends to be regarded as a quantity of pecuniary value that may be shifted from one investment to another."

4 Die Konzeption der Substanzerhaltung und die wirtschaftliche Dynamik

Die Erklärung der Verteilungsabschreibung mit einer Funktion, einen Erneuerungsfonds zu schaffen, liegt vor allem bei der Methode der indirekten Abschreibung nahe. Man hat schon früher als noch keine Preissteigerungen zur Diskussion standen, die Ausgaben für Anlagegüter mit anderen Augen betrachtet als die laufenden Ausgaben. Der Director of Research des amerikanischen Wirtschaftsprüferinstituts versuchte noch 1958 die Forderung nach einer Abschreibung auf den Wiederbeschaffungswert mit dem Hinweis zu entkräften, daß man auch nicht daran denke, die Feuerversicherungsprämie, die nach dreijähriger Vertragsdauer von 3000 \$ auf 4000 \$ erhöht wird, in den Jahren vor der Preiserhöhung mit ihrem Wiederbeschaffungswert in der Erfolgsrechnung zu berücksichtigen.¹⁾

Derjenige, der die Wiederbeschaffungskonzeption konsequent zu Ende denkt, wird jedoch auch versuchen, die Feuerversicherungsprämie und die Lohnzahlung so in seiner Rechnung anzusetzen, daß eigene Mittel für die Wiederholung der Beschaffung zur Verfügung stehen. Die Auffassung, daß, je näher der Zeitpunkt der Ausgabe an den Zeitpunkt ihrer Erfolgswirkung heranrückt, desto eher die Möglichkeit einer Wiederbeschaffung gesichert ist, besteht insoweit zu Recht, als die Wahrscheinlichkeit einer Preissteigerung geringer wird. Auf der anderen Seite kann aber auch die Ausgabe, die gleichzeitig Aufwand wird, nicht die Geldmittel für eine Beschaffung zu einem höheren Preis binden.²⁾ Dies trifft auf den Fall zu, in dem offensichtlich die Wiederbeschaffungskosten gestiegen sind, nämlich auf die in den Tarifvereinbarungen fixierten Lohn- und Gehaltszahlungen. Grundsätzlich bietet die Wiederholung einer Anlagenbeschaffung und die Wiederholung eines Erwerbs von Dienstleistungen in Zeiten höherer Preise der Theorie der Wiederbeschaffung die gleichen Probleme. Es ist bemerkenswert, daß die Frage einer Vorfinanzierung von Lohnerhöhungen, vor die sich die Praxis der modernen Unternehmung sehr oft gestellt sieht, in der Theorie neben der Beschaffung von Rohstoffen und Anlagegütern eine so geringe Rolle spielt. Sie ist allerdings nicht ganz leicht in das statische Denken "gütermäßiger" Kapitalkonzeptionen einzuordnen.

Mit der Beschaffung einer Maschine mit einer Gebrauchsfähigkeit von mehreren Jahren beabsichtigt der Unternehmer gleichzeitig die Beschäftigung von Arbeitern, die diese Maschine bedienen und die Beschaffung von Rohstoffen, die mit ihr bearbeitet werden sollen. Er kann den Rückfluß der in

1) JofA Juli 1958 S. 78 f - Sweeney schreibt 1935 in seiner Dissertation: "„an argument always successfully advanced against basing depreciation on replacement cost has been that consistency requires basing the charge for all other expenses on their respective replacement costs likewise." ("Stabilized Accounting" Columbia University New York, S. 70)

2) Vgl. hierzu die Unterscheidung zwischen Wiederbeschaffungspreis am Verbrauchstag, am Umsatztag, am Bilanzstichtag und am Tag der Wiederbeschaffung.

dem Anlagegut investierten Geldmittel nur durch den produktiven Einsatz der Maschine erwarten; Der Verkauf der Maschine selbst ist im Regelfall mit einem erheblichen Verlust verbunden, dessen Höhe sich danach richtet, wie weit es sich um eine Universal - oder eine Spezialmaschine handelt. Diese Bindung an die Zukunft muß der Unternehmer wegen der Unteilbarkeit der von dem Anlagegut erbrachten Leistungen eingehen. Es scheint eine müßige Spekulation zu sein, ob er nicht den Erwerb der einzelnen Anlagenutzungen vorziehen würde. Die steigende Verbreitung der Miete maschineller Anlagen - sehr häufig wird in den USA z. B. auch der gesamte Wagenpark gemietet - muß jedoch als ein Indiz hierfür angesehen werden. Man versucht, so weit wie möglich die Elastizität der Betriebe zu erhalten und das Risiko auszuschalten, daß die im Aggregat beschafften Anlagenutzungen in der Zukunft nicht im notwendigen Ausmaß vom Markt vergütet werden. Bekanntlich wird man oft erst bei Ausscheiden des Anlagegutes feststellen können, ob nicht eine Fehlinvestition vorlag.

Das Problem der Wiederbeschaffung der Anlagenutzungen zu konstanten Preisen ist für die Lebensdauer der Maschine gelöst; man erwirbt einen Nutzungsvorrat zum gleichen Preise je Einheit. Besteht nun auch die Möglichkeit, etwa für Rohstoffe für längere Zeit einen konstanten Preis zu sichern? Die Antwort wird für jeden Wirtschaftszweig anders ausfallen, bei einzelnen Naturprodukten ist auf die Möglichkeit einer Einschaltung der Terminmärkte hinzuweisen. Allgemein wird man jedoch auf die Tatsache stoßen, daß die Unternehmungen derartige langfristige Bindungen ungern eingehen, weil sie sich im Hinblick auf künftige Datenänderungen ihre Entscheidungsfreiheit bewahren wollen. Diese Verhaltensweise der Unternehmer steht in bemerkenswertem Widerspruch zu der Gewißheit, mit der bei einigen Autoren eine Wiederbeschaffung ausgestattet ist.¹⁾

Wenn man den "Zwang" zu einer Wiederbeschaffung beim Vorratsvermögen mit der Ausnutzung langlebiger Produktionsanlagen begründet, kann eine Wiederholung der Beschaffung von Maschinen mit einer Fabrikhalle mit einer Nutzungsdauer von 50 Jahren oder dem Besitz einer Konzession auf 99 Jahre erklärt werden. Man vergißt dabei, daß die Dispositionen der Geschäftsleitung zu jedem Zeitpunkt an der Gewinnerzielung orientiert sind. Gewinn ist für die Unternehmung der einzige Grund, einen betrieblichen Prozess zu wiederholen oder fortzuführen - wie kann dann die Wiederbeschaffung bereits in die Gewinnermittlung einbezogen werden?

Es müßte genauer heißen, daß die Gewinnerwartungen bei der Entscheidung über die Wiederholung eines betrieblichen Prozesses ausschlaggebend

1) Die neuere Kostentheorie hat zu Recht die Vorstellung des Kostenmechanismus durch die These der Dispositionsbestimmtheit der Kosten ersetzt. Es ist ebenso wenig sinnvoll, die Wiederbeschaffung zum Gesetz zu erheben, dem man sich ohne Rücksicht auf die Preisentwicklung unterordnet. Vgl. in diesem Zusammenhang auch die Ausführungen über die "contract-period" bei Lutz, Vera und Friedrich "The Theorie of Investment of the Firm" Princeton University Press, Princeton 1951 S. 54f.

sein sollten, und die Wiederbeschaffung eines Aufwandgutes zu erhöhten Preisen ist nur dann gerechtfertigt, wenn man mit einem ebenfalls erhöhten Produktpreis rechnet. Die Einbeziehung von Erwartungen in die Ermittlung des Periodenerfolgs könnte sich darauf stützen, daß auch die traditionelle Unternehmungsrechnung nicht ohne sie auskommt; in das Konzept der Verteilungsabschreibung geht die Erwartung ein, daß der noch nicht erfolgswirksame Teil der Ausgabe durch zukünftige Einnahmen gedeckt ist. Die Forderung nach systematischen Abschreibungsmethoden - gleichgültig, nach welchen Gesichtspunkten sie ausgestaltet sind - zeigt jedoch deutlich den Wunsch, zu möglichst objektiven Maßstäben in der Erfolgsrechnung zu gelangen. Eine Einbeziehung von Erwartungen über zukünftige Ausgaben - auch in der Form der "Aufwand"rückstellungen oder der Rückstellung für unterlassene Ersatzbeschaffung - würde jedoch einen entscheidenden Schritt zu subjektiven Urteilen bedeuten, die unter Umständen in der Zukunft nicht bestätigt werden.

Die Unternehmung investiert nur in Sachgütern, um sie nach dem Kombinationsprozeß gegen "Mehrgeld" zu veräußern, Substanz - gleichgültig in welcher Erscheinungsform - ist für die Unternehmung nur insofern von Bedeutung, als sie den zukünftigen Gewinn verkörpert. Die These, die Substanzerhaltung - als Minimalziel der Unternehmungspolitik - als Erfolgsgrenze in der Periodenrechnung anzusehen, läuft darauf hinaus, den Gewinn von heute unter der Voraussetzung zu errechnen, daß der Gewinn von morgen gesichert ist. Dies würde durchaus der Zweckbestimmung der Unternehmung als dauerhafter Einkommensquelle entsprechen, kann jedoch als Zirkelschluß keine logische Lösung für die Ermittlung des Periodenerfolgs bieten.¹⁾ Die Betonung des Planungsgedankens in der Betriebswirtschaftslehre geht zu Recht davon aus, daß eine historische Rechnung deshalb nicht ausreicht, weil keine Wiederholung der Vergangenheit erwartet werden kann - ist es dann richtig, eine Wiederbeschaffung in der angeblich historisch-objektiven Erfolgsrechnung zu verankern? Es trägt nicht zur Einheitlichkeit des Lehrgebäudes bei, wenn man dort die zukünftige Entwicklung zu antizipieren versucht und hier davon ausgeht, daß sich nichts ändert - außer den Preisen, die keinen Einfluß auf den technischen Prozeß ausüben.

Die Schwäche der Substanzerhaltungskonzeption liegt in ihrer Unvereinbarkeit mit der wirtschaftlichen Dynamik. Diese äußert sich für die Unternehmung in einer Änderung der tatsächlichen oder erwarteten Preise auf den Absatz- und Beschaffungsmärkten. Wenn man die Steuerungsfunktion der Preise in der Marktwirtschaft sieht, ist es irrig anzunehmen, daß eine Preissteigerung bestimmter Aufwandgüter grundsätzlich das "Mengengerüst" des betrieblichen Faktoreinsatzes unbeeinflusst läßt, daß die Entscheidung, ob wiederbeschafft wird, unabhängig von der Preissteigerung gefällt wird; man vernachlässigt die Preiselastizitäten. Der höhere Beschaffungspreis eines Aufwandgutes kann - soweit keine Preissteigerung

¹⁾ Vgl. in Deutschland Erich Kosiol in "Bilanzreform und Einheitsbilanz" Berlin-Stuttgart 1949 S. 150

auf dem Absatzmarkt parallel läuft - zu Änderungen im Produktionsvolumen führen oder im Rahmen des technisch Möglichen Substitutionsprozesse auslösen.¹⁾ Verwendet man die Begriffe der kurzen oder der langen Periode, mit denen die Wirtschaftstheorie den Übergang von der statischen zur dynamischen Betrachtung vollzog, beim vorliegenden Problemkreis, so ist die kurze Periode, in der der Unternehmer nicht vom Plan abweicht, bereits dann zu Ende, wenn eine Preisänderung bekannt wird - es entscheidet sich also am jeweiligen Preis, in welchem Umfang eine beabsichtigte Wiederbeschaffung auch tatsächlich durchgeführt wird.²⁾

Die Grenzen, die einer Wiederholung betrieblicher Prozesse in einer ständig wechselnden wirtschaftlichen Umwelt gesetzt sind, können hier nicht genau abgesteckt werden. Die Theorie der Substanzerhaltung in Zeiten steigender Preise ist ein Zwittergebilde, bei dem man mit Preisen von morgen und Mengen von gestern rechnet.

Weiter unten wird noch über die Rolle des technischen Fortschritts zu sprechen sein. Der Verfasser möchte sich jedoch der Auffassung anschließen, daß selbst dann, wenn eine Wiederbeschaffung zu höheren Preisen vorgenommen wird, die Leitung der Unternehmung - mit Ausnahme der vorteilhaften Auswirkung auf die Steuerschuld - kein Interesse an Wiederbeschaffungspreisen in der Erfolgsrechnung haben kann.³⁾ Sollte eine Vorkalkulation auf Grund der neuen Daten ergeben, daß tatsächlich eine Wiederbeschaffung durchgeführt wird, so ist damit ein Liquiditätsproblem verbunden. Die Tatsache, daß eine Wiederholung betrieblicher Prozesse höhere Geldbeträge erfordern wird, sollte sich in den Planungsunterlagen der Unternehmung und nicht in der Erfolgsrechnung niederschlagen, von jenen und nicht von dieser sollten die unternehmerischen Dispositionen bestimmt werden.

Es ist eine wirtschaftspolitische Frage, ob bei diesem finanziellen Problem in Form von Steuererleichterungen oder Kreditgarantien staatliche Hilfe geleistet werden soll. Für den Fall, daß diese Frage positiv zu beantworten ist, könnte die praktische Lösung durchaus ohne einen güterlichen Erfolgsbegriff auskommen.

1) Der "scale" - und Substitutionseffekt in der Produktionstheorie.

2) Vgl. hierzu Lutz, Vera und Friedrich a.a.O. Kapitel 3 "The Concept of the Short Period" S. 49 ff, vor allem auch den Begriff der Planungsperiode: "The quantities of inputs that are contemplated for dates beyond the current planning period are not .. irrevocably decided upon .. they will be subject to revision at subsequent planning intervals in the light of changes in data." (S. 53)

3) "An insistence on original cost in depreciation with recognition that substantial financial problems may thereby be accentuated, may be preferable to the confusion which would otherwise arise in income determination." Dan Troop Smith im Vorwort zu Brown, Edgar C. a.a.O. S. VII

Die Unterscheidung zwischen Ersatzinvestition und Vermögensumschichtung kann man an das Kriterium knüpfen, ob dabei das gleiche oder ein anderes Produkt hergestellt wird. Bei einem Wechsel des Produktes auf Grund einer Änderung des Bedarfs oder der Wettbewerbsverhältnisse fällt in der Regel eine Wiederbeschaffung von Anlagegütern aus.¹⁾ Dieses Moment soll dementsprechend hier bereits ausgeklammert werden, wobei wieder darauf hinzuweisen ist, daß es Schwierigkeiten machen wird, zwischen qualitativen Veränderungen des alten Produkts und dem Übergang zu einem neuen Produkt zu unterscheiden.²⁾

Das gleiche Produkt kann unter Verwendung verschiedener technischer Aggregate hergestellt werden, das "Produkt" 'Elektrische Energie' z.B. in Wärme-, Wasser- oder Atomkraftwerken, als Gleich-, Wechsel- oder Drehstrom mit Generatoren dieser und jener Bauform, Wicklungstechnik und anderer technischer Details. Die Einführung des technischen Fortschritts in die Diskussion der Substanzerhaltung kann sich mit dem Ergebnis begnügen, daß soweit nicht quantitativ und qualitativ gleichwertige Anlagegüter wiederbeschafft werden, Schwierigkeiten bei der Bestimmung der Wiederbeschaffungspreise auftreten können. Von größerer Bedeutung ist jedoch die Überlegung, daß technischer Fortschritt im wirtschaftlichen Sinn (Produktivitätsverbesserung) gleichbedeutend mit einem niedrigeren Aufwand je Produktionseinheit ist, sei es, daß der Preis der Anlagenutzung fällt oder ein Wegfall von Wartungs- und Bedienungsaufwand den Preis der Faktorkombination verringert. Wenn man auf die Kapazität einer maschinellen Anlage abstellt, so ist der Ersatz einer Drehbank mit 600 Umdrehungen/min durch eine Drehbank mit 800 Umdrehungen/min ebenso wie der Ersatz eines Generators von 150 KW durch einen Generator mit 200 KW eine Erweiterungsinvestition, und der Wiederbeschaffungspreis der Substanz (im Sinne gleicher Kapazität) würde die Abschreibungsgegenwerte der alten Maschinen erst dann übersteigen, wenn der höhere Preis des Ersatzgutes in Bezug auf die Leistungseinheit nicht durch die Produktivitätsverbesserung kompensiert wird.

1) Dies ist umso augenscheinlicher, je mehr die Verwendung von Spezialmaschinen zunimmt. - Hax bemerkt, daß "bei vielen Unternehmungen... ein großer Teil der heutigen Produktion aus Erzeugnissen besteht, die erst im letzten Jahrzehnt neu entwickelt wurden", zieht jedoch daraus nicht den Schluß, daß sich damit die Grundlagen einer Theorie der Substanzerhaltung verflüchtigen. (a.a.O. S. 181)

2) Das hat auch zur grundsätzlichen Kritik des Begriffes der Ersatzinvestition geführt: "... replacement investment is such a nebulous concept that it is doubtful whether a satisfactory measure of such outlays could ever be found." Meyer, John R., Kuh, Edwin a.a.O. S. 93

z. B. Preis eines Generators (150 KW) am Zeitpunkt der Ersatzinvestition	DM 60 000, -
Preis eines Generators (200 KW) am Ersatzzeitpunkt	DM 80 000, -

Der Preis je installierte KW ist gleich geblieben (DM 400, -) und mit den Abschreibungsgegenwerten von vier 150 KW Generatoren können drei mit 200 KW - die gleiche Kapazität - finanziert werden.¹⁾

Man kann zahlreiche Beispiele anführen,²⁾ in denen Preiserhöhungen für Anlagegüter keine Anhebung des Preises für die Einheit der Kapazität zur Folge hatten. Eine Ermessungsfrage ist es, wie weit derartige Kompensationen als repräsentativ für die Gesamtwirtschaft angesehen werden und eine Durchschnittsbetrachtung gestatten; ob der technische Fortschritt bei Anlagegütern vereinzelt oder in regelmäßigen Abständen, Preissteigerungen dagegen regelmäßiger auftreten, und wie weit die Rate der Preissteigerungen von der Rate des technischen Fortschritts abweicht.³⁾

Es ist gefährlich, in diesem Zusammenhang mit dem Produktivitätsfortschritt der Gesamtindustrie - für die USA wird er mit jährlich 4% in den Jahren 1947-50 und mit 2,5% in den Jahren 1951-58 angegeben.⁴⁾ - zu arbeiten und ihn vielleicht sogar neben eine Preissteigerung zu stellen. Es ist bekannt, daß z. B. die Lohnsteigerungen in den einzelnen Industriezweigen auf Grund institutioneller Faktoren keine Korrelation zu der Produktivitätsentwicklung in dem betreffenden Industriezweig haben und somit einzelwirtschaftlich die Durchschnittsbetrachtung wenig sinnvoll ist. Dazu kommt, daß die Versuche, Produktivitätsverbesserungen in den Preisreihen zu erfassen, von sehr unterschiedlichem Erfolg gekrönt sind.

Die Mehrheit der amerikanischen Autoren, die eine Korrektur der Abschreibung fordern, stützt sich nicht auf die Konzeption der Substanzerhaltung, da die Einflüsse des technischen Fortschritts für zu groß angesehen werden. Man ist der Auffassung, daß Anlagegüter in der Regel nicht durch

1) Nach der Verkehrsauffassung würden ein 200 KW-Generator und ein 150 KW-Generator keine identischen Güter darstellen, vielleicht aber Drehbänke mit verschiedenen Schnittgeschwindigkeiten. Wirtschaftlich liegen in beiden Fällen verschiedene Kapazitäten vor ($\text{Watt} = \text{Volt} \times \text{Ampère} = \text{Volt} \times \text{Coulomb/sec} = \text{Leistungsvermögen/Zeiteinheit}$)

2) Vgl. S. 12 dieser Arbeit und E.C. Brown "Depreciation Adjustments for Price Changes" a.a.O. S. 131/132

3) Ebenda (vi) "... when prices of capital equipment rise so rapidly that they outpace technological improvements depreciation based on original cost will not be adequate ..."

4) Business Week v. 27. September 1958 S. 125 - Für den Zeitraum 1948-58 wird für die Werkzeugmaschinenindustrie eine durchschnittliche Produktivitätssteigerung von 40% angegeben.

identische Aggregate ersetzt werden - under modern business conditions ordinary wear is usually less potent in bringing about the decision to retire than obsolescence and other external developments;¹⁾ capital goods are rarely replaced by new ones identical with themselves²⁾ - daß Produktivitätsverbesserungen laufend auftreten - technological improvements occur at a uniform rate³⁾ - und daß Umrechnungen auf Leistungseinheiten keine Lösung bieten - it is difficult, and may be impossible to say what part of the cost of the currently available replacement represents an equivalent of the original facility in physical and functional terms.⁴⁾

Eine politische Färbung liegt darin, daß das Argument des stürmischen technischen Fortschritts im Kampf mit der Finanzverwaltung um Abschreibungserleichterungen einen hervorragenden Platz einnimmt und sich logisch daneben kaum eine Abschreibung auf Wiederbeschaffungspreise, wohl aber eine sogenannte Inflationskorrektur behaupten kann.

Schumpeter führt das Aufkommen der Forderung nach "Kapitalerhaltung" auf eine Abwehrreaktion der Großunternehmungen gegen den technischen Fortschritt zurück: "conservation of capital refers to the desire to prevent the appearance of inventions and technicological improvement which would tend to make existing capital equipment obsolete."⁵⁾ Im vorliegenden Zusammenhang soll dieses Zitat nur die Ansicht stützen, daß sich gütermäßige Kapitalerhaltung und technischer Fortschritt schwer vereinbaren lassen. "In a world of technical progress straight money computations may serve us better than we think".⁶⁾

-
- 1) Paton, William A. "Asset Accounting" a.a.O. S. 237 - vgl. auch eine Studie des Edison Electric Institute von 1952: "... approximately 80% of plant retirements are due to the functional causes of obsolescence and inadequacy and not to the purely physical causes of deterioration and damage." zitiert nach Dewing, Arthur Stone: "The Financial Policy of Corporations" a.a.O. S. 601
 - 2) Termorgh, George "Realistic Depreciation Policy" a.a.O. S. 116
 - 3) Ebenda S. 35
 - 4) Terborgh, George "Realistic Depreciation Policy" a.a.O. S. 116 - vgl. auch Peloubet, Maurice "Measurement of replacement by specific units or by capacity, or by any other physical measure is impossible because of changes and progress in manufacturing and technical processes and equipment." Before the Committee on Ways and Means, Hearings on Depreciation Reform, November 30, 1959 a.a.O. S. 18
 - 5) Zitiert nach Thorp, Williard L. und Quandt, Richard E. a.a.O. S. 108
 - 6) Break, George F. im Journal of Political Economy, Dezember 1956 S. 534 (in einer Replik auf Einwendungen zu seinem Artikel "Capital Maintenance .." a.a.O.)

5 Die Berücksichtigung von Preissteigerungen bei der bilanziellen Abschreibung nach dem "Matching Principle"

Im Rahmen der Voraussetzungen der Theorie der Substanzerhaltung wird oft als Abschreibungsbasis anstelle des an einem in der Zukunft liegenden Wiederbeschaffungszeitpunkt erwarteten Preises ein am Zeitpunkt der Rechnungslegung bekannter (verifizierbarer) Preis - Tageswert am Verbrauchs- (Gebrauchs)tag, Tageswert am Umsatztag des Produktes, Tageswert am Bilanzierungsstichtag - befürwortet. Dabei wird grundsätzlich die Hypothese einer zukünftigen Wiederbeschaffung beibehalten. Zahlreiche amerikanische Autoren vermeiden es dagegen, die Forderung auf Abschreibung über den Anschaffungswert hinaus auf zukünftige Ereignisse zu stützen und berufen sich auf das "matching principle", das nach der traditionellen Periodenerfolgsrechnung der Periodisierung von Ausgaben und Einnahmen als Richtschnur dient. Gegenübergestellt (to match) werden nach der deutschen Terminologie Aufwand und Ertrag, und hier wie dort orientiert man sich an physischen Ereignissen, an einem Güterverzehr (consumption, exhaustion). Im Hinblick auf die Preisentwicklung argumentiert man dann, daß der gegenwärtige Verzehr nur "richtig" wiedergegeben wird, wenn dabei auch Gegenwartspreise angesetzt werden, und so gilt als Jahresabschreibung "the current cost of the plant capacity consumed during the year". Die einen wollen der Bewertung des Güterverzehrs den gegenwärtigen Preis des verzehrten Gutes zu Grunde legen, während andere ein richtiges Ergebnis dann erwarten, wenn beim "matching process" die Erträge in Dollars des Jahres 1959 auch mit Aufwendungen in Dollars des Jahres 1959 verglichen werden. Beide Vorstellungen beziehen sich auf die Preisentwicklung zwischen dem Zeitpunkt der Anschaffung und dem Zeitpunkt des Verbrauchs, im einen Fall auf die Veränderung der Einzelpreise, im anderen auf die Veränderung des allgemeinen Preisniveaus. Da man bei dieser Beweisführung auf eine Spekulation auf die Zukunft verzichtet, hat man nach der Ansicht von Paton hier festen Boden unter den Füßen, auf dem man die Notwendigkeit höherer Abschreibungen verfechten kann.¹⁾

1) "... depreciation on replacement cost .. overemphasizes the relation of depreciation accounting to the financing of replacements .. the immediate objective of depreciation accounting remains that of seeing to it that the cost of production is properly stated. Here is the solid ground on which to defend the need for adjusting depreciation to a current basis." (Asset Accounting, a.a.O. S. 325 f)

Terborgh weist ebenso wie Paton darauf hin, daß eine derartige Korrektur grundsätzlich auch bei einer liquidierenden Unternehmung angebracht ist.¹⁾

Die Bewertung eines Güterverzehr (Faktoreinsatzes, Mengenverbrauchs) zum Tageswert ist in der Kostenrechnung - im Gegensatz zu der traditionellen Erfolgrechnung - ein weithin anerkanntes Verfahren. Sie muß auch dort grundsätzlich nicht von der Vorstellung einer Substanzerhaltung ausgehen, sondern kann sich auf das ökonomische Prinzip stützen. Die Forderung, bei der Gegenüberstellung von Aufwand und Ertrag in der Erfolgsrechnung die Preissituation an einem Zeitpunkt zu Grunde zu legen,²⁾ zeigt eine bemerkenswerte Parallele zu der Feststellung, daß die herrschende Kostentheorie "zeitlos ist. Im vorliegenden Zusammenhang kann man die Frage stellen, wo die Grenzen zwischen Erfolgs- und Kostenrechnung liegen und wie weit man sie verwischen soll. Fritz Schmidt hat bekanntlich die Auffassung vertreten, daß der Ansatz von Tageswerten in der Kostenrechnung das gleiche Vorgehen in der Erfolgsrechnung verlangt. Es muß auch gesehen werden, daß bei der Forderung nach einer Berücksichtigung von Preissteigerungen in der periodischen Erfolgsrechnung auf der Grundlage bestimmter Erhaltungskonzeptionen auch mit dem Begriff der Erhaltung die Vorstellung eines Zeitablaufs unterlegt wird (Erhaltung etwa = gleiche Verhältnisse über einen Zeitraum) während die entsprechende Forderung auf der Basis des "matching principle" keine Erhaltung und keinen Zeitablauf in diesem Sinne kennt.

Die nachstehend als Exkurs wiedergegebenen Ausführungen umfassen nur einen kleinen Teil der Problematik des "matching principle". Sie beschäftigen sich mit der Preisentwicklung von Aufwandsgütern zwischen dem Zeitpunkt der Anschaffung und dem Zeitpunkt des Verbrauchs.

1) "... the adequacy of depreciation must be appraised by reference to the general purchasing power recovered .. it is the same for an enterprise under liquidation .. as it is for a going concern." (Realistic Depreciation Policy a. a. O. S. 117 - Als Gutachter beim Prozess New York Telephone Co. versus New York State Public Service Commission 1954 gab T. folgende Definition eines "Economic profit": e. p. = "The amount remaining from total sales and revenues after all costs approximately assignable to such sales or revenues are met including the equivalent in current dollars of the physical assets - inventories and plant facilities - that are used up in production".

2) In Deutschland hat z. B. Helmuth Koch vorgeschlagen, die Erfolgsrechnung auf der Hypothese aufzubauen, daß alle zur Herstellung einer Erzeugniseinheit eingesetzten Produktionsmittel am gleichen Zeitpunkt beschafft wurden. "Zur Diskussion über den Kostenbegriff" Zeitschrift für handelswissenschaftliche Forschung 1959, S. 382

Exkurs: Ausgaben, Kosten und Marktpreise auf dem Markt für Aufwandsgüter

In den Darstellungen der Produktions- und Kostentheorie wird oft darauf hingewiesen, daß die benutzten Modelle "zeitlos" sind, d.h. man nimmt an, daß zwischen Faktoreinsatz und Faktorsertrag keine Zeit vergeht, oder, anders formuliert, daß input und output keine Daten haben.¹⁾ Ähnlich wird ausgeführt, daß die meisten Kostentheorien in ihrer heutigen Form auf der zeitlosen Investition aufbauen.²⁾ Es sei dahingestellt, ob es zweckmäßig oder notwendig ist, den Produktionsbegriff so zu erweitern, daß auch bei Einführung des Zeitelementes der Produktionsprozeß mit dem Investitionsprozeß zusammenfällt, d.h. also den Zeitraum zwischen Investition und Desinvestition umfaßt. Nach den Vorstellungen der Praxis liegen beim Fabrikationsbetrieb zweifellos Zeitabschnitte zwischen der Investition in Rohstoffen, dem Beginn der Produktion (identifiziert mit dem ersten Bearbeitungsvorgang), dem Ende der Produktion (identifiziert mit dem letzten Bearbeitungsvorgang am Endprodukt) und der Desinvestition. Wenn man von Kreditverhältnissen absieht, entspricht dem Vorgang der Investition eine Ausgabe, dem Vorgang der Desinvestition eine Einnahme.

Bei der Diskussion über den Kostenbegriff ist erwogen worden, ob zwischen den Ausgaben am Zeitpunkt der Investition und Kosten, von denen man vom Zeitpunkt des Produktionsbeginns an spricht, lediglich eine zeitliche Differenz liegt, oder ob es verschiedene absolute Beträge sind, die an verschiedenen Zeitpunkten in die unternehmerische Rechnung eingehen. Nach der herrschenden Kostentheorie, der Theorie der "opportunity costs", die als Kosten den Nutzentgang ansetzen will, ist die zuletztgenannte Auffassung zu bejahen, wobei entscheidend ist, wie dieser Nutzentgang gemessen wird und in welchen unternehmerischen Kalkül er eingeht. Vera und Friedrich Lutz messen den Nutzentgang nicht an alternativen Produktionsmöglichkeiten, sondern bezeichnen als "opportunity costs" oder "user costs" - in Anlehnung an Keynes - den Marktwert der unverbundenen, noch nicht kombinierten Produktionsfaktoren unmittelbar vor Durchführung der Produktion. Der Unterschied zwischen der historischen Ausgabe und den opportunity costs wird ausdrücklich mit den Preisänderungen der Produktionsfaktoren in dem Zeitraum zwischen Investition und Beginn der Pro-

1) Lutz, Vera und Friedrich a.a.O. S. 5: "... most current versions of the theory of production assume .. that production is timeless."

2) Pack, Ludwig "Betriebliche Investition" Betriebswirtschaftlicher Verlag Dr. Th. Gabler, Wiesbaden, 1959 S. 171

duktion erklärt. 1)

Wenn z. B. für das kg Kupfer zum Zeitpunkt der Investition ein Preis von DM 8,00 bezahlt wurde, zum Zeitpunkt der Produktionsaufnahme (genauer: unmittelbar davor) jedoch nur DM 3,00 zu erzielen sind, dann setzt der im Sinne der Gewinnmaximierung handelnde Unternehmer als Nutzentgang (Kosten für die vorhandenen Kupferbestände) DM 3,00 an. Wobei? Bei der Entscheidung über die Produktionshöhe, über Aufnahme, Weiterführung oder Einstellung der Produktion. Abgesehen von den Marktkonstellationen, in denen der Unternehmer keinen Einfluß auf den Preis hat, ist die Entscheidung über die Produktionshöhe mit der Entscheidung über den Produktpreis identisch. Wenn man von Zinsüberlegungen absieht, ist im vorgenannten Beispiel für den Unternehmer jeder Produktpreis (jede Produktion) relativ rentabel, die ihm für die vorhandenen Kupferbestände einen Erlös von mehr als DM 3,00 je kg erbringt. Die gleiche Überlegung gilt für den Fall einer Preissteigerung in dem betrachteten Zeitraum. Beträgt der Preis für das kg Kupfer zum Zeitpunkt des Einsatzes im Produktionsprozeß DM 8,00 gegenüber einem Anschaffungspreis von DM 3,00, so sind als Nutzentgang (Kosten) DM 8,00 je kg anzusetzen, d. h. eine Produktion ist erst dann rentabel, wenn sie für den Kupfereinsatz mehr als den jederzeit durch Verkauf am Markt erzielbaren Erlös von DM 8,00 je kg erbringt.

Man wird vielleicht den Einwand erheben, daß außer den fungiblen Rohmaterialien, die anderen Produktionsfaktoren, in die bereits investiert wurde, keinen Marktpreis besitzen und für sie entsprechend kein Nutzentgang am Markt ermittelt werden kann. Diese Auffassung ist irrig. Bei der Entscheidung darüber, ob für die nicht benutzte Spezialmaschine, für die sich am Markt kein Käufer finden würde, ein Auftrag hereingenommen werden soll, geht man dann rational vor, wenn die Kosten (der Nutzentgang) für diesen Produktionsfaktor auf dem am Markt erzielbaren Preis, dem Schrottwert, basieren. 2) Theoretisch etwas genauer ist die Aussage, daß

1) Lutz, V. und F. S. 56 a. a. O. "If all the inputs used during the operational period were currently acquired (they) . . would be charged at its original or "historical" cost. . " - da diese Voraussetzungen nicht immer gegeben sind: ". many items which cannot be valued at the cost at which they were originally acquired but must be valued at their user cost. "; vgl. auch S. 212: die user cost werden mit dem identifiziert ". . what the assets would realize if sold in the market. " - Vgl. auch Heinen, Edmund: "Die Bewertung von Kostengütermengen kann . . nur dann an gezahlte Marktpreise anknüpfen, wenn eine der folgenden Voraussetzungen erfüllt ist: 1) der Zeitpunkt des Erwerbs fällt mit dem Zeitpunkt des Verzehrs der Kostengüter zusammen, 2) die Marktpreise der Kostengüter sind konstant" in "Betriebswirtschaftliche Kostenlehre" Wiesbaden 1959 S. 23

2) Heinen kritisiert an der Kostendefinition von Lohmann, daß danach bei Spezialmaschinen nur der Ansatz des Schrottwertes in Frage kommt. - Dies ist jedoch die einzige Alternative, wenn man den Nutzentgang am Markt messen will. Heinen, E. a. a. O. S. 203/204 (Fußnote 1)

dieser Auftrag dann rentabel (relativ) ist, wenn die zusätzlich notwendigen Ausgaben und mehr als der Zins auf den Schrottwert erwirtschaftet werden. Man hat in der Diskussion über die Preisuntergrenze, nach der traditionellen Betrachtungsweise, die Fortführung der Produktion davon abhängig gemacht, daß alle variablen und ein unendlich kleiner Teil der fixen Kosten gedeckt werden. Für den Praktiker nicht sehr eingängig war die Aussage der Wirtschaftstheorie, daß die bereits getätigten Ausgaben (die "sunk" cost) bei der Preisfestsetzung - der Entscheidung über die Produktionshöhe - ausscheiden und nur die zusätzlichen vermeidbaren Ausgaben - die Grenz"kosten" - relevant sind.

Die Erkenntnis der Dispositionsbestimmtheit der "fixen Kosten", daß sie in gewissem Maße rückgängig gemacht werden können und vermeidbar sind, findet man auch in der lapidaren Feststellung, daß Anlagegüter verkauft werden können. Den vermeidbaren Kosten (der Nutzentgang), die nach Durchführung der Investition allein die Entscheidungen der Geschäftsleitung beeinflussen, liegt der erzielbare Verkaufserlös der Anlagegüter zu Grunde.¹⁾

Bei der Entscheidung über die Fortsetzung des Produktionsprozesses gehört zu den zu berücksichtigenden Daten auch ein vorhandener Bestand an halbfertigen Erzeugnissen. Diese gehen bei der Entscheidung über die Weiterbearbeitung auch mit ihren "vermeidbaren" Kosten, mit dem Versilberungswert in den Kalkül ein.²⁾ Im Regelfall ist dieser im Vergleich zu den bis zu diesem Zeitpunkt für die halbfertigen Erzeugnisse aufgewandten Geldbeträgen sehr gering. Die Wirtschaftspraxis kennt jedoch einen Fall, bei dem diese Überlegung zum Tragen kommt: im Rahmen der Liquidation einer Unternehmung wird oft zur Verwertung von halbfertigen Erzeugnissen die Produktion weitergeführt; es wird weiter investiert, da der für die arbeitende Unternehmung ungenügende Produktpreis doch mehr erbringt als die zusätzlich notwendigen Ausgaben und die Kosten (der Nutzentgang, der Versilberungswert) der vorhandenen halbfertigen Erzeugnisse.

In den vorstehenden Ausführungen sind Kosten (Nutzentgang) als eine für die Unternehmerentscheidung über Produktion (und Preis) relevante Rechengröße betrachtet worden. Für diese Entscheidung können Teile der Kosten, nämlich die Beträge, mit denen die nichtkompensierten Ausgaben aus dem Zeitraum vor der Durchführung des Kalküls berücksichtigt werden, auf Grund von Veränderungen der Marktpreise der vorhandenen Sachgüter nach oben und unten von den historischen Ausgaben abweichen. Die

1) Keynes hat im Gegensatz zur Mehrheit der volkswirtschaftlichen Autoren bei der Preisbildung auch auf den Einfluß der "fixen" Kosten - der bereits getätigten Ausgaben, der "vorhandenen" im Gegensatz zu den "entstehenden" Kosten (Hasenack) - in Form der user cost, d. h. in dem Maß, wie sie vermieden oder rückgängig gemacht werden können, hingewiesen. "Short period supply price is the sum of marginal factor cost and marginal 'user cost'." "General Theory" a. a. O. S. 67

2) Lutz, V. und F. a. a. O. S. 60

rationale Alternative, vor die die Geschäftsleitung beim "Wahlvorgang" gestellt wird, ist die Liquidation des Produktionsprozesses einerseits und seine Fortführung, die zusätzliche Ausgabe andererseits. Aus der Tatsache, daß dieser Wahlvorgang begrifflich notwendig an einem Zeitpunkt erfolgt, könnte man schließen, daß eine Kostentheorie zwangsläufig zeitlos sein muß; die Kosten des Rohstoffeinsatzes entsprechen dem Marktpreis zum Zeitpunkt der Entscheidung über ihre Bearbeitung, die Kosten der halbfertigen Erzeugnisse ihrem Marktpreis (dem Versilberungswert) zum Zeitpunkt der Entscheidung über die Weiterbearbeitung.

Es wird aus dieser Sicht verständlich, daß eine zeitbedingte Abschreibung in den "zeitlosen" Modellen der Kostentheorie keinen Platz hat.¹⁾ Es war bereits gesagt worden, daß den Kosten - im Sinne eines am Markt gemessenen Nutzentanges - eines Einsatzes von Anlagegütern deren Marktpreis, d.h. also sehr oft der Schrottwert, zu Grunde gelegt werden müßte. Mit dem Hinweis, daß bei Spezialmaschinen der Zins auf den Schrottwert für den Einsatz (nicht den Erwerb) dieses Aggregats bestimmend ist, war andererseits das Zeitelement (Zins) eingeführt worden. Diese Aussage mußte noch durch die Voraussetzung erweitert werden, daß sich der Marktpreis des vorhandenen Anlagegutes in dem Zeitraum, für den die Produktion geplant ist, nicht verändert. Wenn man erwartet, daß für ein Anlagegut am Ende des Jahres der gleiche Preis erzielt werden kann wie am Anfang, so "kostet" der Einsatz während des Jahres allein die Zinsen auf den erzielbaren Verkaufserlös; sie sind der einzige Nutzen, der der Unternehmung in diesem Zeitraum entgeht.

Man kann nun die Auffassung vertreten, daß die in der vorliegenden Arbeit zur Diskussion stehenden Preisveränderungen von Anlagegütern das Wesen der Abschreibung als Kostenfaktor ausmachen. Joel Dean bezeichnet - in Anlehnung an die Theorie der "opportunity cost" (Kosten = Nutzentang) - als wirtschaftliche Abschreibung (economic depreciation) den Unterschied der Marktpreise eines Anlagegutes zwischen zwei Zeitpunkten.²⁾ Er verdeutlicht dies am Beispiel eines Kraftwagens, dessen Preis (am Gebrauchtwagenmarkt) in einem bestimmten Zeitraum um einen gewissen Betrag sinkt. Im Hinblick auf einen Wahlvorgang formuliert, ist eine zusätzliche Ausgabe - eine Fortführung der Produktion - erst dann rentabel, wenn in dem Zeitraum, in dem das Anlagegut benutzt wird, nicht nur der Zins auf den Marktpreis am Zeitpunkt der Entscheidung, sondern auch die Abschreibung, die besagte Preisdifferenz, erwirtschaftet wird; die Alternative besteht zwischen zwei Einnahmen, dem Marktpreis von heute und

1) Vgl. Ruchti's Bemerkungen über die Annahme der "Momentanproduktion" in den Modellen der Kostentheorie und seine Anregung, die Abschreibung aus der Kostenrechnung herauszulassen. "Die Abschreibung" Stuttgart 1953 S. 23

2) Dean, Joel "Managerial Economics" a.a.O. S. 17

dem erwarteten niedrigeren Marktpreis plus dem erwarteten Gewinn von morgen. 1)

Preissteigerungen von Anlagegütern, die sich in gewissem Umfang auch auf dem Markt für gebrauchte Anlagegüter auswirken - dies ist im Hinblick auf gestiegene Baukosten offensichtlich bei der Preisentwicklung für Geschäfts- und Fabrikgebäude - führen unter den gemachten Voraussetzungen zu der überraschenden Konsequenz, daß als Kosten im Sinne eines am Markt gemessenen Nutzentanges um so geringere Abschreibungsbeträge anzusetzen sind, je größer die Preissteigerungen sind. Dean weist darauf hin, daß in den Fällen, in denen der Marktpreis eines Anlagegutes trotz Nutzung nicht fällt, sondern steigt, nach ökonomischen Gesichtspunkten, d.h. im Hinblick auf eine rationale Entscheidungsbildung, eine negative Abschreibung berücksichtigt werden müßte. 2)

Der Widerspruch dieses Ergebnisses zu der Auffassung, daß die Kostenrechnung "richtig" verfährt, wenn sie Abschreibungen auf den Tageswert berechnet, läßt sich einmal dahingehend auflösen, daß unter Kosten nicht nur Beträge verstanden werden, die als Nutzentgang für die behandelte spezifische Unternehmerentscheidung relevant sind. Für verschiedene Zwecke kann es verschiedene Kostenberechnungen geben. Ein mit der vorgenannten Auffassung übereinstimmendes Resultat erhält man dann, wenn man von der Vorstellung der Abschreibung als eines Verbrauches von Anlagenutzungen ausgeht und damit auf die Einbeziehung des Zeitelementes bei der Bestimmung der Anlagekosten verzichtet. Der Vorrat von Anlagenutzungen würde dabei im Hinblick auf die Entscheidung über den Produktpreis der gleichen Bewertung unterworfen wie der oben behandelte Vorrat an Kupfer, die Kosten (der Nutzentgang) der Anlagenutzung würden in dem Maße über der Ausgabe liegen, in dem eine Preiserhöhung eintreten ist. Die praktische Bedeutung dieser Überlegung für die Unternehmungspolitik ist deshalb so gering, weil es in der Regel keine Marktpreise für Anlagenutzungen, sondern nur einen Marktpreis für das Aggregat gibt und das Phänomen der Unteilbarkeit lediglich die Alternative "Alles oder Nichts" offen läßt.

Mit der Messung des Verzehrs (Nutzentgangs) als der am Markt für vorhandene Sachgüter erzielbaren Einnahme ergibt sich nach dem ökonomischen Prinzip die Richtigkeit der Auffassung, Kosten - in dem hier gebrauchten Sinne - Tageswerte zu Grunde zu legen. Einen Aspekt der Unterscheidung zwischen Ausgaben und Kosten würden damit "Wertänderungen am ruhenden Vermögen" bilden. Das Beispiel der Preisänderung bei Kup-

1) Dem Zinsmoment kann dadurch Rechnung getragen werden, daß die in der Zukunft liegenden Einnahmen auf den Zeitpunkt der Entscheidung zurückdiskontiert werden; die Rechentechnik ist die gleiche wie bei der Investitionsrechnung, an die Stelle der Investitionsausgabe treten die durch die Liquidation des begonnenen Prozesses erzielbaren Einnahmen. - Vgl. in diesem Zusammenhang die grundsätzliche Bedeutung der Gewinnerwartungen für die Theorie der fixen Kosten.

2) Dean, Joel "Managerial Economics" a.a.O. S. 17

ferbeständen im Zeitraum zwischen Beschaffung und Einsatz wird hierbei kaum Widerspruch hervorrufen, eher dagegen die These, daß bei einer Spezialmaschine einen Tag nach der Investition ein Wertabfall bis zum Schrottwert eintritt und auf diesem die Kosten der Anlagenutzung basieren.¹⁾ Der sich so ergebende Tageswert eines Anlagegutes ist zweifellos etwas anderes als man sich unter der Abschreibungsbasis in der Kostenrechnung gemeinhin vorstellt. Zu den hier aufgeworfenen Fragen kann im vorliegenden Rahmen nur noch gesagt werden, daß die leistungswirtschaftliche Seite der Abschreibungen (die Abschreibung als Kostenfaktor) sehr umstritten ist.

Ende des Exkurses

Einige Vertreter der traditionellen Rechnungsmethoden in den USA haben die Anwendung der LIFO-Methode bei der Bewertung des Vorratsvermögens in der Bilanz mit dem Bemerken akzeptiert, daß es sich um eine Methode der Kostenermittlung handelt, die das Anschaffungswertprinzip und die darauf beruhende Gewinn- (Einkommens-)konzeption unangetastet läßt.²⁾ Sicher liefert die LIFO-Methode "richtigere" Kosten für die unternehmerischen Dispositionen als z. B. die FIFO-Methode, doch muß eine Kostenbewertung noch keine Rechtfertigung für die bilanzielle Bewertung abgeben.

Parallelen aus der Kostenrechnung für die Bemessung der Abschreibung in der Erfolgsrechnung sind jedoch - wie gezeigt - schwer zu ziehen. Man kann noch, wenn man den Abschreibungsbegriff weit faßt, auf das manchmal als die LIFO-Methode für Anlagegüter bezeichnete Festwertverfahren hinweisen.³⁾ Es wird jedoch schwerfallen, dieses Vorgehen als Methode der Kostenermittlung für die Altanlage zu bezeichnen.

-
- 1) Es muß dabei berücksichtigt werden, daß unter marktwirtschaftlichen Voraussetzungen derartige Kosten die Preisuntergrenze bestimmen und (in der Theorie) die Entscheidung über den höheren tatsächlichen Preis grundsätzlich ohne Rücksicht auf diese Kosten gefällt oder in bestimmten Marktformen der Geschäftsleitung abgenommen wird. Ein Selbstkostenerstattungspreis ist in dieser Sicht eher ein Ausgabenerstattungspreis.
 - 2) Z. B. Solomon Barkin in "Changing Concepts of Business Income" u. a. O. S. 116 "The insistence that .. LIFO .. represent (s) new theories of income is a self-serving interpretation."
 - 3) "... one example of LIFO for fixed assets is a procedure followed by railroads ..." Jones, R. C. "Effects ..." a. a. O. S. 152 - vgl. auch S. 97 dieser Arbeit.

Auch bei einem Verzicht auf die These der Wiederbeschaffung bieten sich nach Ansicht des Verfassers keine Anhaltspunkte für eine Abschreibung auf den Tageswert in der Erfolgsrechnung. Im Gegensatz zu Kostenberechnungen in der behandelten Form, die für eine Entscheidung und damit für einen Zeitpunkt aufgestellt werden, umfassen Erfolgsberechnungen einen Zeitraum, da in aller Regel Investitionsprozesse Zeit in Anspruch nehmen. Der Erfolg eines Investitionsprozesses errechnet sich aus den dazugehörigen Ausgaben und Einnahmen an verschiedenen Zeitpunkten; auf die reale Seite bezogen ist die Auffassung von Boulding zweckmäßig, nach der sich Erfolg als Differenz von Zeitwerten des Investitionsgegenstandes darstellt. Jeder Unterschied zwischen Anschaffungs- und Tageswert ist Gewinn oder Verlust, der beim Umsatzvorgang realisiert wird. Die Versuche, an die Stelle der Anschaffungswerte Tageswerte zu setzen und dann Gewinne auszurechnen, beinhalten dementsprechend einen Zirkelschluß.

6 Vorschläge zur Berücksichtigung von Preisänderungen bei der bilanziellen Abschreibung

Die verschiedenen Rechnungstechniken zur Abschreibungs"korrektur" und die quantitativen Darstellungen der Abschreibungsfehlbeträge (underdepreciation, depreciation deficiencies) nehmen in der amerikanischen Diskussion gegenüber der Klärung der Prämissen einen verhältnismäßig breiten Raum ein. Es wird dabei manchmal - das Phänomen der Abschreibung scheint dafür besonders anfällig zu sein - die Grenze erreicht, an der die Substanz der mathematischen Eleganz geopfert wird. Die nachstehend wiedergegebenen Modellbetrachtungen gehen grundsätzlich von einer der beiden bereits diskutierten Annahmen aus:

- a) mit Ausscheiden des Anlagegutes wird ein Ersatzgut gleicher quantitativer und qualitativer Kapazität beschafft¹⁾
- b) die Abschreibungs"korrektur" erfolgt für eine "richtige" Aufwandbemessung im Sinne des 'matching process' (Aufwand und Ertrag auf einen Zeitpunkt bezogen)

Die folgenden Ausführungen lassen die gegen die Prämissen erhobenen Einwände unberücksichtigt, was auch in dem Hinweis auf "Modell"betrachtungen zum Ausdruck kommen soll.

Während nach der ersten Annahme Veränderungen der Einzelpreise bestimmend sind, verwischen sich im zweiten Fall die Grenzen zwischen einer Berücksichtigung relativer Preise und genereller Preisänderungen. Diese Unklarheit ist in gewisser Beziehung zwangsläufig, da ein allgemeines Preisniveau vielleicht in der Theorie sinnvoll ist, jedoch als praktisches Rechnungsinstrument nicht existiert. Soweit Preisindices für Maschinen, Investitionsgüter, Bauleistungen und ähnliches Verwendung finden sollen, müßte man darin eine Korrektur im Hinblick auf Veränderungen der Einzelpreise (Substanzerhaltung) sehen, während die Anwendung von Lebenshaltungskosten- oder Großhandelsgüterindices als Versuch zu werten ist, generellen Preisänderungen Rechnung zu tragen. Manchmal werden die Unterschiede der Erhaltungskonzeptionen oder Korrekturzwেকে auf die Frage reduziert, ob man mit einem oder mehreren Indices rechnen sollte.²⁾ Es wurde auch zur Diskussion gestellt, ob nicht gleichzeitig zwei Korrekturen - eine für die Kaufkrafterhaltung und die andere zur Sicherung der Wiederbeschaffung - vorzunehmen seien.³⁾

1) Die "one hoss-shay" Prämisse (hoss-shy = horseshoe = Hufeisen)

2) Professor Sweeney erzählte dem Verfasser, daß Fritz Schmidt ihm den Vorrang der Substanzerhaltung vor der Kaufkrafterhaltung mit dem Hinweis illustriert habe, es gäbe auch 10 Gebote und nicht nur eines.

3) Z. B. Sweeney, Henry W. a. a. O. S. 52 f.

Die zahlreichen Modelle und Vorschläge lassen sich weiterhin grob nach den folgenden Gesichtspunkten einteilen, die sich zum Teil überschneiden:

- 1) nach der angenommenen Preisentwicklung
- 2) nach dem Geltungsbereich der Korrektur und ihrer Darstellung in der Rechnungslegung der Unternehmung
- 3) nach der Häufigkeit der Korrektur
- 4) nach dem untersuchten Anlagenbestand
- 5) nach den Annahmen über die Verwendung der Abschreibungsgegenwerte und der Berücksichtigung einer "Nachholung"

6.1 Die Annahmen über die Preisentwicklung

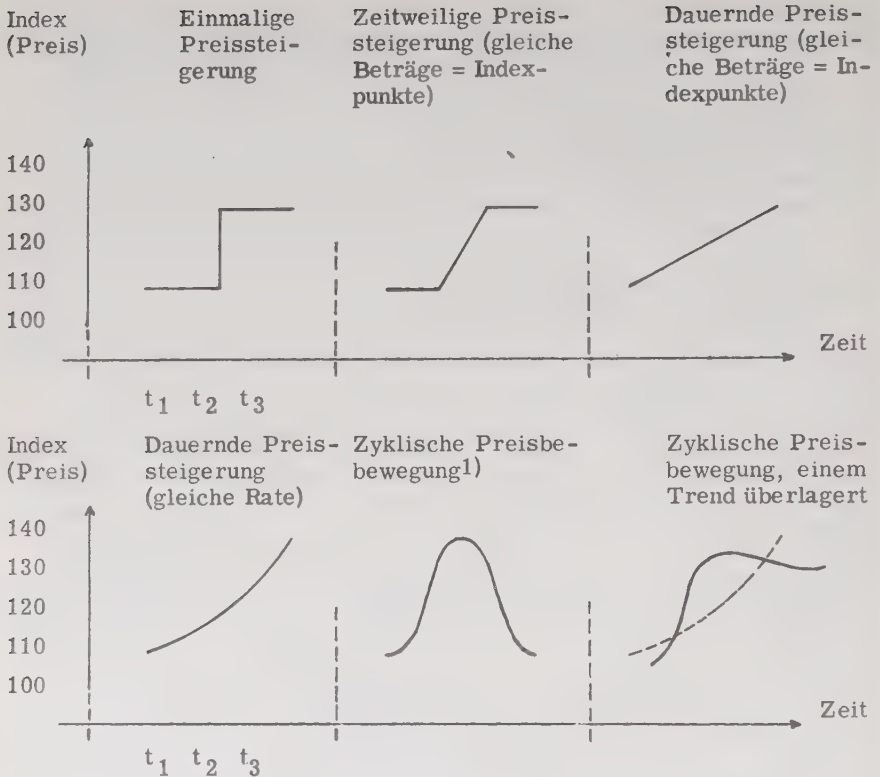
Die Annahmen über die Entwicklung der generellen Preise sind oft mit den Auffassungen über die Frage identisch, ob in einer Inflation eine einmalige, konjunkturelle oder saekulare Erscheinung zu sehen ist. Man hielt die Inflation der Jahre 1945 - 51 lange Zeit für eine vorübergehende Begleitererscheinung des Krieges, bis diese Überzeugung - wie bereits erwähnt - einer pessimistischeren Einstellung Platz machte. Die geringe Preiselastizität auch in Depressionszeiten läßt heute für viele eine Erweiterung der Untersuchung auf allgemeine Preissenkungen im Abschwung als wenig realistisch erscheinen. Wenn auch bei der Diskussion der Abschreibungskorrekturen Preissenkungen in den Hintergrund treten, wird ihre Berücksichtigung manchmal als logische Notwendigkeit gefordert.¹⁾ Der in Deutschland von Hax formulierte Gedanke vom "doppelten Minimum" - bei Abschreibungen in der Form, daß die kumulierten korrigierten Abschreibungen nicht die kumulierten Abschreibungen auf den Anschaffungswert unterschreiten dürfen - findet sich in den Vorschlägen, für die entsprechende handels- und steuerrechtliche Bestimmungen ein Wahlrecht einzuräumen.²⁾

Die Annahmen über die Rate ("Geschwindigkeit") der Preisentwicklung führen nicht zu einheitlichen Schlüssen. Einmal hält man die Korrektur der Unternehmensrechnung nur bei einer Hyperinflation für angebracht und demonstriert die Vorzüge einer Indexrechnung an entsprechenden Beispielen, andererseits glaubt man, daß Hyperinflationen eine sinnvolle Rechnung unmöglich machen, während dagegen die kumulativen Wirkungen der schleichenden Geldentwertung ein Eingreifen erfordern.

Für Abschreibungskorrekturen nach der Substanzerhaltungskonzeption werden in den Modellbetrachtungen anstelle der unbekannten Wiederbeschaffungspreise Preise der jeweiligen Rechnungsperiode herangezogen, zumeist in Form von auf das Jahresende bezogenen Indices. Dies gilt grundsätzlich bei den Konzeptionen, die nicht auf der These der Wiederbeschaffung aufbauen. Man unterstellt oft bestimmte Gesetzmäßigkeiten bei der Preisentwicklung, die sich wie folgt darstellen lassen:

¹⁾ Paton, William A. "Asset Accounting" a.a.O. S. 354 ff

²⁾ Z.B. Terborgh, George: "... we suggest .. that the purchasing power adjustment be optional" ("Realistic .." a.a.O. S. 139)



6.2 Der Geltungsbereich der Korrekturen und ihre Darstellung in der Rechnungslegung der Unternehmung

Bei allen Vorschlägen muß die Grenze zwischen den internen und externen oder den formellen und materiellen Auswirkungen gezogen werden. Die unternehmungsinternen Unterlagen können grundsätzlich nach unterschiedlichen Auffassungen gestaltet werden, und die "wertfreie" Wissenschaft versucht Lösungen zu geben, deren Rationalität sie an der Zielsetzung der Unternehmung mißt. Für die Zweckmäßigkeit der externen Rechnungslegung müssen dagegen noch weitere Kriterien herangezogen werden, auf die bei der Behandlung gesamtwirtschaftlicher Gesichtspunkte noch einzugehen sein wird. Den bereits erwähnten, von einer Korrektur der bilanziellen Abschreibung erwarteten Auswirkungen lassen sich die entsprechenden Rechnungsunterlagen gegenüberstellen:

1) Die rechnerische Behandlung ist z. B. mit Annahme eines sinusförmigen Preisverlaufs möglich, vgl. Brown, Edgar C. a.a.O. S. 157 f

Auswirkungen auf:Dispositionen der Geschäfts-
leitung

Dividendenausschüttung

Einkommensteuer

Rechnungsunterlage:

"Interne" Erfolgsrechnung

Erfolgsrechnung nach Handels-
rechtErfolgsrechnung nach Steuer-
recht

In einigen Stellungnahmen schätzt man die Vorzüge einer einheitlichen Rechnung gegenüber ihren Nachteilen nicht so hoch ein und argumentiert, daß Abschreibungskorrekturen für interne und externe Zwecke nicht über den gleichen Leisten geschlagen werden können. Es stünde z. B. juristisch kaum etwas im Wege, eine "willkürliche" Selbstfinanzierung durch eine interne Rechnung nach den Gesichtspunkten der Substanz- oder Kaufkraft-erhaltung zu "rationalisieren."¹⁾ Entsprechend wird angeregt, "supplementary statements" zu erstellen oder vierspaltige Konten zu führen (compromise procedure).²⁾ Die Securities and Exchange Commission hat bei den ihr eingereichten Abschlüssen alle Darstellungen (auch Fußnoten) zugelassen, bei denen eine Gewinnverwendung, d. h. die Bildung zweckgebundener Rücklagen mit den Vorstellungen der Substanzerhaltung begründet wurden. Der weiter unten behandelte Vorschlag einer "Reinvestment" Abschreibung, der größte Beachtung gefunden hat, läßt in einer Version formell das Anschaffungswertprinzip unangetastet. Dies gilt auch für alle Verfahren, die keine Abweichungen von der Abschreibungsbasis, sondern Änderungen des Verteilungszeitraums oder des Verteilungsverfahrens vorsehen.

Auch über die Notwendigkeit einer einheitlichen externen Rechnungslegung (Handelsbilanz = Steuerbilanz) kann man verschiedener Ansicht sein. Neben denen, die eine Abschreibung über den Anschaffungswert hinaus sowohl in der Handels- als auch in der Steuerbilanz für angebracht halten, gibt es Autoren, die sie vor allem für die Steuerbilanz fordern.³⁾

-
- 1) Es ist bereits an anderer Stelle darauf hingewiesen worden, daß die Wirtschaftspraxis richtiger verfährt, wenn sie dabei ihre Pläne für die Zukunft und nicht eine korrigierte Vergangenheit zu Grunde legt.
 - 2) Vgl. S. 12 dieser Arbeit und Paton, W. A. "Asset Accounting" a. a. O. S. 338
 - 3) Vgl. S. 17 dieser Arbeit und Biermann, Harold: "Managerial Accounting" a. a. O. S. 458

Es ist grundsätzlich eine Frage der Darstellung, ob sich eine Korrektur der Abschreibung auch in Form einer Zuschreibung (Aufstockung) auf der Aktivseite der Bilanz auswirken soll. Sie muß im Hinblick auf die Zwecksetzung dieser Rechnungsform beantwortet werden; materiell erstrebt man allgemein eine höhere Aufwandziffer, die auch ohne eine derartige Maßnahme erreicht werden kann. Als Kuriosum ist zu vermerken, daß man in den USA in den 20er Jahren ein Zu- und Abschreibungsverfahren praktizierte, das keine Auswirkung auf die periodische Erfolgsgröße hatte. Mit den Zuschreibungen war auf der Passivseite der Bilanz ein besonderes Eigenkapitalkonto entstanden, zu Lasten dessen man dann wiederum die Abschreibungen buchte. Wenn sich dabei auch keine niedrigeren Periodengewinne einstellten, so hatte dieses Vorgehen doch den Sinn, im Interesse der Kreditwürdigkeit die Bilanz zu verlängern. Aus einem anderen rationalen Motiv hat man seinerzeit die Zuschreibung abgelehnt, und zwar weil sie zu einer höheren Vermögenssteuerbelastung führt.¹⁾

Ein weiteres Problem der Darstellung in der Bilanz bietet die Bezeichnung des sich bei Abschreibungen über den Anschaffungswert hinaus, mit oder ohne Zuschreibung, ergebenden Passivpostens. Der Charakter einer steuerlichen Sonderbehandlung tritt dann hervor, wenn in der Handelsbilanz Teile dieses Passivpostens - z. B. 52% der Substanzerhaltungsrücklage - als Steuerverbindlichkeit bezeichnet werden²⁾ bzw. dieser Posten nur in Höhe der Steuereinsparung gebildet wird.

Bemerkenswert sind die Anregungen, Aufwandspositionen einzustellen, die zwar in der Zwecksetzung, aber nicht dem Namen nach etwas mit einer Abschreibung auf den Wiederbeschaffungs- oder Tageswert zu tun haben. Abgesehen von den gleichen grundsätzlichen Schwierigkeiten bringen entsprechend definierte fiktive Aufwandsposten wie "Allowance for Obsolescence" oder "Allowance for Inflation"³⁾ zum Ausdruck, daß kein Zusammenhang zwischen der Abschreibung eines vorhandenen Anlagegutes und künftigen Beschaffungsvorgängen oder einer Veränderung des allgemeinen Preisniveaus besteht. Das gleiche gilt für Rückstellungen (contingency reserves) für erwartete höhere Beschaffungskosten, denen bis jetzt aber auch die handels- und steuerrechtliche Anerkennung versagt wurde.⁴⁾

1) "Changing Concepts of Business Income" a. a. O. S. 61 - Bei der Neubewertung in der DM-Eröffnungsbilanz ergab sich bekanntlich der Konflikt zwischen den Vorteilen einer hohen Abschreibungsbasis für die Einkommensbesteuerung und den Nachteilen für die Belastung nach dem Lastenausgleichsgesetz.

2) McAnly, H. T. a. a. O. S. 476

3) Vgl. Dewing, Arthur S. "The Financial Policy of Corporations" a. a. O. S. 597 und Jelen, Frederick C. "Allowance for Inflation" Eigenverlag, New York 1959

4) Ein höherer Aufwand für die Rechnungsperiode wird auch mit einer Rückstellung für unterlassene Ersatzbeschaffung erreicht, die zwar ebenfalls mit Substanzerhaltung aber nicht mit höheren Preisen motiviert wird.

6.3 Die Häufigkeit der Korrektur

Die Befürwortung einer einmaligen Korrektur - worunter auch Maßnahmen in unregelmäßigen Abständen zu verstehen sind - im Gegensatz zu einer laufenden, zumeist alljährlichen Umrechnung, stützt sich auf die angenommene Preisentwicklung und die Beurteilung der rechnungstechnischen und legalen Probleme eines derartigen Vorgehens.

Einmalige, allgemeine Korrekturen der Abschreibungsbasis in Form von Zuschreibungen (Neubewertungen) waren in den USA zum letzten Mal bei Einführung der Einkommensbesteuerung im Jahre 1913 steuerlich zulässig. Gewählt werden konnte der "fair market value" am Stichtag 3.1.1913. Unter bestimmten Voraussetzungen wird heute bei einem Wechsel der Eigentümer der Unternehmung der Grundsatz der Einmaligkeit der Abschreibung durchbrochen (Reorganization). Die Vorstellung einer derartigen einmaligen Korrektur - selbst wenn sie paradoxerweise laufend wiederholt werden sollte - liegt den Vorschlägen einer "fresh start procedure" und des "Quasi-Reorganization Approach" zu Grunde.¹⁾

Zahlreiche Beispiele für eine einmalige Korrektur finden sich in Europa, wo sie zum Teil mit der Einführung einer neuen Währungseinheit verbunden war.²⁾

Terborgh hielt noch 1954 - im Gegensatz zu späteren Vorschlägen - eine einmalige Zuschreibung für die einzig diskussionswürdige Methode einer Berücksichtigung von allgemeinen Preissteigerungen und war zu diesem Zeitpunkt der Auffassung, daß eine derartige Maßnahme in den USA für unbegrenzte Zeit ausreichen würde.³⁾

Die Vertreter der traditionellen Rechnungsmethoden in den USA sind zum Teil bereit, eine einmalige Kaufkraftkorrektur zu akzeptieren. Das amerikanische Wirtschaftsprüferinstitut hielt es z. B. für möglich, daß an einem Zeitpunkt, an dem eine gewisse Preisstabilität erreicht wird, eine bilanzielle Neubewertung wegen der vorhergehenden Preissteigerung durchgeführt wird.⁴⁾

Man muß sich darüber klar sein, daß diese einmaligen Korrekturen - ebenso wie grundsätzlich die Verwendung genereller Indices - mit der spezifi-

1) Vgl. Paton, William A.: "Asset Accounting" a.a.O. S. 345 und Schindler, James S.: "Quasi-Reorganization" University of Michigan, Ann Arbor 1958

2) So in Deutschland bei den Goldmark- und DM-Eröffnungsbilanzen (1923, 1948 und 1959 Saarland), nicht dagegen z. B. bei Neubewertungen in Frankreich 1948 und 1952.

3) "...any adjustment made presently in the US could safely be regarded as of indefinite duration." in Realistic Depreciation Policy a.a.O. S. 134; vgl. ihn auch in "Depreciation Policy and the Postwar Price Level" MAPI 1949 S. 13 "the continuous adjustment is rather fussy business"

4) Vgl. S. 10

schen Unternehmungstätigkeit und den sich daraus ergebenden periodischen Erfolgen wenig zu tun haben. Sie mögen aus übergeordneten wirtschaftspolitischen Gesichtspunkten heraus notwendig sein.

6.4 Der untersuchte Anlagenbestand

Wenn man die durch den Abschreibungsvorgang gebundenen liquiden Mittel in Sachgüter investiert, die die gleiche Ausgabe erfordern und/oder den gleichen Kapitalumschlag aufweisen wie der Abschreibungsgegenstand (bzw. eine Vielzahl), kommt man in der theoretischen Betrachtung zu verschiedenen Aussagen über das Verhältnis der Buchwerte zu den Anschaffungswerten, je nachdem, welche Zusammensetzung des Anlagenbestandes oder welchen Zeitpunkt in der Entwicklung des Anlagenbestandes man untersucht. Diese Zusammenhänge wurden in der deutschen Betriebswirtschaftslehre bei dem Thema "Kapazitätserweiterungs-Effekt" oder Lohmann-Ruchti-Effekt diskutiert.¹⁾

Als ausschlaggebende Faktoren werden Anzahl und Nutzungsdauer (Kapitalumschlag) der betrachteten Anlagegüter angesehen. Bei der theoretischen Darstellung einer Abschreibung auf den Wiederbeschaffungswert geht man vorwiegend von einem Anlagegut aus, dessen Abschreibungsgegenwerte in liquider Form gehalten werden ("funded" depreciation). Am Zeitpunkt des Ausscheidens dieses Anlagegutes reichen die angesammelten liquiden Mittel nicht aus, die Ersatzinvestition zu höheren Preisen durchzuführen. Die Differenz zwischen den kumulativen Abschreibungsbeträgen und dem Finanzbedarf für die Ersatzinvestition - der sogenannte Wiederbeschaffungs-Fehlbetrag (replacement deficiency) - läßt sich als eine Funktion von Preisentwicklung und Nutzungsdauer darstellen:

W = Wiederbeschaffungs-Fehlbetrag in %
der Erstinvestition

n = Nutzungsdauer des Anlagegutes in Jahren

p = jährliche Rate der Preissteigerung
(z. B. 4% = 0.04)

$$W = (1+p)^n - 1$$

Diese vom Abschreibungsverfahren unabhängige Formel enthält lediglich die Aussage, daß bei gleichmäßigem Preisanstieg der Fehlbetrag (der Un-

-
- 1) Die Tatsache, daß Desinvestition (Verflüssigung) und Ausscheiden eines Anlagegutes zeitlich auseinanderfallen, ist auch in den USA nicht unentdeckt geblieben. ohne daß sie bei den Fachvertretern vergleichbares Interesse hervorgerufen hätte. Vgl. z. B. Jones, Ralph C. a.a.O. S. 84: "The widely prevalent idea that business firms by some sort of magic can lift themselves by their own bootstraps by financing expansion out of depreciation recoveries is not generally valid."

terschied zwischen dem höheren Preis des Ersatzgutes und den kumulierten Abschreibungen) relativ höher ist, je länger der Zeitraum ist, der zwischen Erst- und Ersatzinvestition liegt. Mit derartigen Berechnungen wird das häufig vorgebrachte Argument demonstriert, daß Unternehmungen mit verhältnismäßig langsamem Kapitalumschlag von einem kontinuierlichen Preisanstieg - einer schleichenden Inflation - stärker betroffen werden:

Wiederbeschaffungs-Fehlbeträge bei verschiedenen Raten der jährlichen Preissteigerung und verschiedenen Nutzungszeiträumen. (in % der Erstinvestition)

p in %	3	3	3	3	4	4	4	4	5	5	5	5
n in Jahren	5	10	20	50	5	10	20	50	5	10	20	50
Fehlbetrag	16	34	81	338	22	48	119	611	28	63	165	1037

Entsprechend wird die Forderung erhoben, - im Sinne einer steuerlichen Gleichbehandlung von Unternehmen mit verschiedenem Kapitalumschlag - kapitalintensiven Wirtschaftszweigen Abschreibungsmöglichkeiten über den Anschaffungswert hinaus zu gewähren. Dieses Argument gewinnt in den USA dadurch an Gewicht, daß für Unternehmungen mit großer Kapitalintensität die steuerliche Möglichkeit einer Bewertung des Vorratsvermögens nach der LIFO-Methode eine untergeordnete Rolle spielt.¹⁾

Wenn man die vorstehende Rechnung auf die Theorie der Kaufkrafterhaltung überträgt (p = Änderung des Preisniveaus), könnte man formulieren, daß die im Zeitpunkt der Erstinvestition gebundene Kaufkraft erhalten ist, wenn die nominelle Kapitalziffer am Zeitpunkt des Ausscheidens des Anlagegutes um den Fehlbetrag W höher ist. Ralph C. Jones berechnet kumulative Kaufkraftfehlbeträge der Abschreibungen (purchasing power deficiencies of depreciation), die von der Preisentwicklung, der Nutzungsdauer und dem Abschreibungsverfahren abhängen. Die zu Grunde liegenden Überlegungen sollen an folgendem Beispiel gezeigt werden:

Gegeben: 1 Anlagegut mit einem Anschaffungswert von DM 3000, --
Nutzungsdauer 3 Jahre
Lineare Abschreibung
Indexverlauf: t_0 (Anschaffungszeitpunkt) = 100
 $t_1 = 125$, $t_2 = 156.25$, $t_3 = 191.31$
(jährliche Steigerung um 25%)

Die durch den Abschreibungsvorgang am Ende des 1. Jahres gebundenen liquiden Mittel (1000 Geldeinheiten am Zeitpunkt t_1) haben nur noch eine Kaufkraft von 80% des gleichen nominellen Betrages am Anfang des Jah-

1) Vgl. Walker, Wilbert A. "Inadequate Depreciation in the Metals Manufacturing Industry" The Controller, Dezember 1956, S. 572 ff und S. 127 dieser Arbeit

res, d.h. die Kaufkraft von 800 Einheiten am Zeitpunkt t_0 .¹⁾ Die Differenz zwischen diesen beiden Größen ($1000 - 800 = 200$) wird als Kaufkraftfehlbetrag der ersten Abschreibung bezeichnet. Am Ende des 2. Jahres entspricht die Kaufkraft der zu diesem Zeitpunkt gebundenen Abschreibungsgegenwerte (1000 Geldeinheiten am Zeitpunkt t_2) nur noch der Kaufkraft von 640 Geldeinheiten am Zeitpunkt t_0 , der Kaufkraftfehlbetrag der zweiten Abschreibung ist $1000 - 640 = 360$ und so fort. Die Summe der so errechneten Kaufkraftfehlbeträge beträgt 1072 ($200 + 360 + 512$), d. h. 35,7 % der Kaufkraft des investierten Kapitals am Anschaffungszeitpunkt. Anders formuliert man das Ergebnis so, daß die Abschreibungen über den gesamten Nutzungszeitraum hinweg 64,3 % der investierten Kaufkraft erhalten haben.

Diese etwas nebelhafte Aussage gewinnt dann mehr Gestalt, wenn man sie in den folgenden Satz faßt: Werden die durch die Abschreibungsverrechnung gebundenen liquiden Mittel jeweils am Zeitpunkt der Verrechnung reinvestiert, so kann damit während der Nutzungsdauer der Anlage ein Warenkorb - aus den Gütern, für die die Indexberechnung erfolgt - erworben werden, der um 35,7% kleiner ist als der Warenkorb, den die Investitionssumme am Zeitpunkt der Investition repräsentiert. Die Tatsache, daß Abschreibungsgegenwerte in der Praxis laufend angelegt werden und die daran aus dem Blickwinkel der Kaufkrafterhaltung geknüpften Folgerungen werden uns noch weiter unten beschäftigen.

Ralph C. Jones verwendet folgende Formel für die Ermittlung des kumulativen Kaufkraftfehlbetrags bei linearer Abschreibung eines Anlagegutes:²⁾

K = kumulativer Kaufkraftfehlbetrag in % der Kaufkraft der Investitionssumme am Zeitpunkt der Investition

n = Nutzungsdauer des Anlagegutes (Kapitalbindung der letzten Kapitaleinheit) in Jahren

p = jährliche Rate der Steigerung des Preisniveaus
(z. B. 4% = 0.04)

$$K = 1 - \frac{1 - (1+p)^{-n}}{np}$$

Es läßt sich mit dieser Formel zeigen, daß auch der kumulative Kaufkraftfehlbetrag mit längerer Nutzungsdauer (langsamerem Kapitalumschlag) relativ zunimmt. Der kumulative Kaufkraftfehlbetrag überschreitet nie 100 %, da nicht mehr als die ursprünglich investierte Kaufkraft verlorengehen kann. Die Definition des kumulativen Kaufkraftfehlbetrages der Abschreibung ist dann vorteilhaft verwendbar, wenn man die Auswirkung der ein-

1) Dieselbe Überlegung kommt in der an anderer Stelle kritisierten Aussage zum Ausdruck, daß bei einer allgemeinen Preissteigerung von 25% die Mark nur noch 80 Pfennig wert sei.

2) A. a. o. S. 185 - Das Ergebnis des obigen Beispiels stimmt mit dem aus der Formel (35,0%) nicht genau überein, da vereinfachend die Berechnung auf den Jahresschluß statt auf die Mitte des Jahres gelegt wurde.

zelenen Abschreibungsverfahren auf eine entsprechend definierte Kaufkraft-erhaltung quantifizieren will. Beim Extremfall der Sofortabschreibung entsteht z. B. kein Kaufkraftverlust, d. h. die liquiden Mittel, die durch die Abschreibungsverrechnung gebunden werden, haben die gleiche Kaufkraft wie der investierte Geldbetrag. Jede degressive Abschreibung bringt entsprechende Vorteile gegenüber linearer Abschreibung (vgl. die folgende Aufstellung)¹⁾

Kumulative Kaufkraftfehlbeträge bei linearer und degressiver (Doppelraten-) Abschreibung, für verschiedene Raten der jährlichen Steigerung des Preisniveaus und verschiedene Nutzungszeiträume. (in % der Kaufkraft der Investitionssumme am Zeitpunkt der Investition)

p in %	3	3	3	3	4	4	4	4	5	5	5	5
n in Jahren	5	10	20	50	5	10	20	50	5	10	20	50
Fehlbetrag bei linearer Ab.	8	15	26	49	11	19	32	57	13	23	38	64
Fehlbetrag bei degressiver Ab.	7	13	23	43	9	17	29	50	11	20	33	56

Den extremen Gegensatz zu den Modellen mit einem Anlagegut, bei denen die Kapitalbindung vom Zeitpunkt der Investition bis zum Zeitpunkt des Ausscheidens von 100% - 0% verläuft, bilden die Betrachtungen, bei denen ein Anlagenstock aus Anlagegütern mit gleichem Kapitalumschlag und gleichmäßiger Altersverteilung zu Grunde gelegt wird (even-age distribution, "mature", "seasoned" enterprise).²⁾ Unter der Voraussetzung, daß die Abschreibungsgegenwerte bei linearer Abschreibung laufend in Anlagegüter mit gleichem Kapitalumschlag investiert werden, ergibt sich eine konstante Kapitalbindung über die Zeit von 50% der Anschaffungswerte;

-
- 1) Für den Fehlbetrag bei degressiver Abschreibung nach einer von Jones verwendeten Formel $K = \frac{p}{f+p}$, die das Problem des Restwerts vernachlässigt; f = Degressionsrate/ n , hier 2.0 (Doppelrate)/ n
 - 2) In der mikroökonomischen Kapitaltheorie hat man häufig mit diesen Modellen gearbeitet; vgl. Lutz, Vera und Friedrich a. a. O. S. 150-53 und vor allem Preinreich, G. A. D. "Annual Survey of Economic Theory 'The Theory of Depreciation'" Econometrica Juli 1938

der Buchwert und der Passivposten bei indirekter Abschreibung betragen je 50% der Anschaffungswerte. ¹⁾

Die Prozesse, die zu einer derartigen Altersverteilung führen, sind von der deutschen Betriebswirtschaftslehre unter dem bereits erwähnten Gesichtspunkt der "Kapazitäts"ausweitung untersucht worden, dem Tatbestand der Kapitalbindung von 50% bei linearer Abschreibung entspricht eine Kapazitätsausweitung von 100%, ²⁾ bei degressiver Abschreibung und ebenfalls gleichmäßiger Altersverteilung ergeben sich je nach Degressionsrate niedrigere konstante Verhältnisse von Buchwerten zu Anschaffungswerten (höhere Raten der Kapazitätsausweitung).

Die Frage, ob dieser Umschichtungsprozeß für Substanzerhaltungsfragen relevant ist, hängt davon ab, ob man Substanzerhaltung bei Anlagegütern als Erhaltung eines Nutzungsvorrats (Total"kapazität") oder lediglich als Erhaltung der Anlagenzahl ("Perioden"kapazität) definiert. Im ersten Fall ist die Antwort "nein", im zweiten unter ganz spezifischen Voraussetzungen "ja". Diese Voraussetzungen sind damit gegeben, welchen Zeitpunkt (welche Periode) man beim Prozeß der Kapazitätsentwicklung eines Betriebes im Auge hat, und welches Ausmaß und welche Gesetzmäßigkeit der Preisentwicklung man unterstellt.

Der Effekt der allmählichen Altersumschichtung tritt nur bei einer im Aufbau befindlichen oder expandierenden Unternehmung auf. Für eine Unternehmung, die sich im Gleichlauf befindet - Einnahmen und Ausgaben sind synchronisiert, der periodische Überschuß entspricht dem als Differenz von Aufwand und Ertrag ermittelten Gewinn - kann der durch Preissteigerungen verursachte Mehrbedarf an Kapital nur aus Gewinnen oder von außen gedeckt werden. Die Annahme, daß man aus einem Topf "dauernd freigesetzter Abschreibungsbeträge" finanzielle Mittel entnehmen kann, ist

-
- 1) Vgl. z. B. Jones, Ralph C. a.a.O. S. 58 "The depreciation reserve . . would be 50 per cent in a seasoned plant which was neither expanding nor contracting."
 - 2) Die Ausweitung der "Perioden"kapazität ist nicht abhängig von der Nutzungsdauer oder Teilbarkeit der Gesamtanlage. Bei der Mindestannahme von 2 Anlagegütern mit gleicher - aber beliebiger - Nutzungsdauer wird die Verdoppelung der "Perioden"kapazität (die gleichmäßige Altersverteilung) immer erreicht, wenn man postuliert, daß die Abschreibungsgegenwerte an den Zeitpunkten reinvestiert werden, an denen sie zur Anschaffung einer neuen Einheit ausreichen - nicht, wie üblicherweise dargestellt - am Anfang oder Ende des Jahres. Bei 2 Anlagegütern mit 3-jähriger Nutzungsdauer kann die 3. Einheit z. B. nach 1 1/2 Jahren und die 4. (aus Abschreibungen von 3 Einheiten) nach 2 1/2 Jahren beschafft werden usw.; es ergibt sich auch hier ein Gleichgewichtszustand mit 4 Einheiten. Auch eine Verschiebung des Reinvestitionszeitpunktes gegenüber dem Zeitpunkt der Desinvestition um eine konstante Periode (soweit sie kleiner ist als der halbe Nutzungszeitraum) verlängert lediglich den Prozeß.

nicht sinnvoll. Die gleichmäßige Altersverteilung ist in aller Regel das Ergebnis der "vorzeitigen" Verwendung von Abschreibungsgegenwerten aus den älteren Investitionen; sie ist dadurch gekennzeichnet, daß - bei konstanten Preisen und einer Wiederbeschaffung - die Abschreibungsgegenwerte einer Periode dem Finanzbedarf für die Ersatzinvestitionen dieser Periode entsprechen. Die Vorstellung, daß die Erweiterungsinvestitionen aus neuen Mitteln (einschließlich Selbstfinanzierung) bewußt so über die Zeit verteilt werden, daß sich eine entsprechende Altersverteilung der Anlagenbestände ergibt, während die "alten" Mittel, die Abschreibungsgegenwerte, im Umlaufvermögen in liquider oder anderer Form gespeichert werden, ist von einem solchen Abstraktionsgrad, daß sie nur geringe praktische Bedeutung besitzt.

Bei dem Anlagestock eines im Aufbau befindlichen Betriebes, der seine Kapazität ("Perioden"kapazität) durch "vorzeitige" Verwendung von Abschreibungsgegenwerten - durch den Umschichtungsprozeß - erweitert, können vorübergehende Preissteigerungen bis zu einer bestimmten Höhe aufgefangen werden. Aufgefangen heißt in diesem Zusammenhang, daß in dem betrachteten Zeitraum die Anlagenzahl (die Kapazität) zu Beginn des Prozesses nicht unterschritten wird. Ist die Preisänderung dagegen nicht reversibel - gleichgültig, ob die Preise nach einmaligem Anstieg auf der neuen Ebene verharren oder sich die Preiserhöhungen fortsetzen - kann die Kapazität nur durch Zuführung neuen Kapitals erhalten werden. 1)

Während der Umschichtungsprozeß selbst für das Thema dieser Arbeit praktisch bedeutungslos ist, spielt sein Ergebnis - der Anlagenbestand mit gleichmäßiger Altersverteilung - eine größere Rolle. Da hierbei voraussetzungsgemäß die Kapitalbindung über die Zeit gleichbleibt, kann man ähnlich wie bei einer finanziellen Investition aus einer nominellen Profitrate und einer Preissteigerungsrate eine reale Profitrate berechnen. 2)

1) Es wird schwerfallen, diese Aussage formelmäßig zu erfassen. Bei einem Anlagestock aus 2 Einheiten (Anschaffungspreis je DM 3.600,-, lineare Abschreibung über 3 Jahre) kann bei konstanten Preisen die 3. und 4. Einheit nach $1\frac{1}{2}$ bzw. $2\frac{1}{2}$ Jahren aus Abschreibungsgegenwerten beschafft werden. Tritt am Anfang des 3. Jahres eine Preissteigerung um 10% auf, verschiebt sich der folgende Reinvestitionszeitpunkt, da erst dann reinvestiert wird, wenn die angesammelten Abschreibungsgegenwerte zur Beschaffung einer neuen Einheit (zum höheren Preis) ausreichen. Können nach der Beschaffung zum höheren Preis die folgenden Einheiten wieder zum alten Preis erworben werden, hat diese reversible Preiserhöhung den Umschichtungsprozeß lediglich verzögert, ohne die Erhaltung der ursprünglichen Anlagenzahl zu gefährden. Geht der Preis nicht wieder zurück, stirbt der Prozeß ab. Es wird dabei nicht ein Gleichgewichtszustand mit niedriger Kapazitätsausweitung erreicht, sondern im Gegenteil die Anfangskapazität nicht erhalten. - Es gibt leider keine Kapitalbildung aus Abschreibungen.

2) Jones, Ralph C. a.a.O. S. 54ff Kapitel 5 "Depreciation and Real Rates of Return"

Weiterhin ergibt sich eine andere Beurteilung des Wunsches nach einer "Nachholung" bei der Korrektur der Abschreibung (siehe weiter unten).

Unterstellt man einen Anlagenstock, der laufend durch Zuführung von neuem Kapital wächst, liegt die periodische Abschreibungsverrechnung bei konstanten Preisen immer über dem periodischen Finanzbedarf für Ersatzinvestitionen. Entsprechend können auch in gewissem Ausmaß Ersatzinvestitionen zu höheren Preisen durch die auf dem Wege der Abschreibungsverrechnung gebundenen liquiden Mittel finanziert werden. Diese Zusammenhänge wurden bereits an anderer Stelle behandelt.¹⁾ Es ergab sich z. B., daß bei einer jährlichen realen Erweiterung des Anlagenstocks um 3%, die durch Zuführung neuen Kapitals finanziert wird und bei einer durchschnittlichen Nutzungsdauer von 30 Jahren erst bei einer jährlichen Preissteigerung von 4.3% die periodische Identität von Abschreibungsziffer und Finanzbedarf für Ersatzinvestitionen gegeben ist.

6.5 Die Verwendung der Abschreibungsgegenwerte und die Frage der "Nachholung"

Bei der vorangegangenen Modellbetrachtung eines Anlagegutes war unter anderem angenommen worden, daß die Abschreibungsquoten bis zum Zeitpunkt des Ausscheidens des Anlagegutes in liquider Form gehalten werden. Bei einem höheren Preisstand an diesem Zeitpunkt sind die liquiden Mittel nach realen Erhaltungsauffassungen zu klein; sie reichen nicht zur Wiederbeschaffung aus (Substanzerhaltung), bzw. ihre Kaufkraft (an diesem Zeitpunkt) entspricht nicht der Kaufkraft des gleichen Geldbetrages zu Beginn der Investition. Für das Ausmaß des Fehlbetrages im Hinblick auf eine Substanzerhaltung ist grundsätzlich der Preisstand am Tage des Ausscheidens (= der Wiederbeschaffung) ausschlaggebend, nicht dagegen die Preisentwicklung während der Nutzungszeit. Ähnlich wird manchmal eine Kaufkraftherhaltung auf den Zeitpunkt des Ausscheidens des Anlagegutes bezogen.

Soweit man nun den erwarteten Fehlbetrag durch höhere Abschreibungsquoten gleichmäßig (lineare Abschreibung) während der Nutzungszeit einbehalten will und sich dabei jeweils auf Schätzungen oder Tageswerte stützt, wird mit Änderung der Erwartungen (Tagespreise) und/oder mit Kenntnis des Preisstandes am Tag des Ausscheidens eine "Nachholungs"korrektur erforderlich (vgl. Beispiel S. 91). Der Begriff der Nachholung will hier wie in seiner üblichen Verwendung zum Ausdruck bringen, daß im Sinne einer gesetzmäßigen Verteilung die Verrechnung der Abschreibung eigentlich hätte früher stattfinden sollen.

Die Notwendigkeit einer Nachholung (im Modell) ist eher nach der Konzeption der Wiederbeschaffung als nach der Kaufkraftherhaltung verständlich. Bei der bereits behandelten Berechnung von Kaufkraftfehlbeträgen bei Abschreibungen spielt sie keine Rolle. Terborgh, der eine Korrektur im In-

¹⁾ Vgl. Seite 39 ff.

teresse der Kaufkrafterhaltung vertritt, lehnt die Nachholung mit der Begründung ab, daß man bei Abschreibungen in den letzten Jahren des Nutzungszeitraums nicht die Kaufkraftverluste von bereits früher gebundenen liquiden Mitteln berücksichtigen könne; hätte man die Abschreibungsquoten sofort reinvestiert, wären keine weiteren Kaufkraftverluste eingetreten. ¹⁾

Der letzte Gedankengang führt zu dem manchmal vorgebrachten Argument, daß man die höheren Wiederbeschaffungskosten oder den auf den Zeitpunkt des Ausscheidens bezogenen Kaufkraftverlust zum Teil oder ganz durch eine bestimmte Verwendung der laufend anfallenden Abschreibungsquoten kompensieren könne. ²⁾ Hierzu folgendes Beispiel:

Gegeben: 1 Anlagegut mit einem Anschaffungswert von DM 3.000, -
Nutzungsdauer 3 Jahre
Lineare Abschreibung
Einmalige nicht reversible Preissteigerung um 20%
zu Beginn des 3. Jahres
Die Abschreibungsgegenwerte werden in Sachgüter investiert, die der allgemeinen Preissteigerung (bzw. der Preissteigerung des Anlagegutes) folgen.

Die "Kompensation" von Preissteigerungen durch "wertbeständige"
Anlage von Abschreibungsgegenwerten

Zeitpunkt	Preisindex	Abschreibung auf Anschaf- fungswert DM	Kumulativer Marktwert der Abschreibungsan- lage (DM)	
			Sachgut	liquid
t ₁	100	1000	1000	1000
t ₂	100	1000	1000	1000
t ₀₃	120		2400	2000
t ₃	120	1000	3400	3000

Die Anlage der ersten beiden Abschreibungsquoten in einem "wertbeständigen" Gut hat die Preissteigerung mitgemacht und repräsentiert mit der Anlage der dritten Quote einen Marktwert (einen möglichen Gelderlös) von DM 3.400 - aber natürlich einen Anschaffungswert von DM 3.000, -. Zur

-
- 1) "Realistic Depreciation Policy" a.a.O. S. 115 "Depreciation Policy cannot be held responsible for what happens to the purchasing power of capital recoveries AFTER they are made .."
- 2) "... funds may be invested in other material which experience the same price changes as the firm's depreciable equipment." Break, George F. a.a.O. S. 50

Wiederbeschaffung wäre dagegen ein Betrag von DM 3.600,- erforderlich, bzw. die Kaufkraft von DM 3.000,- am Zeitpunkt t_{01} wird in t_3 durch DM 3.600,- repräsentiert. Diese "Verbesserung" durch eine Sachanlage im Gegensatz zum Halten in liquider Form entspricht der Erkenntnis aus Zeiten galoppierender Inflation, daß ein gutes Mittel gegen Kaufkraftverluste die sofortige Wiederausgabe der Geldeingänge darstellt. Nach der Theorie von Terborgh müßte im vorstehenden Modell nur die Abschreibungsquote am Ende des 3. Jahres korrigiert werden ($1000 \times 1,2 = 1200$), um die investierte Kaufkraft zu erhalten ($3400 + 1200 = 3600$ Geldeinheiten am Zeitpunkt t_3). Das Unangenehme an dieser Modellbetrachtung besteht jedoch darin, daß der Unterschied zwischen dem Anschaffungs- und Marktwert der Abschreibungsanlage ($3400 - 300 = 400$) nach der traditionellen Rechnung Gewinn darstellt und somit nicht von vornherein für eine Wiederbeschaffung oder eine Kaufkrafterhaltung in der Unternehmung verbleibt. Ersetzt man die quantenmäßige durch eine kontinuierliche Betrachtung - im Hinblick auf Preissteigerung, Abschreibungsverrechnung und Abschreibungsanlage - würde die Kaufkraft der in einer Unternehmung gebundenen Kapitalsumme immer voll erhalten oder nur in dem Ausmaß reduziert, in dem liquide Mittel gehalten werden müssen. Das Problem der Gewinnbesteuerung oder Gewinnausschüttung nach der traditionellen Rechnung würde davon jedoch nicht berührt.

Neben der "wertbeständigen" Anlage sieht man manchmal auch in der Rendite einer Abschreibungsverwendung während des Nutzungszeitraums eine Kompensationsmöglichkeit für Fehlbeträge am Zeitpunkt des Ausscheidens.¹⁾ Diese Vorstellung geht von der unrealistischen Annahme aus, daß bei konstanten Preisen die durch die Abschreibungsverrechnung gebundenen liquiden Mittel auf ein Bankkonto eingezahlt und erst wieder in Zeiten steigender Preise zum Zwecke der Kompensation abgehoben werden; vernachlässigt wird dabei auch der Tatbestand, daß diese Gewinne nach der traditionellen Rechnung besteuert und unter Umständen ausgeschüttet würden. Die Tatsache, daß bei einer Wiederholung identischer technischer Prozesse in Zeiten steigender Preise ein höherer Kapitalbedarf auftritt, kann nicht wegdiskutiert werden. Das Problem der Abschreibungsanlage ist sinnvoller mit der Frage der Selbstfinanzierungsmöglichkeiten in Zeiten steigender Preise zu verknüpfen, die noch an anderer Stelle behandelt wird. Hier soll nur wiederholt werden, daß die Annahme, daß alle Preise gleichzeitig und gleichmäßig steigen, nicht mit der wirtschaftlichen Wirklichkeit (auch einer Hyperinflation) zu vereinbaren und auch logisch nicht möglich ist.

1) "... working capital identified with the depreciation charge is available periodically for reinvestment... to the extent that the rate of profit exceeds the rate of change in price-level, the effect of price change is offset" Schiff, Eric in JofA März 1959, S. 61

Eine bereits in allgemeiner Form behandelte Möglichkeit zur "vorzeitigen" Verwendung der durch Abschreibungen gebundenen liquiden Mittel bildet die Reinvestition in mit dem Abschreibungsgegenstand identische Anlagegüter. Unter bestimmten Voraussetzungen ergibt sich dabei ein Anlagenbestand mit gleichmäßiger Altersschichtung, bei dem - wie bereits erwähnt - bei konstanten Preisen der periodische Abschreibungsbetrag dem Finanzbedarf für die periodische Ersatzinvestition entspricht. Korrigiert man die periodischen Abschreibungsbeträge jeweils mit dem (höheren) Tagespreis, so reichen die damit einbehaltenen liquiden Mittel aus, die in die Periode fallenden Ersatzinvestitionen durchzuführen; es ist keine Nachholung, d. h. also Anpassung des erwarteten an den tatsächlichen Fehlbetrag notwendig (vgl. Beispiel weiter unten).

Edgar C. Brown hat das von ihm ebenfalls untersuchte Phänomen, daß bei gleichmäßiger Altersverteilung die Ersatzinvestitionen durch eine Abschreibung auf den Tageswert finanziert werden könne, mit der oben erwähnten Erscheinung der Wertsteigerung der Abschreibungsanlage - nach der auch keine Nachholung erforderlich ist - verglichen. Eine logische Verknüpfung dieser beiden Tatbestände ist jedoch nicht möglich. ¹⁾

6.6 Die Ansatzpunkte der Abschreibungs"korrektur"

Die Versuche, Preissteigerungen bei der bilanziellen Abschreibung zu berücksichtigen, beziehen sich entweder auf die Abschreibungsbasis oder auf das Abschreibungsverfahren im weitesten Sinne, d. h. die Konventionen über die Erfolgswirkung von Ausgaben in der Periodenrechnung. Nachstehend sind einige Verfahren von grundsätzlicher Bedeutung an Beispielen wiedergegeben.

6.6.1 Die Korrektur der Abschreibungsbasis

1) Einmalige Korrektur bei einem Anlagenbestand mit Zuschreibung ²⁾

Gegeben: Anlagekonten mit folgender Gruppierung

- a) Anschaffungswerte nach Anschaffungsjahren
(im Beispiel in DM 1000)

-
- 1) "Were firms to invest the funds set aside for replacement in assets whose prices fluctuated in the same way as did the assets to be replaced (and the best investment from this point of view would be of course the replacement itself) they would end up in the same financial position as the firm that continuously replaced .. Barring taxes reinvestment of funds equal in amount to current replacement costs would always provide the necessary funds for future replacement." a. a. O. S. 148
 - 2) Auf diesem Verfahren beruhten die "Revalorisationen" in Frankreich (1948 und 1952); es handelte sich dabei nicht um eine betriebsindividuelle Neubewertung wie nach dem DM-Bilanzgesetz.

b) bis zum Stichtag aufgelaufene Abschreibungen auf diese Anschaffungswerte, ebenfalls nach Anschaffungsjahren (im Beispiel in DM 1000)

Preisindices

Aus den Indices werden Umrechnungsfaktoren für die Umrechnung der Anschaffungswerte und der aufgelaufenen Abschreibungsbeträge wie folgt errechnet:

Umrechnungsfaktor für
Anschaffungswerte und
Abschreibungen auf An-
schaffungswerte des
Jahres 1930

$$= \frac{\text{Index am Stichtag der Umrechnung}}{\text{Index für das Jahr 1930}}$$

Anschaffungs- jahre	Anschaffungswerte Anschaff. Kosten	Kumulative Abschreib.	Umrechnungs- faktor	Umgerechnete Werte Ansch. Kosten	Kumu- lative Abschr.
1958 - 1960	400	20	1.00	400	20
1949 - 1957	380	44	1.16	441	51
1941 - 1948	208	60	1.25	260	75
1931 - 1940	150	84	1.40	210	118
1930	40	38	2.30	92	87
	<u>1178</u>	<u>246</u>		<u>1403</u>	<u>351</u>

Der Zuschreibungsbetrag ergibt sich wie folgt:

$$\begin{aligned} \text{Buchwert zu Anschaffungswerten} &= \text{DM } 1'178\,000 - 246\,000 = 932\,000 \\ \text{" nach Umrechnung} &= \text{DM } 1'403\,000 - 351\,000 = 1'052\,000 \\ &\quad \underline{\text{Zuschreibung}} \quad \text{DM } 120\,000 \end{aligned}$$

Die vorstehend für einen Anlagenbestand durchgeführten Berechnungen müssen - wenn man nicht auf eine Einzeibewertung verzichten will und für die Abschreibung des Aufstockungsbetrages eine besondere Regelung trifft - für jedes einzelne Anlagegut durchgeführt werden. Für jeweils gleiches Anschaffungsjahr, gleichen Abschreibungszeitraum und gleiches Abschreibungsverfahren können die periodischen Faktoren durch einen Umrechnungsfaktor ersetzt werden, mit dem der Buchwert am Stichtag der Umrechnung multipliziert wird.

2) Laufende Korrektur bei einem Anlagegut, lineare Abschreibung

Gegeben: Anschaffungsjahr und Anschaffungswert
Nutzungsdauer
Preisindices

Die jährliche Abschreibung errechnet sich wie folgt:

$$\begin{array}{l} \text{Abschreibung auf} \\ \text{den Tageswert (Wie-} \\ \text{derbeschaffungswert} \\ \text{des Bilanzstichtages)} \\ \text{oder Kaufkraft-} \\ \text{äquivalent} \end{array} = \frac{\text{Anschaffungswert}}{\text{Nutzungsdauer}} \times \frac{\text{Index für das laufende Jahr (am Bilanzstichtag)}}{\text{Index für das Jahr der Anschaffung}}$$

Beispiel: Anschaffungswert DM 4.000, -, Anschaffungsjahr 1955
(Index = 100), Nutzungsdauer 4 Jahre, Preisindices
1956 = 110, 1957 = 118, 1958 = 125

2a) ohne Nachholung (in DM)

Abschreibungs- periode	Abschreibungs- betrag	Umrechnungs- faktor	Umgerechnete Abschreibung
1955 1)	1000	1.0	1000
1956	1000	1.1	1100
1957	1000	1.18	1180
1958	<u>1000</u>	1.25	<u>1250</u>
	4000		4530

Da der Preis für ein Ersatzgut am Zeitpunkt des Ausscheidens DM 5.000, - beträgt (4000 x 1.25) und insgesamt nur DM 4.530, - abgeschrieben wurden, wird - wie erwähnt - die Forderung erhoben, den Fehlbetrag von DM 470, - nachzuholen. Hierzu seien am gleichen Beispiel zwei Methoden dargestellt.

2b) mit Nachholung, Methode 1 (in DM)

Abschreibungs- periode	Umgerechnete Abschreibungen ohne Nachholung	Nachholung	Umgerechnete Abschreibungen mit Nachholung
1955	1000		1000
1956	1100	100 (1x100)	1200
1957	1180	160 (2x 80)	1340
1958	<u>1250</u>	<u>210 (3x 70)</u>	<u>1460</u>
	4530	470	5000

Am Ende des Jahres 1956 wird der erste Fehlbetrag für das Jahr 1955 nachgeholt, am Ende des Jahres 1957 der zweite für die Jahre 1955 und 1956 und so fort. Es wird auch vorgeschlagen, den jeweils am Korrekturzeitpunkt bekannten Fehlbetrag nicht vollständig im laufenden Jahr zu verrechnen, sondern auf das laufende und die Restnutzungsjahre zu verteilen. 2)

1) Im Anschaffungsjahr soll hier der volle Jahresbetrag abgeschrieben werden.

2) Paton, William A. "Asset Accounting" a.a.O. S. 328

Die Nachholung für das Jahr 1956 würde demnach nicht DM 100,- sondern nur $1/3 = \text{DM } 33.33$ betragen. Ein weiteres Drittel würde jeweils 1957 und 1958 angesetzt:

2c) mit Nachholung, Methode 2 (in DM)

Abschreibungsperiode	Umgerechnete Abschreibung mit Nachholung
1955	1000, -
1956	1133,33
1957	1293,33
1958	<u>1573,34</u>
	5000, -

Rechnungstechnisch lassen sich auch Preisbewegungen nach unten erfassen, die dann zu Nachholungen in Form "negativer" Abschreibungen führen, d.h. die Mehrabschreibungen früherer Jahre werden wieder rückgängig gemacht. Bei einer in der Regel vorausgesetzten kontinuierlichen Preissteigerung ergibt sich durch die Nachholung eine verstärkte Progression, die zu Kritik nach dem Gesichtspunkt der "gleichmäßigen" Aufwandsverteilung (Vergleichbarkeit der Erfolgsrechnung) geführt hat.

3) Laufende Korrektur bei einem Anlagenbestand mit gleichmäßiger Altersverteilung, ohne Nachholung

Gegeben: Anschaffungswerte der Erstausrüstung
Nutzungsdauer
Preisindices

Beispiel: Bei einem Anlagenstock aus 4 Anlagegütern mit je vierjähriger Nutzungsdauer ist am 31.12.1955 Maschine Nr. 1 vier Jahre, Maschine Nr. 2 drei Jahre, Maschine Nr. 3 zwei Jahre und Maschine Nr. 4 ein Jahr in Betrieb. Maschine Nr. 1 wird an diesem Zeitpunkt durch Maschine Nr. 5 ersetzt, Maschine Nr. 2 wird ein Jahr danach durch Maschine Nr. 6 ersetzt usw. Der Anschaffungspreis der Maschinen Nr. 1-4 betrug je DM 4.000,-. Preisindices: 1955 = 100, 1956 = 110, 1957 = 118, 1958 = 125; Umrechnung wie in 2a).

3a) Lineare Abschreibung:

Abschreibungsverrechnung

1955			1956			1957			1958		
Masch. Nr.	Ansch. Wert	Umger. Wert	Ansch. Wert	Umger. Wert	Ansch. Wert	Umger. Wert	Ansch. Wert	Umger. Wert	Masch. Nr.	Ansch. Wert	Umger. Wert
1,5	1000	1000	1000 ¹⁾	1100	1000	1180	1000	1250	1,5	1000	1000
2,6	1000	1000	1000	1100	1100	1180	1100	1250	2,6	1000	1000
3,7	1000	1000	1000	1100	1000	1180	1180	1250	3,7	1000	1000
4	1000	1000	1000	1100	1000	1180	1000	1250	4	1000	1000
		4000		4400		4720		5000			
		Ersatz		Ersatz		Ersatz		Ersatz			
		Nr. 1		Nr. 2		Nr. 3		Nr. 4			
		durch		durch		durch		durch			
		Nr. 5		Nr. 6		Nr. 7		Nr. 8			

Der Gesamtbetrag der mit dem jeweiligen Umrechnungsfaktor korrigierten Abschreibungsbeträge reicht jedes Jahr aus, um die Ersatzbeschaffung zu finanzieren. Dies gilt auch bei degressiver Abschreibung; im folgenden Beispiel werden die vier Anlagegüter nach dem arithmetisch-degressiven (digitalen) Abschreibungsverfahren abgeschrieben (statt 4 x DM 1000 im ersten Jahr DM 1600, im zweiten DM 1200, im dritten DM 800 und im vierten DM 400).

3b) Depressive (digitale) Abschreibung:

Abschreibungsverrechnung (digitale A.)

1955			1956		1957		1958	
Masch. Nr	Ansch. Wert	Umger. Wert	Ansch. Wert	Umger. Wert	Ansch. Wert	Umger. Wert	Ansch. Wert	Umger. Wert
1,5	400	400	<u>1600</u>	1760	<u>1200</u>	1416	800	1000
2,6	800	800	400	440	<u>1760</u>	1888	<u>1320</u>	1500
3,7	1200	1200	800	880	400	472	<u>1888</u>	2000
4	1600	<u>1600</u>	1200	<u>1320</u>	800	<u>944</u>	400	<u>500</u>
		4000		4400		4720		5000
		Ersatz		Ersatz		Ersatz		
		Nr. 1		Nr. 2		Nr. 3		
		durch		durch		durch		
		Nr. 5		Nr. 6		Nr. 7		

Ein Anlagenbestand mit gleicher Altersverteilung ist bekanntlich dadurch gekennzeichnet, daß bei konstanten Preisen jedes einheitlich angewandte Abschreibungsverfahren den gleichen periodischen Abschreibungsbetrag ergibt. Die Korrektur der periodischen Abschreibungsbeträge wegen Preis-

1) Der eingerahmte Betrag ist jeweils die erste Abschreibungsquote der zuletzt beschafften Maschine.

änderungen führt in diesem Fall völlig unabhängig von der Verteilungsmethode zu identischen Ergebnissen. Auf der anderen Seite erhofft man sich jedoch durch eine entsprechende Ausgestaltung der Abschreibungsverfahren Vorteile im Hinblick auf die Sicherung der Wiederbeschaffung und der Erhaltung der Kaufkraft. Hiermit beschäftigt sich der folgende Abschnitt.

6.6.2 Die Berücksichtigung beim Abschreibungsverfahren

Die Erfolgswirkung einer Anlageninvestition in der periodischen Erfolgsrechnung kann - abgesehen von einem willkürlichen Vorgehen - auf einer der folgenden Konventionen beruhen, die als Abschreibungsverfahren im weiteren Sinne bezeichnet werden können:

- 1) Sofortabschreibung - am Zeitpunkt der Ausgabe (cash-flow depreciation)
- 2) Abschreibung am Zeitpunkt des Ausscheidens des Anlagegutes aus dem Betrieb (retirement accounting, final reckoning depreciation)
- 3) Verteilungsabschreibung
 - a) nach der Zeit (timetable-depreciation)
 - b) nach Leistungseinheiten (unit of production method),
wenn man "Leistung" entsprechend definiert, kann man auch die Verknüpfung der Abschreibung mit den Erlösen (dem Gewinn) hierzu rechnen.

Wie bereits erwähnt, erwartet man in den USA für das Jahr 1960 eine Verkürzung der steuerlich genormten Nutzungsdauerangaben. Etwaige Vorteile dieser Änderung im Hinblick auf die Kompensation von Preissteigerungen können als Vorteile eines degressiven Abschreibungsverfahrens angesehen werden; man kann eine lineare Abschreibung über 5 statt über 10 Jahre als eine Art degressiver Abschreibung über 10 Jahre auffassen. Die Verkürzung des Verteilungszeitraums wird dementsprechend bei der folgenden Behandlung der Sofortabschreibung und degressiver Abschreibungsverfahren mit erfaßt.

Unter der Annahme, daß in Zeiten konstanter Preise die lineare Abschreibung "richtig" ist, wird in einem Übergang auf ein anderes Verfahren manchmal eine Korrektur im Hinblick auf steigende Preise gesehen. Ebenso kann man bei der degressiven Abschreibung eine bestimmte Degression für Zeiten der Preisstabilität für "richtig" halten, die wegen Preissteigerungen verschärft werden soll.

Die Abschreibung am Zeitpunkt des Ausscheidens des Anlagegutes ist in den USA historisch der Vorgänger des "replacement accounting", einer dem Festwertverfahren verwandten Methode, der man Vorteile im Hinblick auf die Substanzerhaltung nachsagt. Diese Methode wiederum kann mit der Substitution von Instandhaltungsaufwand für Abschreibungsaufwand verglichen werden.

6.6.2.1 Retirement Accounting, Replacement Accounting und die Substitution von Abschreibungsaufwand durch Instandhaltungsaufwand

Die Abschreibung am Zeitpunkt des Ausscheidens des Anlagegutes ist in den USA bei gemischtwirtschaftlichen Betrieben noch heute weit verbreitet.¹⁾ Erfolgswirksam wird die Differenz zwischen dem Anschaffungswert und dem erst beim Ausscheiden bekannten Veräußerungserlös (z. B. Schrottwert). Üblicherweise wird dieses Verfahren nach dem Gesichtspunkt der Vergleichbarkeit der Erfolgsrechnung angegriffen, wobei man gedanklich von einem Anlagegut ausgeht. Dieses Argument ist nicht stichhaltig, wenn man einen Anlagenbestand gleichmäßiger Altersverteilung voraussetzt. Eine weitere Kritik beruft sich auf die Prinzipien der Vorsicht und des Gläubigerschutzes, nach denen es nicht richtig ist, Anlagegüter noch kurz vor dem Ausscheiden mit dem vollen Anschaffungswert zu aktivieren.

Wenn bei höheren Preisen eine Ersatzbeschaffung durchgeführt werden soll, reichen die durch eine Abschreibung auf den Anschaffungswert gebundenen liquiden Mittel naturgemäß auch dann nicht aus, wenn die Verrechnung am Zeitpunkt des Ausscheidens, d. h. auch am Zeitpunkt der Ersatzbeschaffung erfolgt.

Das Verfahren des retirement accounting, das man als einen Sonderfall der progressiven Verteilungsabschreibung ansehen kann, findet in den USA Anwendung, ohne daß es zur Festlegung eines Festwertes kommt oder eine Ersatzbeschaffung hereinspielt.²⁾ Oft fällt jedoch das Ausscheiden eines Anlagegutes mit dem Ersatz durch ein neues Aggregat zusammen, so daß faktisch die Beschaffung der neuen Anlage den Anstoß zur Abschreibung der alten Anlage gibt. In einigen Fällen ging man dazu über, bei Ausscheiden eines Anlagegutes den Anschaffungswert des Ersatzgutes abzüglich des Schrottwertes der ausscheidenden Anlage als Aufwand zu verrechnen. In einem Kontenrahmen (Uniform System of Accounts) für Elektrizitätswerke des Staates Wisconsin aus dem Jahr 1908 ist dieses Verfahren des replacement accounting bereits wie folgt beschrieben:

"When any building, structure, machine, facility or unit of equipment, which at the time of its construction or installation was classified as tangible capital becomes through wear and tear economically irreparable the substitute therefore, having sub-

1) Paton, William A.: "Asset Accounting" a.a.O. S. 242 "... retirement policy .. greatest vogue in the utility field."

2) "... a retirement unit is an item of plant, the retirement of which, with or without replacement, is accounted for by crediting its book cost to the utility plant account in which the book cost is recorded and charging the depreciation reserve with the book cost less the net salvage value .."
"Public Utility Accounting" a.a.O. S. 234 (depreciation reserve ist hier ein Erfolgskonto, d. Verf.)

3.) Fußnote ebenda S. 215

stantially no greater capacity than the unit for which it was substituted, shall be charged to the Depreciation Reserve Account .."

Die Gründe, die zur Anwendung dieses Verfahrens führten, sind nicht allein in einer Vereinfachung der Inventur (wie bei den Verfahren der Gruppenbewertung in Deutschland), sondern in einer Vereinfachung der Buchführung überhaupt ("ruhende" Anlagekonten) zu suchen. Wesentlich ist, daß die sofortige Aufwandverrechnung des Ersatzgutes an die Stelle der Aufwandverrechnung bei Ausscheiden des ursprünglichen Anlagegutes tritt, wobei der Zeitpunkt des Ausscheidens mit dem Zeitpunkt der Ersatzinvestition identisch ist.

Die Anwendung des replacement accounting wurde meist davon abhängig gemacht, daß das Ersatzgut im wesentlichen die gleiche Kapazität wie das zu ersetzende Gut besitzt (vgl. das Zitat aus dem Jahr 1908: "having substantially" no greater capacity than the unit, for which it was substituted"). Die tatsächlich auftretenden Differenzen versucht man durch das sogenannte "Betterment Accounting" zu erfassen, d. h. ein Teil der Ersatzinvestition wird als Erweiterungsinvestition deklariert und nicht als Aufwand verrechnet sondern aktiviert - z. B. auch dann, wenn eine "einfache" Eisenbahnschwelle durch eine "schwere" und "imprägnierte" Schwelle ersetzt wird.¹⁾

Die Frage von Preisunterschieden zwischen dem ausscheidenden Anlagegut und dem Ersatzgut stand im Gegensatz zu den Unterschieden der quantitativen und qualitativen Kapazität ursprünglich nicht zur Diskussion. Die Verfasser des mehrfach zitierten Standardwerkes über die Buchführung der Public Utilities vertreten die Auffassung, daß bei wesentlichen Preisveränderungen - nach oben und unten - der Preis des Ersatzgutes nicht der Aufwandverrechnung zu Grunde gelegt werden sollte.²⁾ Die Praxis hat jedoch überwiegend auch bei den Preissteigerungen der letzten Jahrzehnte an der Sofortabschreibung des Anschaffungswertes des Ersatzgutes festgehalten. Es sei dahingestellt, ob man damit bewußt Substanzerhaltungs- bzw. Steuereinsparungs- oder Tarifpolitik betrieben hat.

Die Interstate Commerce Commission hat 1959 nach einer längeren Untersuchung festgestellt, daß es nicht zweckmäßig sei, für Eisenbahnen (vorwiegend Gleisanlagen) die Methode des replacement accounting zu ändern. Es heißt jedoch einschränkend wie folgt:

"when abandonment of a branch line or other important segment of the plant is foreseeable within a reasonable period of time, through obsolescence and other causes, the corporate officers have the responsibility to see that

1) Vgl. Paton, William A. "Asset Accounting" a. a. O. S. 201 - vgl. auch die bereits behandelten Probleme, die der technische Fortschritt für die Theorie der Wiederbeschaffung aufwirft.

2) "... the cost of replacement should not be charged to expense if the amount is substantially more or less than the cost of the item replaced." a. a. O. S. 237

timely provision is made in the accounts in anticipation of the loss"

Diese Bestimmung, den Bilanzwert ("Festwert") abzuschreiben, wenn keine Ersatzbeschaffung mehr erwartet wird, ist noch durch den Hinweis zu ergänzen, daß nach der amerikanischen Praxis als "Festwert" die Anschaffungspreise ohne Berücksichtigung von Abschreibungen bilanziert werden.¹⁾ Bei gleichmäßiger Altersverteilung ist er damit doppelt so hoch wie er bei linearer Abschreibung sein würde. Will man einen Vorteil des "replacement accounting" gegenüber linearer Abschreibung darin sehen, daß er zu einer Gewinnverlagerung führt, müssen sich die Preise der in einem Festwert erfaßten Anlagegüter mehr als verdoppelt haben: erst dann würde bei gleichmäßiger Altersverteilung der Buchwert bei linearer Abschreibung den "Festwert" beim replacement accounting übersteigen und zu einem entsprechenden Gewinnausweis führen.

Beim Festwertverfahren - wie auch beim LIFO-Verfahren²⁾ - werden ausschließlich Anschaffungskosten erfolgswirksam; allerdings an anderen Zeitpunkten als bei den üblichen Verteilungsverfahren bzw. bei der Durchschnittsbewertung im Vorratsvermögen. Die bei Preissteigerungen mit einem Verfahrenswechsel unter Umständen verbundene Vorverlagerung der Aufwandverrechnung von Ausgaben (= Gewinnverschiebung) entspricht einer Verbesserung der Liquidität (Verschiebung der Dividendenzahlung, Steuerzahlung), die wiederum einen bestimmten Zinsertrag repräsentiert. Die Versuche, die Zinserträge bei vergleichsweise schnellerer Abschreibung als Kompensation für höhere Kosten der Ersatzbeschaffung (bzw. von Kaufkraftverlusten) hinzustellen, werden weiter unten bei der Behandlung der Sofortabschreibung und degressiver Abschreibungsverfahren wiedergegeben.

Die Verwandtschaft des "replacement accounting" mit der Aufwandverrechnung von Instandhaltungsausgaben ist darin zu sehen, daß beim Ausscheiden und dem Ersatz eines Teilaggregates der Anschaffungswert des Ersatzgutes erfolgswirksam wird. Wird z. B. die Ausmauerung eines Kupolofens ersetzt - die Ausmauerung sei das Teilaggregat - so kann die Aufwandverrechnung der Ausgaben für die neue Ausmauerung als Aufwandverrechnung der alten aufgefaßt werden.

Aus praktischen Gründen und in Übereinstimmung mit der Verkehrsauffassung wird bei der Verteilungsabschreibung eines Anlagegutes, das aus Teilaggregaten verschiedener Nutzungsdauer besteht, ein einheitlicher, durchschnittlicher Nutzungszeitraum zu Grunde gelegt; z. B. wird ein Fabrikgebäude, bei dem der Außenanstrich alle 5 Jahre, das Dach alle

1) Hax geht dagegen bei der Betrachtung deutscher Verhältnisse davon aus, daß der Festwert mit 50% der Anschaffungspreise der erfaßten Anlagegruppe angesetzt wird (a. a. O. S. 196).

2) Es war bereits vermerkt worden, daß man das replacement accounting gern als LIFO-Verfahren für Anlagegüter bezeichnet.

20 Jahre und die Mauern alle 100 Jahre zu "erneuern" sind, über 50 Jahre abgeschrieben. Die Trennung zwischen Instandhaltungsaufwand und Abschreibungsaufwand hängt von der Entscheidung über die einheitliche Abschreibungsbasis und über die einheitliche Lebensdauer ab; würden z. B. Außenanstrich, Dach und Mauern getrennt abgeschrieben, bzw. wird das Fabrikgebäude über einen kürzeren Zeitraum abgeschrieben, so werden weniger Ausgaben als Instandhaltungsaufwand und mehr als Abschreibungsaufwand erfaßt. Da es schwierig ist, objektive Kriterien für die genannten Entscheidungen zu finden, besteht in gewissem Rahmen eine Substitutionsmöglichkeit zwischen Abschreibungs- und Instandhaltungsaufwand.

Die Bestimmungen für die Buchführung der Versorgungsbetriebe in den USA enthalten zum Teil Listen von "units of property" ("Anlage"einheiten), um sie von den Teilaggregaten (minor units of property) abzugrenzen. Erstere werden im Rahmen des retirement accounting als "retirement units" beim Ausscheiden als "Abschreibungs"aufwand erfaßt - und das Ersatzgut wird aktiviert - während der Ersatz von Teilaggregaten als Instandhaltungsaufwand behandelt wird. Beim replacement accounting (Festwertverfahren) wird unter Umständen auch auf die formelle Unterscheidung zwischen Abschreibungs- und Instandhaltungsaufwand verzichtet, alle Ausgaben für Anlagegüter werden ja solange sie zu keiner Kapazitätserhöhung führen (betterment) sofort erfolgswirksam.

Eine Bevorzugung der Verrechnung von Anlagenaufwand in Form von Instandhaltungsaufwand - der ausschließlich Anschaffungskosten umfaßt, - stellt in Zeiten steigender Preise eine Vorverlagerung der Aufwandverrechnung im Gegensatz zur Aufwandverrechnung in Form der linearen Verteilungsabschreibung dar. Beim Vergleich von Aufwandverrechnungen identischer absoluter Beträge, die sich in unterschiedlicher Weise auf die einzelnen Erfolgsperioden verteilen, ist das Zeitelement durch eine Zinsberechnung zu berücksichtigen. (vgl. den folgenden Abschnitt)

6.6.2.2 Sofortabschreibung und degressive Abschreibung

Gegenüber der linearen Abschreibung bedeuten die degressive Abschreibung und die Sofortabschreibung, die man als Sonderfall der degressiven Abschreibung auffassen kann, eine Vorverlagerung der Aufwandverrechnung.¹⁾ Die Vorteile der Vorverlagerung nach dem Gesichtspunkt der Kaufkrafterhaltung waren bereits an anderer Stelle zum Ausdruck gekommen.²⁾ Bei der erwähnten Betrachtungsweise entsteht z. B. bei Sofort-

1) Es muß betont werden, daß in der vorliegenden Arbeit nicht zur Diskussion steht, welches Verteilungsverfahren "richtig" ist. Nach Ansicht des Verfassers ist diese Frage nicht eindeutig zu beantworten, und die Antwort ist nur in der Auswirkung auf die Gewinnbesteuerung wirtschaftlich relevant.

2) Vgl. S. 82 "Kaufkraftfehlbeträge" bei verschiedenen Abschreibungsverfahren.

abschreibung theoretisch kein Kaufkraftverlust der Ersatzinvestition, da am gleichen Zeitpunkt durch den Abschreibungsvorgang liquide Mittel in entsprechender Höhe gebunden werden, deren Kaufkraft durch sofortige Reinvestition erhalten werden kann. Entsprechende Vorteile gegenüber linearer Abschreibung boten die verschiedenen Formen der degressiven Abschreibung.

Neben dieser von Zinsüberlegungen unabhängigen Darstellung wird im Hinblick auf die Kaufkrafterhaltung oder Sicherung der Wiederbeschaffung auch der Gesichtspunkt "time is money" einbezogen. Ein Vergleich der Abschreibungsverfahren sieht dann etwa so aus:

Beispiel: Abschreibung eines Anlagegutes

Anschaffungswert DM 10 000, -

Nutzungsdauer 10 Jahre, Zinssatz 7%

Die Abschreibung (= Bindung liquider Mittel)
erfolgt jeweils am Ende des Jahres.

Vergleich der verzinsten Abschreibungsgegenwerte am Ende
der Nutzungsdauer (Zinseszins, jährliche Kumulierung, in DM) 1)

Jahr (31.12)	Lineare Abschreibung ohne Zins	Abschreibung Gegenwert bei Zinses-	Degressive ohne Zins	Abschreibung Gegenwert bei Zinseszins	Sofortabschr. ohne Gegen- Zins wert bei Zinseszins
1.	1000	1838	2000	3976	10000 18380
2.	1000	1718	1600	2749	
3.	1000	1605	1280	2054	
4.	1000	1500	1024	1536	
5.	1000	1402	819	1148	
6.	1000	1310	655	858	
7.	1000	1225	524	640	
8.	1000	1147	419	481	
9.	1000	1070	336	360	
10.	<u>1000</u>	<u>1000</u>	<u>1343</u>	<u>1343</u>	
	10000	<u><u>13815</u></u>	10000	<u><u>15145</u></u>	10000 <u><u>18380</u></u>

Den Zinsvorteil bei Sofortabschreibung und degressiver Abschreibung gegenüber linearer Abschreibung von DM 4565, - bzw. DM 1330, - kann man dahingehend interpretieren, daß bei Verwendung von Fremdkapital und voller Ausschüttung des sich bei den einzelnen Verfahren ergebenden Periodengewinns (in Form von Gewinnsteuern und Dividenden) Fremdkapitalzinsen in entsprechender Höhe eingespart werden. Es ist jedoch auch möglich - vergleiche weiter unten die Darstellung von Terborgh - den Zinsvorteil nur auf die Steuerzahlung zu beziehen. Bei einer Gewinnbesteuerung von 50% entsprechen die Steuer"kredite" bei Sofortabschreibung und degressi-

ver Abschreibung einer Zinersparnis von DM 2282,50 bzw. DM 665,-. Der mit einem Verfahrenswechsel verbundene Zinsvorteil wird manchmal als Kompensation für höhere Kosten der Ersatzbeschaffung angesehen. Im vorstehenden Beispiel könnte unter Einbeziehung des Zinsvorteils bei degressiver Abschreibung am Ende des 10. Jahres eine Ersatzbeschaffung zu einem um 13,3% höheren Preis finanziert werden (6,65%, wenn man lediglich auf die Zinseinsparung durch die Steuerstundung abstellt).

Terborgh hat sich mit der Verstärkung der Abschreibungsdegression zur Kompensation von Kaufkraftverlusten beschäftigt, wobei er davon ausgeht, daß die Doppelraten-degression des amerikanischen Einkommensteuerrechts bei konstanten Preisen "richtig" ist.

Zur Darstellung einer Gesetzmäßigkeit geht er von folgenden Faktoren aus: ¹⁾

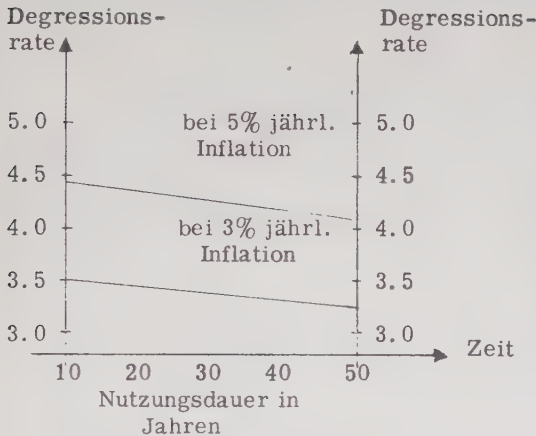
- 1) jährliche Inflationsrate
- 2) Nutzungsdauer
- 3) "interner" Zinssatz (value of money to the tax-payer)

Die Berechnung der verstärkten Degressionsrate (als Vielfache des Abschreibungsprozentsatzes bei linearer Abschreibung; bei der Doppelratenabschreibung ist - wie bereits erwähnt - der Abschreibungsprozentsatz das Zweifache des linearen Satzes) beruht auf dem Gedanken, daß der Gegenwartswert der Steuerersparnis bei Doppelratenabschreibung ohne Inflation dem Gegenwartswert der Steuerersparnis beim gesuchten Abschreibungsverfahren unter Berücksichtigung von Kaufkraftminderungen entsprechen soll. ²⁾ Für die praktische Berechnung kann man auch vom Gegenwartswert der periodischen Abschreibungsbeträge ausgehen, die zur Berücksichtigung von Preissteigerungen durch Division mit dem jeweiligen Index in Geldeinheiten mit der Kaufkraft am Investitionszeitpunkt umgerechnet werden.

Terborgh gibt die Ergebnisse dieser Berechnungen in folgender Aufstellung wieder:

-
- 1) "The degree of acceleration of historical cost depreciation required to offset the erosion of the accruals through inflation depends on .." in "The Tax Depreciation Problem" MAPI Capital Goods Review No. 34 Juni 1958 S. 9
 - 2) "...at what multiple must .. the declining-balance write-off .. be applied in order that the tax savings from the accruals, stated in dollars of investment, will equal the value of the tax savings from the double-rate application, similarly stated, when there is no inflation (the value of the tax savings in both cases measured by their present worth, at the point of investment, when discounted at the rate representing the value of money to the tax-payer)." a.a.O. S.10 - für die Berechnung s.a. S.20

Diskontierungs- satz 5 %



Degressive Abschreibungs-
verfahren (als Vielfache des
linearen Abschreibungssat-
zes), die bei 3% und 5%
jährlicher Inflation die glei-
chen Steuerersparnisse (mit
der Kaufkraft zu Beginn der
Investition) ergeben wie die
Doppelratenabschreibung bei
konstanten Preisen.

Die gewünschte Identität der Steuerersparnisse in Einheiten gleicher Kaufkraft ergibt sich z. B. bei einem Anlagegut mit 50-jähriger Nutzungsdauer und jährlicher Preissteigerung von 5% mit einer Anhebung des degressiven Abschreibungssatzes von 4% (das Zweifache des linearen Satzes) auf 8,2% (das 4,1-fache des linearen Satzes), wobei der Diskontierungssatz 5% beträgt. Je höher der Zinssatz gewählt wird, desto kleiner wird das notwendige Vielfache; auf die vorstehenden Angaben bezogen fällt es bei einem Diskontierungssatz von 10% von 4,1 auf 3,1 (nicht aus der Aufstellung ersichtlich).

Bei den angeführten Betrachtungen übersieht man gern, daß man zur Kompensation von Preissteigerungen einen relativen Vorteil bei einem Verfahrenswechsel heranziehen will. Geht man davon aus, daß die degressive Abschreibung das "normale" Abschreibungsverfahren darstellt, so entfällt in Zeiten steigender Preise der relative Vorteil gegenüber linearer Abschreibung. Findet z. B. bei einem Anlagenbestand mit gleichmäßiger Altersverteilung die Sofortabschreibung Anwendung, so werden zwar jedes Jahr die Aufwendungen zu tagesnahen Anschaffungskosten erfaßt, jedoch die liquiden Mittel für eine Ersatzbeschaffung zu höheren Preisen im folgenden Jahr nicht gebunden. Die Sofortabschreibung entspricht in ihrer Erfolgswirkung der Lohnzahlung,¹⁾ von der bereits gesagt wurde, daß auch für sie das finanzielle Problem einer "Wiederbeschaffung" zu höheren Preisen besteht. Wenn alle Investitionsausgaben eines Jahres in der gleichen Periode erfolgswirksam werden, so kann damit bei steigenden Preisen der Kapitalbedarf des folgenden Jahres nicht gedeckt werden. Die Finanzierung einer Wiederholung technischer Prozesse bei höheren Faktorpreisen kann aus eigener Kraft nur durch Einbehaltung von Erlösteilen über die An-

¹⁾ Es soll angenommen werden, daß in beiden Fällen keine Aktivierung unter Halb- und Fertigerzeugnissen erfolgt.

schaffungskosten hinaus erfolgen. Diesen Tatbestand nennt man nach der traditionellen Rechnung Selbstfinanzierung, und nach Ansicht des Verfassers besteht kein Grund, in Zukunft andere Bezeichnungen dafür zu wählen.¹⁾

6.7 Reinvestitions-Abschreibung (reinvestment depreciation)

Der Vorschlag einer Reinvestitions-Abschreibung für die steuerliche Gewinnermittlung wurde nach einem vorhergehenden Versuch zuletzt im Januar 1959 als Gesetzesvorlage im amerikanischen Repräsentantenhaus eingebracht.²⁾ Die von dem Wirtschaftsprüfer Maurice E. Peloubet ausgearbeitete Regelung hat große Beachtung in Wissenschaft und Praxis sowie die öffentliche Unterstützung zahlreicher Industrieorganisationen gefunden.³⁾

Die Grundlage der Reinvestitions-Abschreibung bildet die Konzeption der Wiederbeschaffung (replacement) in einer allgemeinen Form, d.h. es wird keine spezifische Wiederbeschaffung technisch verwandter Aggregate, sondern lediglich eine Reinvestition der Abschreibungsgegenwerte vorausgesetzt (auch Vermögensumschichtung, vgl. S. 43). Auch aus der Tatsache, daß ein Index für Anlagegüter Verwendung finden soll, könnte man schließen, daß es sich nicht um eine Methode der Kaufkrafterhaltung handelt, doch verwischen sich trotz klarer theoretischer Trennung die Unterschiede bei den praktischen Vorschlägen.

Die Reinvestitions-Abschreibung ist im wesentlichen durch die folgenden Gesichtspunkte gekennzeichnet:

- 1) Der Betrag der Abschreibung über den Anschaffungswert hinaus (Zusatzabschreibung) wird in der Periode ermittelt, in der die Anlagegüter ausscheiden.
- 2) Die Zusatzabschreibung ist steuerlich nur absetzbar, wenn in der

1) Ähnliches gilt auch für das LIFO-Verfahren, das für die Theorie der Wiederbeschaffung durch das NIFO (next in - first out) Verfahren ersetzt werden müßte.

2) 86. Kongreß, 1. Sitzungsperiode, House of Representatives Nr. 131 vom 7. Januar 1959, eingebracht vom Abgeordneten Keogh (Keogh-Bill)

3) Business Week vom 22. 2. 1958; H. T. McAnly führt folgende Organisationen an, die sich für die Reinvestitions-Abschreibung ausgesprochen haben: National Coal Association, American Cotton Manufacturers Institute, American Iron and Steel Institute, National Lithographers Association, American Pulp and Paper Association, Association of American Railroads. (in "An Appraisal of Reinvestment Depreciation", The Controller Oktober 1958 S. 472 ff) - Ähnliche Gedankengänge wurden 1949 von Leland G. Sutherland in "Depreciation of Current Costs" Current Business Studies März 1949 entwickelt; vgl. dazu E. C. Brown a.a.O. S. 102-110

Periode, in der die Anlagegüter ausscheiden, Anlageinvestitionen in Höhe der Anschaffungskosten und der Zusatzabschreibung der ausscheidenden Anlagegüter vorgenommen werden.

- 3) Nach der in den Gesetzentwurf aufgenommenen Variante wird der Betrag der Zusatzabschreibung von der Abschreibungsbasis der neuen Anlageinvestitionen der Periode abgezogen.

ad 1) Gegen die laufende Korrektur der Abschreibungsverrechnung während der Nutzungsdauer eines Anlagegutes wird oft vorgebracht, daß weder der Zeitpunkt der Wiederbeschaffung noch der Wiederbeschaffungspreis bzw. der Index für diesen Zeitpunkt bekannt sind und man auf subjektive Schätzungen angewiesen ist. Diese Einwendungen soll die Korrektur am Ende der Nutzungsdauer entkräften. An dem Zeitpunkt, an dem ein Anlagegut aus dem Betrieb ausscheidet (sold, abandoned or dismantled) - einige Autoren fordern lediglich "buchmäßiges" Ausscheiden¹⁾ - werden die Anschaffungskosten dieses Anlagegutes auf der Basis für relevant erklärter Indices umgerechnet und - bei steigenden Indices - die Differenz zwischen umgerechnetem Betrag ("Gegenwartswert") und Anschaffungskosten als Zusatzabschreibung ermittelt.

Beispiel: Anschaffungskosten DM 1000,-
 Index im Anschaffungsjahr 120
 Index im Jahr des Ausscheidens 168

Umgerechneter Betrag ("Gegenwartswert")	1000	$\frac{168}{120}$	=	1400
. /. Anschaffungskosten				1000
Zusatzabschreibung				400

Der so errechnete Betrag entspricht in seiner absoluten Höhe dem Ergebnis bei laufender Korrektur mit Nachholung, jedoch ist der Zeitpunkt der steuerlichen Absetzung, die noch an weitere Bedingungen geknüpft ist, verschoben.

Nach dem Gesetzentwurf sollen die Indexreihen von der Finanzverwaltung einheitlich für alle steuerpflichtigen Unternehmungen festgesetzt werden und die Preisentwicklung der allgemein benützten Anlagegüter widerspiegeln.

ad 2) Die Berücksichtigung von Wiederbeschaffungspreisen wird oft mit dem Argument abgelehnt, daß aus zahlreichen Gründen Ersatzbeschaffungen unterbleiben können und in der Praxis auch Kapazitätsschrumpfungen auftreten. Dementsprechend soll die Absetzung der Zusatzabschreibung nur soweit zulässig sein, als im Abrechnungszeitraum die Anlageinvestitionen die Anschaffungskosten der ausscheidenden Anlagegüter übersteigen (zu-

1) "... under the reinvestment depreciation provision .. retirements of assets be .. defined to include .. book retirement as well as physical retirement." H. T. Mc Anly a. a. O. S. 475

lässige Zusatzabschreibung = Reinvestitionsabschreibung). Diese Bestimmung wird etwas elastischer dadurch, daß man einen Vortrag nicht abgesetzter Zusatzabschreibungen für die zwei folgenden Geschäftsjahre vorsieht. Anforderungen an eine technische Verwandtschaft der im Abrechnungszeitraum ausscheidenden Anlagegüter mit den "wieder"beschafften Aggregaten werden nicht gestellt.

Beispiel: (in DM)

		<u>1959</u>	<u>1960</u>
(1)	Anschaffungskosten der ausscheidenden Anlagegüter	130 000	30 000
(2)	Umgerechnete Anschaffungskosten der ausscheidenden Anlagegüter ("Gegenwartswerte")	275 000	65 000
(3)=(2)-(1)	Zusatzabschreibung	145 000	35 000
(4)	Anlageinvestition	250 000	100 000
(5)=(4)-(1)	Überschuß der Anlageinvestitionen über die Anschaffungskosten der ausscheidenden Anlagegüter	120 000	70 000
(6)= der kleinere Betrag von (3)+(7) und (5)	Reinvestitionsabschreibung	120 000	60 000
(7)=	alter Vortrag	-	25 000
(8)=(3)-(6)	neuer Vortrag	25 000	

ad 3) Die Aussichten für eine steuerliche Anerkennung der Reinvestitionsabschreibung in der bis jetzt dargestellten Form - Abschreibung über den Anschaffungswert hinaus - wurden von ihren Vertretern nach eigenen Angaben als so gering beurteilt, daß bereits in den Gesetzentwurf eine wesentliche Änderung aufgenommen wurde. Die Reinvestitionsabschreibung soll danach die Abschreibungsbasis (Anschaffungskosten) der Anlageinvestitionen im Veranlagungszeitraum verkürzen; an die Stelle einer Mehrabschreibung (gegenüber Anschaffungskosten) der ausscheidenden Anlagegüter tritt am gleichen Zeitpunkt und in gleicher Höhe eine Abschreibungsvorverlagerung (gegenüber den traditionellen Verfahren) bei den neubeschafften Anlagegütern. Der Prozentsatz der einmaligen Absetzung von den Anschaffungskosten im Anschaffungsjahr wird durch das Verhältnis der gesamten Reinvestitionsabschreibung zum Betrag der Anlageinvestitionen im Veranlagungszeitraum bestimmt. Die normalen Abschreibungen

werden dann von der derart verkürzten Abschreibungsbasis berechnet.

Beispiel: (nach der obigen Aufstellung, in DM)

1959	Anlageinvestitionen	250 000	100%
	Reinvestitionsabschreibung	120 000	48%

Für die Anschaffungen des Jahres 1959 ist eine zusätzliche Abschreibung von 48% der Anschaffungskosten zulässig.

Der Vorschlag der Reinvestitionsabschreibung gibt mit dem Verzicht auf eine technische Verwandtschaft von "Ersatz"gut und ausscheidendem Anlagegut und der Verkürzung der Abschreibungsbasis im Anschaffungsjahr (in einer Version) den Versuch auf, eine Erfolgsrechnung nach der Theorie der Wiederbeschaffung zu schaffen. Es handelt sich, wie Peloubet selbst bemerkt, um eine Methode der Finanzierung¹⁾ (Selbstfinanzierung), deren steuerliche Begünstigung durch die Verwendung überbetrieblicher Indices aus dem Bereich subjektiver Urteile gerückt wird. Dementsprechend tritt die Berücksichtigung in der Handelsbilanz in den Hintergrund.²⁾ Im Hinblick auf die beiden Varianten (mit und ohne Kürzung der Abschreibungsbasis) geht es hier vor allem darum, ob und wie die steuerliche Absetzung beim Ausschäiden bzw. bei der Anschaffung während der Nutzungsdauer in den Periodenrechnungen nach Handelsrecht berücksichtigt werden soll. Auf eine Darstellung der dazu gemachten Vorschläge, bei denen der Ausweis von Forderungen bzw. Verbindlichkeiten gegenüber der Finanzverwaltung angeregt wird und die z. T. die Anwendung der behandelten Methoden für eine laufende Korrektur vorsehen, wird hier verzichtet.³⁾

Auf die gesamtwirtschaftliche Zweckmäßigkeit einer steuerlichen Begünstigung der Selbstfinanzierung - oder der Anerkennung von Abschreibungskorrekturen nach den realen Erhaltungsauffassungen, was materiell das Gleiche bedeutet - wird noch an anderer Stelle einzugehen sein.

-
- 1) "While accounting can and should be adapted to the reinvestment concept, it is essentially a financial method for providing funds for replacement and maintenance as and when needed." in "Tax Depreciation Allowances on Capital Equipment": US Senate 86th Congress 2nd Session 7. Januar 1960 Report No. 1017 US Gvt Printing Office, Washington.
 - 2) Vgl. die Ausführungen über das Verhältnis von Handelsbilanz zur Steuerbilanz S. 17 f.
 - 3) Vgl. den Aufsatz von Mc Anly und die Literatur über "Income Tax Allocation".

7 Abschreibungskorrekturen in der Wirtschaftspraxis

Um die Jahreswende 1957/58 führte das Institut der Wirtschaftsprüfer eine Meinungsumfrage zum Problem der "Preissteigerungs"abschreibung (price-level depreciation) durch, die sich an einen repräsentativen Querschnitt der amerikanischen Industrie wandte. Gewünscht wurde eine Stellungnahme zur Einführung der "current dollar cost of depreciation", unter der man auf Seiten der Fragesteller grundsätzlich eine Kaufkraftkorrektur verstand. Unter der Voraussetzung, daß das Messungsproblem gelöst werden könnte, befürworteten 69% der befragten Verwaltungen eine derartige Korrektur, wobei das Interesse der einzelnen Industriezweige parallel zu ihrer Kapitalintensität lief. Für den Fall, daß diesem Vorgehen die steuerliche Anerkennung versagt bliebe, sprachen sich nur 23% der Befragten für eine entsprechende Ausgestaltung der handelsrechtlichen Vorschriften aus.

Im Gegensatz zu diesen Meinungsäußerungen aus den Kreisen der Wirtschaft und der hervorragenden Stellung, die das Problem in der Literatur einnimmt, spielen Abschreibungskorrekturen in der Praxis eine geringfügige Rolle.¹⁾ Ein wesentlicher Anreiz ist - wie auch die Befragung ergab - mit der fehlenden Anerkennung durch die Finanzverwaltung genommen. Das Institut der Wirtschaftsprüfer hatte sich noch 1953 dafür ausgesprochen, die gestiegenen Beschaffungskosten in zusätzlichen Rechnungsunterlagen (supplementary statements, supplementary schedules), die zusammen mit handelsrechtlichen Unterlagen veröffentlicht werden, zu berücksichtigen. Nach einer Übersicht über die Bilanzierungspraxis der amerikanischen Aktiengesellschaften²⁾ gingen 1957/58 68 von 600 erfaßten Firmen in zusätzlichen Aufstellungen auf höhere Beschaffungskosten ein. Von der in den vorhergehenden Jahren noch in stärkerem Maße in Anspruch genommenen Möglichkeit, als Zwecksetzung von Rücklagen, Ersatzbeschaffungen zu höheren Preisen anzugeben, machten für diesen Zeitraum nur 5 von 600 Gesellschaften Gebrauch; bei einer von diesen, B. F. Goodrich Co. steht z. B. in der Bilanz zum 31. 12. 1957 auf der Passivseite folgender Posten:

Reserves:

For increased replacement cost of facilities

Appropriated from Income Retained

for Use in the Business

\$ 33 000 000, -

1) "Notwithstanding the apparent prevalence of managerial opinion to the contrary actual depreciation practice in the US remains firmly anchored to historical cost." N. A. A. Research Series No. 33 vom 1. April 1958 "Current Practice in Accounting for Depreciation" S. 12; "... provisions for price-level depreciation in financial statements seem to be almost as rare as vacations during the tax season." JofA September 1959 S. 16

2) "Accounting Trends and Techniques" American Institute of Certified Public Accountants" New York 1958

In einer etwas kuriosen Situation befinden sich die Public Utilities in den wenigen Bundesstaaten, die eine Tarifbildung nach dem "fair value" im Gegensatz zur Anschaffungswertbasis zulassen.

Hierzu folgendes Beispiel: 1)

Die Iowa-Illinois Gas and Electric Company hatte in der Gewinn- und Verlust-Rechnung zum 31.12.1958 zusätzlich \$ 420 000 "Preissteigerungs"abschreibung (price-level depreciation, an anderer Stelle auch fair value depreciation genannt) als Aufwand eingesetzt. Dieser Aufwandposten findet nach der Rechtssprechung des Obersten Gerichtshofes von Iowa bei der Tarifbildung Berücksichtigung, wird jedoch von der Finanzverwaltung (nach Bundesrecht) nicht als Absetzung anerkannt. Entsprechend mußte eine Einkommensteuerverbindlichkeit in Höhe von \$ 222 000 ausgewiesen werden, die Differenz von 198 000 wurde als Sonderposten auf der Passivseite eingestellt.

Buchung per Aufwand (fair value depreciation)	420 000, -
an Passivkonten	
Steuerverbindlichkeiten	222 000, -
Sonderkonto "Capital maintained by recovery of fair value depreciation"	198 000, -

Da die Aktien der Iowa-Illinois Gas and Electric Co. an der Börse notiert werden, war der Jahresabschluß bei der Securities and Exchange Commission einzureichen, die ihn - wie zu erwarten war - ablehnte und die Darstellung des Betrages von 198 000 als einbehaltenen Gewinn forderte. Dieser Forderung wurde mit der Einreichung und Veröffentlichung eines entsprechenden Abschlusses - unter Beifügung einer protestierenden Fußnote - entsprochen. Obwohl die Reaktion der SEC feststeht, hat die Prozedur der Einreichung, Ablehnung und Wiedereinreichung für die Gesellschaft den Sinn, daß sie damit - auch gegenüber den lokalen Tarifpartnern - ihre Überzeugung von der Realität der "fair value" Abschreibung dokumentiert. Die Abschlußprüfer gehen in der Regel - in diesem Fall nur beim ersten Abschluß - einen goldenen Mittelweg, indem sie im Prüfungsvermerk darauf hinweisen, daß die vorliegende Rechnungsmethode zwar nicht den Grundsätzen ordnungsgemäßer Buchführung entspricht, jedoch ihre persönliche Billigung findet und ein faires Ergebnis wiedergibt.

Wenn man die Frage nach der in diesen Sonderfällen angewandten Rechnungstechnik stellt, geht man fehl mit der Annahme, daß die Praxis andere als die in der Theorie diskutierten Lösungen gefunden hat oder eine bestimmte Methode bevorzugt. Soweit Einzelheiten bekannt wurden, kann man daraus schließen, daß unterschiedliche Umrechnungsverfahren (mit und ohne Nachholung) und unterschiedliche Indices sowie auch Tageswertschät-

zungen jeweils den Tatbestand der "fair value" Abschreibung erfüllten.¹⁾ In einem Prüfungsvermerk heißt es z. B., daß die Umrechnung auf Einheitsdollars auf Grund von Indices und nach einer Methode erfolgten, die von einem beratenden Ingenieur festgelegt wurde.²⁾

Während diese vereinzelt Vorgänge bei den gemischtwirtschaftlichen Betrieben lediglich registrierende Beachtung finden, erregten ähnliche Maßnahmen führender privatwirtschaftlicher Aktiengesellschaften in den Jahren 1947/48 erhebliches Aufsehen. Im folgenden sind die Korrekturversuche bei der US-Steel Corporation, der Chrysler Corporation und bei E. I. Dupont de Nemours sowie die Reaktionen, die sie auslösten, kurz wiedergegeben.³⁾

Die US-Steel erhöhte im Abschluß für das Geschäftsjahr 1947 die Abschreibungen auf den Anschaffungswert in Höhe von 87.7 Millionen \$ um 30% auf 114.0 Millionen \$. Nach Angaben der Verwaltung stellte dieses Vorgehen einen Schritt auf dem Weg dar, mit der Abschreibung Dollars geringerer Kaufkraft in der Höhe einzubehalten, daß sie der Kaufkraft der an früheren Zeitpunkten investierten Geldmittel entsprechen. Man begründete diese Maßnahme weiterhin mit einer Ausdehnung der LIFO-Methode, die in einem kurz vorher ergangenen Urteil auch in einer Indexvariante (für Einzelhandelsgeschäfte) steuerlich anerkannt worden war. Im Hinblick auf die Rechentechnik wurde angegeben, daß sowohl Preisänderungen bei Beschaffungsvorgängen als auch Baukosten-Indices berücksichtigt wurden.⁴⁾

Nachdem die Wirtschaftsprüfer (Price Waterhouse & Co.) in entgegenkommender Form - bis jetzt entspräche dieses Verfahren nicht den Grundsätzen ordnungsgemäßer Buchführung - den Bestätigungsvermerk eingeschränkt hatten, sprachen sich sowohl das Institut der Wirtschaftsprüfer als auch die Securities and Exchange Commission gegen die Rechnungsmerkmale aus. In der Zwischenzeit hatte die Gesellschaft in den Vierteljahresbilanzen der ersten 3 Quartale des Jahres 1948 die zusätzlichen Abschreibungen auf 60% der Abschreibungen auf den Anschaffungswert erhöht.

-
- 1) Grundlage bildet die "klassische" Definition des fair market value = price which property will bring when offered for sale, by a willing seller to a willing buyer neither being obliged to buy or sell (vgl. die Definition des gemeinen Wertes).
 - 2) Indiana Telephone Corporation 1957 "...dollars .. converted to the common denominator of the current dollar by the use of indexes and method determined by a consulting engineer." JofA Januar 1958 S. 49
 - 3) Nach den Jahresberichten dieser Gesellschaften und dem Aufsatz von George D. Bailey "Relationship of Accounting to other Factors in Accurate Reporting of Inflationary Income" JofA November 1948 S. 374 ff
 - 4) Vgl. diese Angaben im Annual Report 1947

In Anbetracht der Stellungnahmen der SEC und des Instituts der Wirtschaftsprüfer wurden der Abschluß für das Jahr 1947 berichtigt und dort, sowie in der Bilanz für 1948, anstelle der Mehrabschreibung wegen Preissteigerungen Beträge in gleicher Höhe als Abschreibungsvorverlagerung wegen erhöhter Kapazitätsausnutzung eingestellt.¹⁾ Diese Methode sah zusätzlich zu der linearen Abschreibung eine Absetzung von jeweils 10% im Jahr der Anschaffung und im darauffolgenden Jahr vor. Gegen dieses Abschreibungsverfahren, das nicht mit Preissteigerungen begründet wurde, wurden handelsrechtlich keine Einwendungen erhoben; es fand jedoch steuerlich keine Anerkennung. US-Steel machte bis zum Jahr 1952 davon Gebrauch, als es durch eine Sonderabschreibung auf Anlagen für die Landesverteidigung (Amortization of Emergency Facilities; vgl. S. 20 dieser Arbeit) abgelöst wurde. Mit Auslaufen der Sonderabschreibung nahm die Gesellschaft in den Vierteljahresabschlüssen des Jahres 1959 ihr Verfahren der Abschreibungsvorverlagerung wieder auf.

Nähere Einzelheiten über die Berechnung der Mehrabschreibung wegen Preissteigerungen wurden seinerzeit nicht bekannt. Im Jahresbericht für 1956 machte die Verwaltung von US-Steel Angaben über die Berechnung einer "price-level" Abschreibung, auf die in statistischen Aufstellungen eingegangen wurde.²⁾

Hiernach wurden die normalen Abschreibungen eines Jahres - ohne Sonderabschreibungen oder Abschreibungsvorverlagerung - nach den Anschaffungsjahren der Abschreibungsgegenstände aufgegliedert. Jeder Teilbetrag wurde an die Indexentwicklung vom Anschaffungs- bis zum Berichtsjahr angepaßt, d. h. um den der Indexentwicklung entsprechenden Prozentsatz erhöht (vgl. S. 107 dieser Arbeit). Als Index fand der Baukostenindex einer Fachzeitschrift, des "Engineering News Record", Verwendung. Bei einer Zusammenfassung der Fehlbeträge mehrerer Berichtsjahre wurde keine weitere Umrechnung vorgenommen, also auf eine Nachholung verzichtet; die Zusammenfassung enthielt, wie angegeben wurde, Dollars der einzelnen Berichtsjahre und nicht Dollars des letzten Berichtsjahres.

Der Abschluß der Chrysler Corporation für das Jahr 1947 enthielt zusätzliche Abschreibungen in Form einer Abschreibungsvorverlagerung. Im Gegensatz zu US-Steel, die ihre Mehrabschreibungen mit Vorstellungen einer realen Erhaltung begründet hatte, berief sich Chrysler auf ihre gestiegenen Kosten, die man nur wegen der gegenwärtig erhöhten Nachfrage akzeptiert habe und auch zu diesem Zeitpunkt abschreiben wolle. Die SEC war mit dieser Erklärung im Geschäftsbericht nicht einverstanden und forderte eine klarere Verbindung des Abschreibungsverfahrens mit der Produktion. Mit der Begründung, daß die Beanspruchung von Anlagegütern in der Produktion in den ersten Jahren nach der Anschaffung besonders groß sei, ent-

1) "In view of the disagreement . . US-Steel has adopted a method of accelerated depreciation on cost instead one based on purchasing power recovery . ." Annual Report 1948

2) Annual Report 1956 S. 26

sprach die Verwaltung dieser Forderung und leitete mit der "Chrysler Formula" eine Welle von Maßnahmen der Abschreibungsvorverlagerung und letzten Endes wohl auch die allgemeine steuerliche Anerkennung der degressiven Abschreibung im Jahr 1954 ein.

Du Pont begründete im Abschluß des Jahres 1947 zusätzliche Abschreibungen mit "übermäßigen" (excessive) Beschaffungskosten. Im Gegensatz zu Chrysler - vor allem nach der zweiten Formulierung - betrafen diese Abschreibungen Anlagen, die im Berichtszeitraum im Bau waren, also nicht zur Produktion eingesetzt wurden; auch wurde nicht die Abschreibung der gesamten Anschaffungswerte beschleunigt, sondern nur der als übermäßig angesehene Betrag abgesetzt. Auch dieses Vorgehen fand nicht die Billigung der SEC, und die Verwaltung entschloß sich, in gleicher Höhe Rücklagen zu bilden.

Es ist nicht notwendig, auf diese Versuche, steigenden Beschaffungskosten bei der Erfolgsermittlung Rechnung zu tragen, näher einzugehen. Bei den ersten Formulierungen von Chrysler und du Pont dürfte die Vorstellung, daß es sich um reversible Preisbewegungen handelt, eine Rolle gespielt haben. Paton, der - wie bereits erwähnt - Verfechter einer Erfolgskorrektur nach den Vorstellungen einer Kaufkrafterhaltung ist, hat die Maßnahmen des Jahres 1947 insgesamt als "not very well thought out" bezeichnet.¹⁾ Bemerkenswert sind der rasche Wechsel zwischen den Abschreibungsverfahren - Abschreibungen über den Anschaffungswert hinaus, Sonderabschreibungen und systematische Abschreibungsvorverlagerungen - sowie der Übergang auf die Bildung von Rücklagen, die sehr für die These sprechen, daß es sich grundsätzlich um ein finanzielles Problem handelt.

Es ist schwer, ein Urteil darüber zu gewinnen, in welchem Ausmaß für interne Zwecke Preissteigerungen bei der Berechnung von Abschreibungen berücksichtigt werden. Eine Untersuchung der National Association of Accountants, einer Vereinigung von in der Industrie tätigen Fachleuten des Rechnungswesens, über die Abschreibungspraxis, kam 1958 zu dem bereits zitierten Schluß, daß die Stellung der Abschreibung auf den Anschaffungswert unerschütterter sei. Es wird angegeben, daß von den 55 an der Umfrage teilnehmenden Firmen (darunter die Chrysler Corporation, Dunlop Tire and Rubber Co., General Foods Corporation, US-Steel Corporation) "ein paar" (a few) regelmäßig Abschreibungen auf den Tageswert ermitteln.²⁾ Während die Auswirkungen dieser Berechnungen auf die Preiskalkulation oder auf die Maschinenbelegung hier nicht zur Diskussion stehen, führt der Bericht weiter aus, daß zwei Gesellschaften eine Gewinn- und Verlustrechnung mit Abschreibungen auf den Tageswert als Grundlage für die Dividendenfestsetzung verwenden. E.C. Brown zitiert im Gegensatz dazu die Ansicht einer Geschäftsleitung, daß die Abschreibung auf den

1) "Unfortunately the preliminary treatments proposed and experimented with a number of leading companies were not very well thought out." "Asset Accounting" a.a.O. S. 351

2) N.A.A. Research Series No. 33 a.a.O. S. 33

Tageswert keinen Einfluß auf die Dividendenpolitik habe, da hierfür der zukünftige Kapitalbedarf (und nicht die umgerechnete Vergangenheit, d. Verf.) maßgebend sei.¹⁾

Als Gründe für das augenscheinlich geringe Interesse des Management an Abschreibungskorrekturen werden die mangelnde Unterrichtung über Fragen der realen Erhaltung und das Argument vorgebracht, daß vielfach der Markt keine Realkosten vergütet. Die letzte Begründung läuft darauf hinaus, daß man den Ausweis "nominaler" Gewinne einer Errechnung "realer" Verluste vorzieht. In die gleiche Richtung deutet auch das oft angeführte Argument, daß sich das Management nicht ungern mit den hohen - inflationären - Gewinnen identifiziert²⁾ und auch bereit ist - wie vor allem die Gewerkschaften schnell herausfanden - seinen Anteil in Form von Tantiemen und Gehaltserhöhungen in Anspruch zu nehmen.

Es finden sich kaum Anhaltspunkte dafür, daß die Wirtschaftspraxis eine im Hinblick auf Preissteigerungen korrigierte Abschreibung in der Erfolgsrechnung als relevant für die Entscheidungsbildung ansieht.

1) "Our special depreciation method has no effect on dividend policy. After considering the future capital needs, the directors appropriate dividends as a residual amount." nach E.C. Brown a.a.O. S. 60

2) "...the reluctance of many businessmen to adopt accounting reforms which would adjust costs to reflect depreciation in the purchasing power of the dollar may be ascribed in part to their willingness to take full credit for the tremendous increase which reduction in the value of the dollar has caused in .. their reported net-income" in "Changing Concepts ..." a.a.O. S. 101

8 Finanzierung und steigende Preise

8.1 Selbstfinanzierung

Die Einbehaltung über das eingesetzte Geldkapital hinausgehender Erlösteile entspricht dem Tatbestand der Selbstfinanzierung, die - ausgelöst durch das Interesse der Eigentümer - für die Entwicklung der Unternehmungen in Deutschland wie in den USA von entscheidender Bedeutung war. Nun ist auch die Einbehaltung von Geldbeträgen zum Zwecke der Substanzerhaltung oder einer Erhaltung der Ertragskraft ein finanzieller Vorgang, und die hohen Quoten der Selbstfinanzierung in der US-Wirtschaft in den vergangenen Jahren werden zu Recht damit in Verbindung gebracht. An diesem Punkt gehen jedoch die Auffassungen weit auseinander. Die einen sehen in der Bereitstellung von Geldmitteln für zukünftige Investitionen ausschließlich ein finanzielles Problem, während z. B. die Anhänger einer bilanziellen Abschreibung auf den Wiederbeschaffungswert die geplanten Investitionen in die Erfolgsrechnung für vor dem Investitionszeitpunkt liegende Perioden einbeziehen wollen und einen entsprechenden Erfolgsbegriff bilden (real profit, economic profit, Gewinn vom Standpunkt der Substanzerhaltung).

Eine entsprechende Definition des Periodenerfolgs erhöht nun die der Unternehmung zufließenden Mittel nicht, dagegen entfällt oder verringert sich als eine direkt von der ausgewiesenen Gewinnziffer abhängige - nicht dispositive - Ausgabe der Betrag der abzuführenden Gewinnsteuern. Diesem aus der Interessenslage der Eigentümer unbestreitbaren Vorzug der Erfolgsdefinition - hier dürfte auch das Motiv für einen beträchtlichen Teil der Forderungen nach einer Korrektur der traditionellen Rechnung liegen -, stellt man in der Theorie die Auswirkungen auf die Entscheidungsbildung in der Unternehmung zur Seite. Wenn dem Eigentümer im Interesse der Gesamtwirtschaft auch der Vorzug der geringeren Steuerzahlung zugestanden werde, so werde durch die "echte" Erfolgssziffer - zumindest bei den Kapitalgesellschaften - zum "Nachteil" des Eigentümers der zur Ausschüttung zur Verfügung stehende Betrag beschnitten. Wie das Ausmaß der ausgewiesenen offenen Reserven zeigt,¹⁾ - über die Höhe der stillen Reserven kann man nur Vermutungen anstellen - waren in der Vergangenheit die Eigentümer jedoch auch im eigenen Interesse bereit, auf Gewinnausschüttungen zu verzichten. Es ist zwar denkbar, daß kurzfristige Aktionäre Gegenwartsdividenden höher einschätzen als Zukunftsdividenden, doch werden diese sich zumeist unter den Anteilseignern befinden, deren Stellung gegenüber einer von der Notwendigkeit der Einbehaltung überzeugten Verwaltung schwach ist. Die Behauptung, daß die heute praktizierte Reservenbildung willkürlich ist,²⁾ muß man im Zusammenhang mit den bereits behandel-

1) Vgl. S. 130 f

2) Vgl. in Deutschland Hax Karl a.a.O. S. 281 "... die willkürliche Bildung stiller Reserven, die praktisch heute die Funktionen erfüllt, welche von uns der Substanzerhaltungsrücklage zugedacht sind" - Die Diskussion in den USA sieht fast ausschließlich das Problem der Besteuerung.

ten Schwierigkeiten einer Quantifizierung der Substanzerhaltungskonzeption beurteilen.

Die weiteren Einwirkungen der korrigierten Erfolgsziffer in Zeiten steigender Preise auf die Unternehmerdispositionen, vor allem auf die Investitionsentscheidung, werden an anderer Stelle behandelt.¹⁾ Hier muß nur darauf hingewiesen werden, daß die Unternehmerentscheidung, die den Einnahmestrom vergrößert, nämlich die Preisbildung in bestimmten Marktförmigen, völlig unabhängig von der Erfolgsrechnung getroffen werden kann. In einem Grenzgebiet des marktwirtschaftlichen Systems, bei der Abrechnung von Privatunternehmen an öffentliche Auftraggeber zu Selbstkostenerstattungspreisen (cost plus fixed fee, cost plus incentive fee), hat jedoch die Anerkennung der Wiederbeschaffungstheorie eine unmittelbare Erhöhung der Erlöse zur Folge. Hier liegt neben der Steuererleichterung ein weiterer Beweggrund, aus dem im Interesse der Eigentümer eine Anerkennung der Substanzerhaltungskonzeption gefordert wird. Die in diesem Zusammenhang von den Public Utilities geführten Prozesse wurden bereits mehrfach erwähnt.

Die Diskussion über "Schein"gewinne beschäftigt sich regelmäßig mit der Auswirkung von Preissteigerungen bei den Aufwandsgütern (input), während die Preisentwicklung bei den Ertragsgütern (output) geringere Beachtung findet. Dieses Vorgehen ist bei theoretischen Untersuchungen angebracht, die sich mit einem Aufwandbegriff beschäftigen, dem bestimmte nicht-monetäre Erhaltungsfunktionen unterlegt werden. Soweit man aber in Zeiten steigender Preise gegen die Gewinnbesteuerung argumentiert, daß sie zu einem Eingriff in die Substanz führt oder sogar die Existenz zahlreicher Unternehmungen gefährdet, muß auch die andere Komponente der Gewinnberechnung, die Preisentwicklung auf dem Absatzmarkt in die Untersuchung einbezogen werden. Man könnte z. B. etwas oberflächlich argumentieren, daß sich in Zeiten steigender Preise die Gewinne auch in einem solchen Ausmaß erhöhen, daß sich die absolute Stellung der Unternehmungseigentümer auch unter Berücksichtigung realer Erhaltungskonzeptionen nicht verschlechtert.

Eine nähere Untersuchung derartiger Aussagen bedarf heroischer Annahmen und eines weitgehenden Verzichts auf das Instrumentarium der Preistheorie. Es war schon an anderer Stelle gesagt worden, daß eine Wiederbeschaffung zu höheren Preisen auch die Erwartung einschließt, daß der Verkaufspreis ebenfalls steigt, da das Unternehmungsziel in der Wiederveräußerung der Sachgüter gegen Mehrgeld besteht. Bei einer einmaligen Preissteigerung der Aufwandsgüter entsteht ein finanzielles Problem in Form des zusätzlichen Kapitalbedarfs, der die Mehrausgaben in dem Zeitraum umfaßt, in dem die Einnahmen noch auf den alten Preisen, die Ausgaben dagegen auf den neuen Preisen basieren. Man kann nun an dem Modell eines kontinuierlichen (synchronisierten) Umsatzprozesses die Annahme machen, daß am gleichen Zeitpunkt, an dem die Preise der Beschaf-

fungsgüter steigen, auch die Preise auf dem Absatzmarkt erhöht werden können. Für eine monopolistische Marktsituation kann man diesen Tatbestand so umschreiben, daß auch die zu den niedrigeren Anschaffungspreisen beschafften Sachgüter in die Kalkulation des Verkaufspreises mit dem Tageswert eingehen.

Beispiel: Eine Taxiunternehmung verwendet 5 Taxis, die am Bilanzstichtag (31.12.) 5, 4, 3, 2 und 1 Jahr alt sind (gleichmäßige Altersverteilung). Anschaffungspreis je DM 10 000, Nutzungsdauer 5 Jahre, lineare Abschreibung. Am Anfang jedes Jahres scheidet ein Taxi aus und wird durch ein neues ersetzt (weitere Ausgaben werden vernachlässigt). Die jährlichen Einnahmen betragen DM 21 000, Gewinnsteuer 50%.

	<u>Erfolgsrechnung</u>		<u>Finanzmittelrechnung</u>	
1. Jahr (konstante Preise)	Ertrag	21 000	Einnahmen	21 000
	Aufwand	10 000	Ausgaben	
	(Abschreibung)		Ersatzbeschaffung	10 000
	Gewinn	11 000	Steuer	5 500
	./. Gewinnsteuer	5 500	Veränderung der Finanzmittel	+
	Gewinn nach Steuer	5 500	= Privatentnahme ("Dividende")	5 500

Zu Beginn des 2. Jahres erhöht sich der Kaufpreis für ein Taxi um 20%. Gleichzeitig wird der Fahrpreis ebenfalls um 20% erhöht.

	<u>Erfolgsrechnung</u>		<u>Finanzmittelrechnung</u>	
2. Jahr (höhere Preise)	Ertrag	25 200	Einnahmen	25 200
	Aufwand	10 400	Ausgaben	
	Gewinn	14 800	Ersatzbeschaffung	12 000
	./. Gewinnsteuer	7 400	Steuer	7 400
	Gewinn nach Steuer	7 400	Veränderung der Finanzmittel	+
				5 800

In den folgenden Jahren verbessert sich die finanzielle Position laufend, da sich mit der steigenden Aufwandsziffer die Steuerzahlung verringert. Für das 6. Jahr, in dem der gesamte Aufwand zu den höheren Preisen erfaßt wird, ergibt sich folgendes Bild:

	<u>Erfolgsrechnung</u>		<u>Finanzmittelrechnung</u>	
6. Jahr (höhere Preise)	Ertrag	25 200	Einnahmen	25 200
	Aufwand	12 000	Ausgaben	
	Gewinn	13 200	Ersatzbeschaffung	12 000
	./. Gewinnsteuer	6 600	Steuer	6 600
	Gewinn nach Steuer	6 600	Veränderung der Finanzmittel	+ 6 600

Im vorliegenden Beispiel, das eine einmalige Preisanhebung darstellt, ist es möglich, im Jahr der Preissteigerung den höheren Kapitalbedarf für Ersatzbeschaffung und Steuerzahlung aus den Einnahmen zu decken, ohne daß das "Einkommen" (die Privatentnahme oder Dividende) dadurch beeinträchtigt wird. Soweit man allerdings allgemeine Preissteigerungen in die Überlegung einbezieht und eine Erhaltung der Kaufkraft der Dividende ("Real"-dividende) fordert - in unserem Fall eine um 20% erhöhte Privatentnahme - kann eine derartige Ausschüttung ohne Gefährdung der Ersatzbeschaffung aus eigenen Mitteln erst am Ende des 6. Jahres durchgeführt werden.

Es muß betont werden, daß das behandelte Beispiel keine allgemeine Gesetzmäßigkeit widerspiegelt. Die Antwort auf die Frage, wie weit durch Selbstfinanzierung - ohne Beeinträchtigung der Dividendenzahlung - der Kapitalbedarf für die Wiederholung technischer Prozesse bei höheren Preisen gedeckt werden kann, hängt von verschiedenen Voraussetzungen ab. Die wichtigste bezieht sich auf das zeitliche Verhältnis zwischen der Preisanhebung bei den Aufwandsgütern und der Preisanhebung bei den Ertragsgütern. Die einfache Annahme, daß unter inflationären Verhältnissen zuerst die "Kosten" und dann die "Preise" steigen, wird der wirtschaftlichen Wirklichkeit nicht gerecht und muß einzelwirtschaftlich durch eine Betrachtung der spezifischen Marktsituation der Unternehmung ersetzt werden. Für das Ausmaß der Möglichkeiten der Selbstfinanzierung in Zeiten steigender Preise gilt mutatis mutandis die Aussage der Verteilungstheorie, daß Inflationen durch eine Einkommensumverteilung von den Personengruppen, für deren Leistungen die Preise langsamer steigen als die Kosten, zu den Einkommensbezieher, für deren Leistungen die Preise schneller steigen als die Kosten, gekennzeichnet sind.

Als weitere Faktoren sind die Gewinnspanne (vor der Preiserhöhung) und der Steuersatz zu berücksichtigen. E.C. Brown, der zahlreiche Hypothesen über die Preisentwicklung auf dem Beschaffungs- und Absatzmarkt und ihre Auswirkung auf den Finanzfluß in der Unternehmung durchgerechnet hat, kommt z. B. an einem Modell, das die Situation der US-Industrie aus der Sicht des Jahres 1949 wiedergeben soll, zu dem Schluß, daß erst bei einem Körperschaftssteuersatz von mehr als 60% die Finanzierung von Ersatzbeschaffungen im Anlagevermögen einen Rückgriff auf den Kapitalmarkt

erforderlich machen würde.¹⁾

Eine Reihe von Autoren hält es für logischer, die mit Preissteigerungen verbundenen finanziellen Probleme im Rahmen der Selbstfinanzierung anstatt durch eine Aufwand"korrektur" zu lösen; mit Ausnahme der Terminologie besteht der wesentliche Unterschied natürlich darin, daß im ersten Fall die Kapitalansammlung durch die Gewinnbesteuerung erschwert wird.²⁾ Diese Auffassung stimmt mit dem Vorgehen der Praxis überein, bei der Bemessung der Dividende (Ermittlung des ausschüttbaren Gewinns) zukünftige Kapitalanforderungen - aber nicht umgerechnete Vergangenheitswerte - zu berücksichtigen. Die Securities and Exchange Commission hat inoffiziell auf die Möglichkeit hingewiesen, im Rahmen der Preis- und Dividendenpolitik den Preissteigerungen bei Aufwandsgütern zu begegnen.³⁾

Das Argument, daß der Hinweis auf höhere Preise auf dem Absatzmarkt die gesamtwirtschaftlich gefährliche Aufforderung enthält, Preiserhöhungen mit Preiserhöhungen zu beantworten, vereinfacht zu sehr die Kausalverhältnisse bei der Preisbildung. Es läßt sich mit gleicher Berechtigung darlegen, daß eine "inflationäre" Mehrnachfrage eine Preiserhöhung ermöglicht, die von der Unternehmung unabhängig von der Preisentwicklung der spezifischen Aufwandsgüter wahrgenommen werden kann.⁴⁾

- 1) "In our hypothetical case, it would appear that firms will be able to finance from internal sources the additional capital necessary for higher price levels if they are satisfied simply to maintain their assets intact. . . If taxes become high, however the financing of this higher price level requires outside fund or a reduction in the real value of dividends. The point at which this seems to take hold is around 60% of net profits. . . " a.a.O. S. 40
- 2) Vgl. z. B. Richard C. Osborn: "In many respects it is more logical and equitable for a business to provide the increased fixed capital, needed as the result of inflation out of additional investments rather than permit its accumulation on a tax-free basis as additional depreciation" in "Corporation Finance". Harper & Brothers New York 1959 S. 430
- 3) "The problem of inflation as far as corporate management is concerned boils down to prudent conservation of accretions to the stockholders investment; the determination of a prudent dividend policy and the determination of proper pricing policies insofar as those are within the control of the corporate management" Harvey M. Spear "Depreciation Accounting Under Changing Price Levels" Accounting Review Oktober 1949 S. 373 - vgl. auch Harvey M. Spear "Dividend Policies Under Changing Price Levels" HBR 1949 S. 612 ff (der Autor ist an leitender Stelle in der SEC tätig).
- 4) Vgl. z. B. die Ansicht von Seltzer "... a part of the extraordinary profits in 1946 and 1947 was doubtless due to a more or less unexpected rise in the real value of .. inventories as a result of the sudden release of demand that had pent up during the war." a.a.O. S.81

Die statistischen Unterlagen zeigen eine gewisse Korrelation zwischen der Bewegung der Preisindices, der absoluten Höhe der Gewinne und dem Ausmaß der Reservenbildung. Daß bei höheren Gewinnen die Rate der Selbstfinanzierung ansteigt, ist einmal damit zu erklären, daß bei vorgegebener Dividendenausschüttung ("Kapitaldienst") die Rücklage als Residuum des Periodengewinns anfällt; auf der anderen Seite wird in vielen Fällen ein höherer Kapitalbedarf zu einer Begrenzung der Dividendenausschüttung führen.

Gewinne und Rücklagenbildung bei den amerikanischen
Aktiengesellschaften (Corporations) 1929 - 1959 ¹⁾ (in Milliarden. \$)

Jahr	Gewinn nach Steuern	Dividenden- ausschüttung	Einbehaltene Gewinne absolut	in % v. (1)
	(1)	(2)	(3)	(4)
1929	8.3	5.8	2.4	29
30	2.5	5.5	-3.0	
31	-1.3	4.1	-5.4	
32	-3.4	2.6	-6.0	
33	-0.4	2.1	-2.4	
34	1.0	2.6	-6.0	
35	2.2	2.9	-0.7	
36	4.3	4.5	-0.2	
37	4.7	4.7		
38	2.3	3.2	-0.9	
39	5.0	3.8	1.2	24
40	6.5	4.0	2.4	37
41	9.4	4.5	4.7	52
42	9.5	4.3	5.2	55
43	10.5	4.5	6.0	57
44	10.4	4.7	5.7	55
45	8.3	4.7	3.6	43
46	13.4	5.8	7.7	57
47	18.2	6.5	11.7	64
48	20.5	7.2	13.3	65
49	16.0	7.5	8.5	53
50	22.8	9.2	13.6	60
51	19.7	9.0	10.7	54
52	17.2	9.0	8.3	48
53	18.1	9.2	8.9	49
54	16.8	9.8	7.0	42
55	23.0	11.2	11.8	51
56	23.5	12.1	11.3	48
57	22.2	12.5	9.7	44
58	18.9	12.4	6.5	34
59	24.6	13.2	11.4	46

¹⁾Economic Report of the President 1960 a. a. O. S. 220

Obwohl eine Quantifizierung nicht möglich ist, kann man vielleicht sagen, daß die durch Rücklagenbildung finanzierten Erweiterungsinvestitionen auch Investitionen umfassen, die nach realen Konzepten lediglich der Erhaltung dienen.¹⁾ Es fällt jedoch schwer, aus der Entwicklung der Dividendenausschüttungen größere Finanzierungsnöte oder sogar eine Existenzbedrohung der Unternehmungen in Zeiten steigender Preise abzulesen. Wenn man argumentiert, daß die höheren Gewinne auch das Wachstum der Wirtschaft widerspiegeln²⁾ und daß es nicht richtig sei, Teile dieser Gewinne zur Deckung des höheren Kapitalbedarfs bei den "alten" Umsatzprozessen verwenden zu müssen, so wird man dem vielleicht entgegenhalten, daß Gewinne grundsätzlich ein Phänomen der wachsenden Wirtschaft sind. Zum anderen wird man sich darüber einigen müssen, in wie weit Preissteigerungen das Wachstum günstig beeinflussen oder ob umgekehrt übermäßige kreditfinanzierte Investitionen Preissteigerungen induzieren. Ohne eine Analyse komplexer volkswirtschaftlicher Zusammenhänge und ohne Einbeziehung institutioneller Faktoren läßt sich keine allgemeine Aussage darüber machen, welche Größenordnungen Wirtschaftswachstum und Gewinne bei Konstanz bestimmter Indices erreicht hätten. Auf einige gesamtwirtschaftliche Gesichtspunkte wird noch an anderer Stelle einzugehen sein, vor allem auf das häufig vorgebrachte Argument, daß Rechnerungskorrekturen nach realen Erhaltungskonzeptionen das Wirtschaftswachstum günstig beeinflussen.

Gegen die Selbstfinanzierung hat man vorgebracht, daß sie einen nicht durch den Kapitalmarkt kontrollierten Kapitaleinsatz ermöglicht und daß das so aufgebrachte Kapital nichts "kostet". Das zweite Argument besitzt in den USA kaum Gewicht, da sich bei der vorherrschenden Quotenaktie die marktliche Bewertung der Dividendenzahlung nicht an der Höhe des Grundkapitals orientiert; weiterhin ist die Erweiterung des Grundkapitals (stated value) durch Gratisaktien (stock-dividends) eine häufige Erscheinung. Die Überlegung, daß selbstfinanzierte Investitionen den Test des Kapitalmarktes nicht bestanden haben, müßte auch auf die Reinvestition am Markt aufgebrachter Finanzmittel - vor allem des nicht rückzahlbaren Eigenkapitals - ausgedehnt werden. Man kann bei Beachtung der wirtschaftlichen Dynamik schlecht argumentieren, daß mit der einmaligen Beanspruchung des Kapitalmarktes eine Anerkennung aller zukünftigen Reinvestitionsvorgänge verbunden ist. Der Verfasser möchte daher die vorgenannten Bedenken gegen die Selbstfinanzierung nicht zu hoch einschätzen; es ist - wie bereits gesagt - ein anderes Problem, wie weit man sie - auch in Form von Abschreibungskorrekturen nach realen Erhaltungsauffassun-

1) "The large postwar retention of earnings and limitation of dividends was closely related to .. (the) need to replace depreciated assets at new costs substantially higher than original investment." Richard C. Osborn a.a.O. S. 466

2) Der Index der Industrieproduktion stieg z. B. in den U.S.A. von 1947 - 49 = 100 auf 159 im Jahre 1959.

gen - steuerlich begünstigen sollte. Wer jedoch der Entscheidung des Kapitalmarktes über die Rangordnung der Investitionen große Bedeutung beimißt, müßte auch den Vorschlag positiv beurteilen, die Entscheidungen über eine "Wiederbeschaffung" zu höheren Preisen ebenfalls dem Kapitalmarkt zu überlassen. .

Das amerikanische Einkommensteuerrecht sieht eine Beschränkung der Selbstfinanzierung in Form der sogenannten "Accumulated Earnings Penalty Tax" (IRC 1954 Sec. 531-37) vor. Die Anwendung dieser Bestimmungen wird von einer Betrachtung des Einzelfalls abhängig gemacht und richtet sich gegen eine Umgehung der Steuerbelastung der Ausschüttung.¹⁾ Während nach den Richtlinien von 1939 eine Einbehaltung von mehr als 30% des ausgewiesenen Gewinns Anlaß zu einer näheren Untersuchung sein sollte, nimmt der Code von 1954 ausdrücklich Einbehaltungen wegen angemessenen, auch erwarteten, Bedarfs (reasonably anticipated needs) aus. Soweit tatsächlich Investitionen durchgeführt wurden oder in absehbarer Zeit geplant sind - nicht dagegen Vorgänge der aktiven Finanzierung²⁾ - ergibt sich praktisch keine Erschwerung der Selbstfinanzierung. Man hat jedoch das Problem der gestiegenen Beschaffungskosten zum Anlaß genommen, die "Accumulated Earnings Tax" zu kritisieren.³⁾

8.2 Finanzierung am Kapitalmarkt

Es war bereits gesagt worden, daß die Möglichkeit einer Selbstfinanzierung von der Marktposition der einzelnen Unternehmung abhängt. In den USA steht für die Public Utilities, deren Preisbildung an die Anschaffungskosten gebunden ist, dieser Weg auf Grund der gesetzlichen Vorschriften praktisch nicht offen. Es kann dementsprechend notwendig werden, zur Finanzierung höherer Beschaffungskosten den Kapitalmarkt in Anspruch zu nehmen.⁴⁾

In der Diskussion in Deutschland wird die Notwendigkeit einer Rechnerkorrektur nach realen Erhaltungskonzeptionen oft mit dem Hinweis auf die strukturelle Schwäche des Kapitalmarktes begründet.⁵⁾ Es ist an dieser Stelle nicht zu beurteilen, wie weit dieses Argument für die deutschen Verhältnisse Gültigkeit besitzt, für die Situation des Kapitalmarktes in den USA trifft es jedoch nicht zu. Es kann darauf verzichtet werden, diese

1) z. B. bei Gesellschaften, die einbehaltene Gewinne den Aktionären als Darlehen zur Verfügung stellen.

2) Für Holding-Gesellschaften gelten die genannten Bestimmungen nicht.

3) "Tax Depreciation Allowances on Capital Equipment" a. a. O. S. 7

4) Da sich diese Arbeit mit Anlageinvestitionen beschäftigt, wird der Kapitalmarkt im engeren Sinne als Markt für langfristige Gelder aufgefaßt. Es ist darauf hinzuweisen, daß für eine Theorie der permanenten Wiederbeschaffung eine Unterscheidung von Kapitalfristigkeiten wenig Bedeutung besitzt.

5) Z. B. bei Karl Hax a. a. O. Vorwort

Aussage durch eine Betrachtung der Nachkriegsemissionen der amerikanischen Wirtschaft zu stützen, da sie auch von den Verfechtern einer Abschreibungskorrektur grundsätzlich nicht bestritten wird. Man vertritt dagegen die Auffassung, daß es nicht richtig ist - (=ungerecht", "unanständig", "unklug", "riskant" 1) - den zusätzlichen Kapitalbedarf für Ersatzinvestitionen am Kapitalmarkt zu decken. Die zitierten Qualifikationen deuten bereits die Schwierigkeiten an, die einer objektiven Beurteilung dieser Frage entgegenstehen.

Gegen die Aufnahme von Risikokapital zur Substanzsicherung wird eingewandt, daß mit der Erhaltung keine neuen Profite geschaffen werden und somit der Dividendenanspruch der neuen Aktionäre die Rechte der alten Anteilseigner verwässert. 2) Wenn man damit auch die Preistheorie vernachlässigt, läßt sich zumindest sagen, daß die Gewinnhöhe weniger von der technischen Kapazität als von dem monetären Kapitaleinsatz abhängt; nimmt man an, daß die Preise eine Funktion der Anschaffungskosten sind, werden für die neuen Kapitalgeber die gleichen Gewinne erwirtschaftet wie für die alten. Es ist etwas anderes, wenn man im Hinblick auf allgemeine Preissteigerungen ein Recht der Altaktionäre auf erhöhte Dividende ("Realdividende") postuliert. Die Möglichkeit, mit dem "alten" Kapital höhere Gewinne zu erzielen, hängt jedoch - wie bereits bei der Betrachtung der Selbstfinanzierung erwähnt - von dem zeitlichen Verhältnis der Preissteigerungen auf dem Beschaffungsmarkt und dem Absatzmarkt der einzelnen Unternehmung ab. Es wird oft die Ansicht vertreten, daß bei einem Wettlauf der Kosten und Preise, den eine Inflation charakterisiert, die Eigentümer von Risikokapital nicht zu den Verlierern gehören.

Die Aufnahme von Fremdkapital wird mit der Begründung abgelehnt, daß hiermit das Problem nur hinausgeschoben werde; eine Rückzahlung könne nur aus Gewinnen vorgenommen werden, und ebenso wie die Selbstfinanzierung werde die Schuldentrückzahlung durch die Gewinnbesteuerung erschwert. Allerdings sei es vielleicht möglich, die Schulden mit "billigeren" Dollars zurückzuzahlen. 3) Diese Einwände richten sich gegen jegliche Schuldaufnahme - auch bei Preisstabilität - und berücksichtigen den Gesichtspunkt, daß sich in Zeiten steigender Preise die Preise auf dem Absatzmarkt der Unternehmung wahrscheinlich schneller nach oben bewegen als der in aller Regel für längere Zeiträume feste Preis der Fremd-

-
- 1) "... wrong, . improper, . imprudent, . reckless. ." Tax Depreciation Allowances on Capital Equipment" a.a.O. S. 6
 - 2) "... no additional profits are generated consequently the equity of prior stock-holders is diluted." National Association of Accountants (N.A.A.) Research Series No. 33 April 1, 58 S.14
 - 3) "... the basic problem is merely postponed by borrowing .. it requires two dollars in pre-tax earnings to obtain one dollar after taxes for debt payment .. however it may be possible to pay debts with cheaper dollars .. " a.a.O. S. 14

kapitalnutzung¹⁾ nur mit der These von den "billigeren" Dollars.

Die Möglichkeit einer Inanspruchnahme des Kapitalmarktes ist auch in den USA für kleinere Unternehmungen beschränkt, wobei die Schwierigkeiten weniger in der Rechtsform liegen. Es soll auf eine Beurteilung dieses Fragenkreises im vorliegenden Rahmen verzichtet werden, doch muß er als ein Sonderproblem angesehen werden. Unabhängig von dem Problem der Preissteigerungen ist in den USA eine gesetzliche Sonderstellung dieser Unternehmungen anerkannt.²⁾ Auf der anderen Seite hat man versucht, den Hinweis auf die praktischen Schwierigkeiten, auf die eine Durchführung von Abschreibungskorrekturen gerade bei kleineren Unternehmungen stoßen würde, damit zu entkräften, daß ein öffentliches Interesse nur an einem entsprechenden Vorgehen der Großunternehmungen besteht.³⁾

Die mit den vorhergehenden Ausführungen letzten Endes aufgeworfenen Fragen der Einkommens- und Eigentumsverteilung sind noch an anderer Stelle zu umreißen; es kann schon hier gesagt werden, daß ein abschließendes Urteil nicht in der Kompetenz der Betriebswirtschaftslehre liegen dürfte. Man kann es als eine gewisse Inkonsequenz ansehen, wenn von Autoren, die eine Verobjektivierung der Unternehmung fordern (eine Abstrahierung von den Eigentumsverhältnissen), gleichzeitig eine steuerliche Begünstigung der Finanzierung über den Preis vertreten wird; für sie müßte auch die Frage, von wem eine Wiederholung von Umsatzprozessen bei höheren Beschaffungskosten finanziert wird, zweitrangig sein.

1) Dieser kann allerdings auch eine Kompensation für Kaufkraftverluste enthalten.

2) Z. B. durch die Schaffung der "Small Business Administration" (SBA), die u. a. Kreditmöglichkeiten für kleinere Unternehmungen eröffnen soll; steuerliche Erleichterungen brachte der "Small Business Tax Revision Act" von 1958.

3) Changing Concepts a. a. O. S. 71

9 Gesamtwirtschaftliche Auswirkungen der Abschreibungs"korrekturen"¹⁾

Die Diskussion über die Auswirkungen der verschiedenen Formen einer Berücksichtigung von Preissteigerungen auf die einzelne Unternehmung wird in den USA ebenso häufig wie in Deutschland durch eine Betrachtung der gesamtwirtschaftlichen Konsequenzen entsprechender Maßnahmen ergänzt und oft sogar überschattet. In gewisser Sicht handelt es sich bei dieser Erscheinung um eine logische Notwendigkeit. Die Rechtsordnung, die zu den Prämissen jeder wirtschaftstheoretischen Diskussion gehört, setzt Mark = Mark und Dollar = Dollar, und eine rechtliche Anerkennung der Versuche einer Substanz- oder Kaufkrafterhaltung würde einen Bruch mit diesen allgemeinen Voraussetzungen bedeuten. Folgerichtig gilt es, eine Sonderbehandlung - es gibt nur wenige, die eine generelle "Dynamisierung" der Schuldverhältnisse für möglich halten²⁾ - mit gesamtwirtschaftlichen Vorzügen zu rechtfertigen. Ein oft vorgebrachtes Argument lautet, daß bei einem Urteil über die Abschreibungskorrektur Gesichtspunkte der nationalen Wohlfahrt den Ausschlag geben müßten. Wer der Überzeugung ist, daß sich auch hier die allgemeine Nützlichkeit einer Verfolgung des Eigeninteresses manifestiert, wird auf den Einwand stoßen, daß die Rechtsordnung, die Dollar = Dollar setzt, zu den Spielregeln gehört, in deren Schranken sich das Eigeninteresse entfalten kann.

Wenn man die Begriffsbildungen "nationale Wohlfahrt" oder "gesamtwirtschaftliches Interesse" nicht grundsätzlich für unzulässig hält - und nicht wenige Soziologen tun das - wird man sich doch damit beschäftigen müssen, daß die Vorstellungen, die eine Mehrheit der Staatsbürger damit verbindet, stark von der jeweiligen historischen Situation geprägt sind. Die Forderung nach Vollbeschäftigung und nach einem Ausgleich der Konjunkturschwankungen ist nach der Depression der 30er Jahre in den Vordergrund getreten und in den USA im Full Employment Act von 1950 zum Ge-

- 1) Die nachstehenden Ausführungen können im gegebenen Rahmen nicht erschöpfend sein. Der Verfasser hofft jedoch die Überzeugung vermitteln zu können, daß eine nähere Beschäftigung mit diesem Fragenkreis notwendig ist, bevor wirtschaftspolitische Folgerungen aus gütermäßigen Kapitalvorstellungen gezogen werden. In der Diskussion in den USA kommt - wie bereits in der Einleitung angedeutet - eine pragmatische Einstellung zum Ausdruck, der wirtschaftspolitische Maßnahmen näher liegen als isoliert-theoretische Betrachtungen.
- 2) Prof. Sweeney erklärte dem Verfasser, daß gegenwärtig sein ganzes Interesse dem "legal point of view" gilt, der allein einer praktischen Durchführung seiner Theorie der Kaufkrafterhaltung im Wege stehe; vgl. auch Paton, W.: "it is rather surprising that no creditor in recent years has taken steps to attack the proposition that a borrower can discharge his debt in full by returning the same number of monetary units he received regardless of the value of the unit used in repayment" (Corporation Accounts and Statements a. a. O. S. 551)

setz erhoben worden. Man ist sich jedoch nicht einig darüber, ob eine Vollbeschäftigung nicht unter Umständen mit allgemeinen Preissteigerungen erkaufte werden muß, und ob dann nicht einem ruhigen Preisklima der Vorrang gebührt. Es ist weiterhin kaum zu erwarten, daß man sich auf eine gesamtwirtschaftlich notwendige Einkommensverteilung einigt. In neuerer Zeit wird das relative Problem der Einkommensverteilung durch die Forderung nach einem schnellen Wachstum der Gesamtwirtschaft in den Hintergrund gedrängt; man beschäftigt sich mehr mit der Größe des Kuchens als mit seiner Verteilung.¹⁾

Man hat den Abschreibungskorrekturen wegen Preissteigerungen Einflüsse auf alle diese gesamtwirtschaftlichen Problemkreise nachgesagt. Es erscheint auf den ersten Blick paradox, daß hierbei mit gleichem Nachdruck positive und negative Auswirkungen vertreten werden; so ist z. B. sowohl auf die konjunkturbelebende als auch die konjunkturdämpfende Wirkung derartiger Abschreibungskorrekturen hingewiesen worden.

Allgemein geht man in der Argumentation von den folgenden unmittelbaren Ergebnissen der Abschreibungskorrektur aus:

- 1) Errechnung eines kleineren Periodengewinns
- 2) Umleitung von Geldströmen
 - a) Abschreibung statt Steuerzahlung
 - b) Abschreibung statt Dividendenausschüttung

Zu Punkt 2b) ist noch zu sagen, daß die Dividendenzahlung als eine einfache Funktion des errechneten Periodengewinns angenommen wird.

Über die Größenordnung der umgeleiteten Geldströme für die USA sind zahlreiche Berechnungen mit sehr unterschiedlichen Ergebnissen angestellt worden. In den Jahren 1958 und 1959 wurde der sogenannte Abschreibungsfehlbetrag für die amerikanische Industrie häufig mit jährlich 6 Milliarden Dollar angegeben. Dieser Betrag, der den Unterschied zwischen den steuerlich zulässigen und von zur Erhaltung der investierten Kaufkraft notwendigen Abschreibungen wiedergeben soll, geht auf eine Untersuchung von Terborgh zurück.²⁾ Ceteris paribus würde dementsprechend die Einführung der "Kaufkraft"abschreibung mit einem Rückgang des Steueraufkommens um 3 Milliarden Dollar und einer Kürzung der Dividendenausschüttung um ebenfalls 3 Milliarden Dollar verbunden sein.

9.1 Der Einfluß auf Investitionsvolumen und Konjunktur

Großen Einfluß hat man der "korrigierten" periodischen Gewinnziffer auf die Investitionsentscheidung des Unternehmers nachgesagt. In diesem Zusammenhang ist es jedoch notwendig, Klarheit darüber zu schaffen, ob in Zeiten steigender Preise eine Anregung oder Drosselung der Investitions-

1) Galbraith spricht von einem "unbehaglichen Waffenstillstand" (uneasy truce) in der Frage der Einkommensverteilung.

2) Terborgh, George: "Underdepreciation from Deflation" a. a. O.

tätigkeit erwünscht ist. Geht man davon aus, daß steigende Preise ein Phänomen relativ hoher Beschäftigung darstellen,¹⁾ erscheint eine Abschwächung der Investitionstätigkeit sinnvoll. Von diesem Standpunkt aus hat Fritz Schmidt auf die Vorzüge einer Berechnung niedrigerer "echter" Gewinne in Zeiten steigender Preise hingewiesen. Heute würde man formulieren, daß die Gewinne der vergangenen Periode (Gewinne ex post) die Gewinnerwartungen (Gewinne ex ante) beeinflussen und diese wiederum das Investitionsvolumen bestimmen.²⁾ Wenn auch die Bildung einer derartigen Kausalkette in einer dynamischen Wirtschaft nicht als rationales Vorgehen bezeichnet werden kann, spielt sie ohne Zweifel in der unternehmerischen Praxis eine gewisse Rolle.³⁾

Eine ebenfalls restriktive Wirkung des Übergangs auf eine Kaufkraft - oder substanzerhaltende Abschreibung kann man darin sehen, daß ein Nachfrageausfall der öffentlichen Hand in Höhe der Steuereinsparung der Unternehmungen eintritt. Hierbei nimmt man an, daß dieser Ausfall nicht durch eine gleichhohe Nachfrage von Seiten der Unternehmungen kompensiert wird.⁴⁾ Eine andere Beweisführung, die eine Reduktion der Gesamtnachfrage in Zeiten steigender Preise für erstrebenswert hält, geht von dem entgegengesetzten Fall aus, daß die Mehrabschreibungen bei den Unternehmungen voll nachfragewirksam würden, während sie in Form von Steuerzahlungen im Rahmen einer antizyklischen Haushaltspolitik stillgelegt werden könnten. Ähnliche Überlegungen lassen sich auch im Hinblick auf eine Umleitung der Dividendenausschüttung anstellen; im Hinblick auf eine konjunkturdämpfende Wirkung würde man davon ausgehen, daß die Nachfrage aus den Dividendenzahlungen größer sein würde, als die Nachfrage der Unternehmungen, die aus Mehrabschreibungen gespeist wird.

-
- 1) Vgl. Galbraith, K.: "Inflation - persistently rising prices - is obviously a phenomenon of comparatively high production. It can occur only when the demands of the economy are somewhere near the capacity of the plant and available labor force to supply them". a. a. O. S. 213
 - 2) Mitchell fasst Schmidt's These wie folgt zusammen: "This illusory element in profits leads to over-borrowing, over-confidence and over-extension of industrial equipment." Mitchell, Wesley C. "Business Cycles" New National Bureau of Economic Research Inc. 1927 S. 476 - In neuerer Zeit schreibt z. B. Boulding: "... the high profits of inflation encourage investment; the holding of goods becomes profitable and so the willingness to hold more goods - i. e. to accumulate - increases." a. a. O. S. 306
 - 3) "... the separation of profit expectations from the entrepreneur's experience appears to be exaggerated" Tinbergen, Jan; Polak, J. J. in "The Dynamics of Business Cycles" Chicago 1950, S. 166
 - 4) So Robert Eisner: "if national income is to be prevented from dropping the optimists must show that every dollar of ... tax gains under the new depreciation provisions ... will create a dollar of private purchases. This ... is possible but not likely." in HBR Januar-Februar 1955 S. 72

Die Auswirkungen von Veränderungen der Nachfrage auf die Investitionstätigkeit hat man in der Wirtschaftstheorie beim Akzelerator-Prinzip untersucht. Es wird schwerfallen, eine allgemein gültige Aussage darüber zu machen, ob die Kaufkraft in den Händen des Staates, der Dividendenempfänger oder der Unternehmungen (die oft mit den Dividendenempfängern identisch sind) stillgelegt oder ausgeübt wird und welche Konstellation gerade gesamtwirtschaftlich vorzuziehen ist.

Eine investitionsanregende Wirkung von Abschreibungskorrekturen (von Abschreibungen über den Anschaffungswert hinaus oder von "beschleunigten" Abschreibungen) folgt aus der sogenannten "funds" oder "liquidity" Theorie der Investition.¹⁾ Das Argument, daß das verfügbare Geldkapital nach dem Motto "Kasse macht sinnlich" die Ausgabefreudigkeit erhöht, kann mit gewisser Berechtigung mit der These verglichen werden, daß aus dem Sparvorgang (auch bei der Unternehmung) die Investition folgt; ein Kausalzusammenhang, der bekanntlich sehr umstritten ist. Das vorgenannte Argument tritt zu der Kontroverse, ob die Investitionstätigkeit mehr durch Veränderungen auf dem Absatzmarkt oder durch Veränderungen auf dem Beschaffungsmarkt beeinflußt wird. Ein Urteil über die Zweckmäßigkeit von Abschreibungskorrekturen wegen steigender Preise muß daneben immer noch die Frage beantworten, ob eine Anregung der Investitionstätigkeit überhaupt erwünscht ist.

Soweit man die Investitionsentscheidung ausschließlich als Resultante von Erwartungen über zukünftige Preise ansieht, hat man überwiegend die Auffassung vertreten, daß die Aussicht auf höhere Preise die Investition anregt.²⁾ Unabhängig von der Preisentwicklung ist bei einem Wahlvorgang zwischen zwei Investitionsgelegenheiten, die - ohne die Einkommensteuerzahlung - durch die gleichen Einnahmen- und Ausgabenströme gekennzeichnet sind, diejenige vorzuziehen, für die eine schnellere Abschreibung der für die Periodenrechnung aktivierten Ausgaben zulässig ist (d. h. die

1) "... internal liquidity considerations and strong preference for internal financing are prime factors in determining the volume of investment." Meyer, J. R. - Kuh, E., a. a. O. S. 21; a. A. Eisner, Robert: "... except to the extent capital markets are significantly imperfect there is little ground for arguing that the availability of funds determines their expenditure." vor dem Committee of Ways and Means des House of Representatives am 30. November 1959 ("Tax Revision Compendium" a. a. O. S. 793) - Vgl. in diesem Zusammenhang auch Brown, E. C. "Weaknesses of Accelerated Depreciation as an Investment Stimulus" in "Federal Tax Policy for Economic Growth and Stability" a. a. O. S. 495

2) Vgl. aber die entgegengesetzte Auffassung "... if prices rise more or less chronically while tax rates are very high ... business will become more generally aware of the problem and take it into account in making investment decisions, they would seem certainly to include discouragement by raising the prospective return necessary." in "A Survey of Contemporary Economics" 2. Band Howard S. Ellis, Herausgeber; Richard D. Irwin, Homewood Ill. 1954 (4. Auflage)

Einkommensteuerzahlung hinausgeschoben wird). Man kann dementsprechend durch selektive Anwendung von Abschreibungserleichterungen die Investitionstätigkeit in bestimmten Industriezweigen fördern. Es wird nun zutreffend behauptet, daß erwartete generell bessere Abschreibungsmöglichkeiten - wie diese auch motiviert seien - den heute bestehenden Anreiz verringern, Investitionsvorgänge zu wählen, für die die Ausgaben steuerlich sofort absetzbar sind. Diese Anregung zu "kapitalintensiveren" Produktionsmethoden kann man nun für mehr oder weniger erstrebenswert halten;¹⁾ wichtig ist im vorliegenden Zusammenhang, daß sie mit dem Problem der Preissteigerungen an sich nichts zu tun hat und lediglich die steuerlichen Konsequenzen der für die Periodisierung des Unternehmungserfolgs getroffenen Unterscheidung zwischen zu aktivierenden und sofort erfolgswirksamen Ausgaben aufheben will.

Die vorstehend behandelte Frage der Auswahl zwischen Investitionsvorgängen verschiedener "Kapitalintensität" besitzt eine gewisse Ähnlichkeit - aber auch nur das - mit dem Argument, daß die Anwendung der Theorie der Substanz- oder Kaufkrafterhaltung die Relation zwischen Investitions- und Konsumausgaben zu Gunsten der ersteren verschiebt. Wenn man, wie das oft geschieht, diese These in die Worte kleidet, daß bei der traditionellen Rechnungslegung in den Unternehmungen das volkswirtschaftliche Realkapital verschleudert wird, könnte man dem entgegenhalten, daß zumindest der Konsument von heute (wenn man argumentiert, daß die Produktpreise auch in Zeiten steigender Beschaffungspreise "fälschlicherweise" eine Funktion der Anschaffungskosten "bleiben") bzw. der Empfänger der Dividende oder der Endempfänger der Steuerzahlung davon profitieren. Es ist jedoch nicht notwendig, eine Antwort auf die komplexe und für verschiedene volkswirtschaftliche Konstellationen verschieden zu beantwortende Frage der "richtigen" Investitionsquote zu suchen. Es kommt entscheidend darauf an, welche Verwendung das "verschleuderte Kapital" in den Händen der Empfänger erfährt. Wenn, wie Seltzer bemerkt, der Staat mit den Steuergeldern Schulen und Straßen baut, bleibt das volkswirtschaftliche Realkapital auch erhalten,²⁾ und aus der Dividendenausschüttung, die im Regelfall auf einer Entscheidung der Unternehmungseigentümer,

1) "... timetable depreciation leads to undesirable and avoidable results

1) a bias is created against investment expenditures that do not result in tax deduction now or very soon .. research, advertising .. company bowling teams (instead of) plant and equipment" Joel Dean in "Four Ways .." a.a.O. S. 84 - Vgl. dagegen Eisner, Robert "We should .. find ourselves encouraging expenditures on brick, mortar and machines, discouraging expenditures on brains, know-how, public relations and advertising .. some of us may find this quite undesirable." in Tax Revision Compendium a.a.O. S. 796

2) "Whether the aggregate capital of the country is lessened depends upon what government does with the tax proceeds; public roads, school buildings and the like are also capital goods." a.a.O. S. 285

d.h. also der Dividendenempfänger, beruht, kann man - wenigstens nach einer Lehrmeinung - die investitionsfördernde Wirkung einer Bildung von "Sparkapital" außerhalb der Unternehmung (via die Kreditinstitute) erwarten. Eine Gefahr, daß "zuviel" konsumiert wird, besteht weniger in einer Abschwächung der Investitionstätigkeit als in der Möglichkeit von Preissteigerungen.

Grundsätzlich muß man sehen, daß das volkswirtschaftliche Realkapital, das man sich vielleicht vorstellen aber nicht quantifizieren kann, durchaus durch Reinvestition monetärer Einkommen "erhalten" werden kann.¹⁾ Ein gesamtwirtschaftliches Interesse kann nur an Investition an sich bestehen, und nicht daran, ob es sich um Erweiterungsinvestitionen nach der monetären Konzeption oder Ersatzinvestitionen nach realen Konzeptionen handelt.

9.2 Der Einfluß auf die Preisentwicklung

Es ist nicht Aufgabe dieser Arbeit, die Abschreibungskorrekturen nach realen Erhaltungskonzeptionen im Zusammenhang mit den makroökonomischen Größen zu untersuchen, von denen unter bestimmten Umständen Auswirkungen auf die allgemeine Preistendenz ausgehen. Man möchte jedoch beinahe annehmen, daß neben einer kreditgeschöpften Inflation (etwa im Zusammenhang mit Exportüberschüssen oder einem Haushaltsdefizit) oder der dem Gewerkschaftsmonopol zugeschriebenen "Kosten"inflation, einer Umleitung von Geldströmen durch Abschreibungskorrekturen nur eine geringe Rolle zukommt. Man hat stark vereinfachende Argumente sowohl dafür vorgebracht, daß die Berücksichtigung realer Erhaltungskonzeptionen in der Rechnungslegung der Unternehmung zu Preissteigerungen führt als auch dafür, daß sie einen preisdämpfenden Einfluß ausübt.

Folgt man der in der vorliegenden Arbeit nicht näher untersuchten Ansicht, daß sich die realen Erhaltungskonzeptionen zumindest bei der autonomen Preissetzung der Unternehmung (also bei der "kalkulatorischen" Abschreibung) auswirken sollten, dann ergibt sich daraus eine Tendenz zu Preissteigerungen. Auf der anderen Seite hat man behauptet, daß die Preise, so lange "reale" Abschreibungen steuerlich nicht zulässig sind, autonom höher festgesetzt werden müßten, um den gleichen finanziellen Effekt nach Besteuerung wie durch eine erhöhte Abschreibung zu erzielen.²⁾

1) "There is general agreement that for the social good real capital should not only be maintained but expanded. The question is whether such maintenance of real capital should be allowed for in the determination of income. It is quite possible that income should be computed on a money basis while real capital can be maintained or increased largely out of reinvestment of income so computed." Alexander, Sidney S. in "Five Monographs .." a.a.O. S. 85

2) "Prices of products sold will have to be sufficient to cover the heavy taxation .. of what is really depreciation but under tax law is considered taxable income." Annual Report US-Steel Corporation 1954

Im Zusammenhang mit der Nachfragewirkung der umgeleiteten Geldströme war bereits darauf hingewiesen worden, daß unter Umständen die Gefahr des "zu großen Konsums" - die allen vorschwebt, nach deren Auffassung das Realkapital nicht erhalten wird - darin bestehen kann, daß es zu Preissteigerungen kommt. Man hat jedoch auch umgekehrt die Rechnung aufgemacht, daß eine steuerliche Anerkennung der Sofortabschreibung die Investitionstätigkeit so anregen könnte, daß daraus inflationäre Tendenzen resultieren.¹⁾

Welche Zusammenhänge in der jeweiligen wirtschaftlichen Situation ausschlaggebend sind, läßt sich nur nach einer komplexen volkswirtschaftlichen Analyse, aber auch dann nicht mit völliger Gewißheit, sagen. Man kann manchen Vertretern der Betriebswirtschaftslehre diesseits und jenseits des Atlantik den Vorwurf nicht ersparen, daß sie etwas leichtfertig "gesamt"wirtschaftliche Konsequenzen einer Berücksichtigung realer Erhaltungskonzeptionen in der Unternehmungsrechnung postuliert haben.

Wenn man der Ansicht ist, daß die Lohnforderungen der Gewerkschaften den Ausgangspunkt für eine "Kosten"inflation bilden, gilt für die USA mit gewisser Berechtigung, daß diese Forderungen sich an den publizierten Gewinnen orientieren und dementsprechend niedrigere Periodengewinne eine Abschwächung inflationärer Tendenzen mit sich bringen würden.²⁾ Die naive Frage, warum die Unternehmungen nicht ihre Preise - und damit ihre Periodengewinne - senken, um den Lohnforderungen aus dem Wege zu gehen, führt zu der Erkenntnis, daß die Unternehmungen die Preise nehmen, die ihnen der Markt bietet, oder daß sie sie in ihrem eigenen Interesse setzen. Jede Forderung nach staatlichem (steuerlichem) Schutz vor Preissteigerungen der Kostengüter wird letzten Endes nach der Frage der Preisbildung der Ertragsgüter und der "Angemessenheit" des Gewinnes führen. Solange die privatwirtschaftlichen Unternehmungen nicht auf ihre Preisautonomie verzichten wollen, könnten sie im Hinblick auf die vorgenannte Konsequenz eigentlich kein Interesse an der sogenannten Berücksichtigung von Preissteigerungen in der steuerlichen Erfolgsrechnung haben.

Vielleicht ist es richtig, daß jeder Schutz vor Preissteigerungen bei denen, die selber Preise setzen, die Hemmungen verringert, die einer Erhöhung der Preise von ihrer Seite aus entgegenstehen. Man kann das sowohl im Hinblick auf die Preisbildung der Unternehmungen als auch die der

1) "Tax-payers might create such a demand for investment goods that further inflation might result" Joel Dean "Four Ways .." a. a. O. S. 85

2) "... fictitious profits stimulate demand for wage increases .. the 'ability to pay' has become a very important factor in determining wage increases .. proper reporting would have been very substantial in retarding the inflationary spiral .. "Spacek, Leonhard "The Inflation in Business" a. a. O. S. 579

Gewerkschaften formulieren. Jede Untersuchung der Preis-Lohn Spirale (bzw. Lohn-Preis Spirale) mündet bei dem entscheidenden Problem jeder Inflation, dem der Einkommensverteilung.

9.3 Der Einfluß auf die Einkommensverteilung

Wenn man versucht, diesen Fragenkreis möglichst "wertfrei" zu behandeln, wird man mit der Feststellung beginnen, daß durch eine Inflation Realeinkommen von den Gruppen, deren monetäre Einkommen langsamer steigen als die Preise, die sie zahlen, auf die Gruppen übertragen wird, deren monetäre Einkommen schneller steigen als die Preise die sie zahlen. Weiterhin gilt, daß mit einer Inflation Realeinkommen von den Personenkreisen, bei denen sich der Vermögenswert langsam oder nicht erhöht, auf die Personenkreise übergeht, bei denen der Vermögenswert schneller wächst.¹⁾ Wenn man Beispiele hierfür sucht, wird man sicher noch Einigkeit darüber erzielen, daß die Bezieher "fester" Einkommen - nicht aber "dynamischer" Renten - zu den Leidtragenden einer Inflation gehören; es kommt zu der sogenannten Expropriation des Rentiers.²⁾ Ebenso wird anerkannt, daß der Grundbesitzer weniger betroffen wird als der Inhaber eines Sparkontos. Die allgemeine Aussage, daß sich die wirtschaftliche Stellung des Schuldners einer Geldleistung gegenüber der des Gläubigers einer Geldleistung verbessert, ist insofern einzuschränken als ein ursprünglich vereinbarter Zinssatz diese Verschlechterung bereits diskontiert haben kann.

Während man noch unwidersprochen sagen kann, daß in Inflationszeiten die Bevölkerungskreise, die am Unternehmungsvermögen partizipieren gegenüber den Beziehern fester Einkommen Vorteile genießen, fällt es schwer, ein Urteil darüber abzugeben wie sich die Relation gegenüber den Beziehern "expansiver" Lohnes einkommen entwickelt bzw. wie sie sich ohne Inflation entwickelt hätte. Diese, einer objektiven wissenschaftlichen Betrachtung leicht entgleitende Frage ist in den USA mit aller Betonung im Zusammenhang mit den Abschreibungskorrekturen wegen Preissteigerungen gestellt worden. Die Gewerkschaften konnten den gesamtwirtschaftlichen Vorzügen realer Erhaltungskonzeptionen in der Unternehmungsrechnung keinen Geschmack abgewinnen und stehen - aus ihrer Sicht verständlich - auf dem Standpunkt, daß derartige Korrekturversuche darauf abzielen, den

1) Vgl. Thorp, Willard, L., Quandt, Richard E.: "...inflation redistributes real purchasing power from those, whose income rise less rapidly than the prices they pay to those whose income rise more rapidly than the prices they pay ... inflation redistributes real purchasing power from those whose assets rise less rapidly in value to those whose assets appreciate more rapidly." a.a.O. S.193

2) Z. B. Boulding, K.: Inflation redistributes income toward the profit makers and the holders of goods and away from the rentiers." a.a.O. S.306

Anteil der Unternehmereinkommen zu vergrößern.¹⁾ Im Jahre 1958 erklärte der Präsident der A. F. L. C. I. O., George Meany, daß die Abschreibungserleichterungen nach den Steuergesetzen der Jahre 1950 (Emergency Facilities) und 1954 ("liberalized" depreciation = degressive Abschreibungsverfahren) bei einer Berechnung der "echten", mit denen der Vorjahre vergleichbaren Gewinne außer Ansatz gelassen werden müßten.²⁾

Unter den Gegenargumenten steht an erster Stelle, daß die Löhne faktisch (und zum Teil vertraglich) an gewisse Preisindices gebunden sind, und es nur gerecht ist, wenn sich auch die Unternehmungseigner durch Indices vor Preissteigerungen schützen können. Weiterhin wird im Hinblick auf eine andere Gruppe von Einkommensbeziehern zutreffend angeführt, daß sich die Subventionen für die amerikanische Landwirtschaft an bestimmten Preisparitäten orientieren. Zu dem Einfluß von allgemeinen Preissteigerungen auf die Einkommensrelation zwischen Unternehmern und Arbeitern hat man noch bemerkt, daß früher die einen davon profitiert haben, während sich heute die Waage zu Gunsten der anderen neigt.³⁾ Man muß sich jedoch klar darüber sein, daß die Statistik auf den periodischen Gewinnen aufbaut, von denen es sowohl heißt, daß sie zu hoch als auch, daß sie niedriger errechnet wurden.

Der Ansatzpunkt, über die Veränderung der Gläubiger- und Schuldnerpositionen zu einer objektiven Aussage zu kommen, führt auch nicht zu befriedigenden Resultaten. Bei der beträchtlichen staatlichen Verschuldung in den USA in den letzten Jahrzehnten - sie betrug für Bund, Einzelstaaten und Kommunen Ende 1959 etwa 300 Milliarden Dollar -, deren Titel überwiegend in Privatvermögen (im Gegensatz zu Betriebsvermögen) gehalten werden, läßt sich argumentieren, daß zwar die Gläubiger benachteiligt werden, jedoch die nicht in Anspruch genommenen Steuerzahler, die Em-

1) "The unions believe that efforts to provide a theoretical basis for greater than cost charges, such as replacement fund or current cost of real goods are deliberate attempts to understate the real net-income figures .." Pillsbury, Wilbur F.: "Organized Labor's Views of Corporate Financial Information", JofA Juni 1958 S. 46 - Vgl. auch Barkin, Salomon: "Financial Statements in Collective Bargaining" The Bureau of National Affairs Inc. Washington Copyright 1953 New York State Society of CPA's

2) "... currently published profit pictures are understated by as much as \$ 3 Billion to 4 Billion because the methods of computing depreciation have been changed." zitiert nach JofA Januar 1958 S. 12

3) "... until recently it seemed clear that .. inflation shifted income from the poor to the rich and from workers to businessmen .. recent American experience does not support this interpretation. On balance the wage share has risen appreciably." Bach, G. L.: "Inflation in Perspective" HBR Januar/Februar 1958 S. 104

pfänger der staatlichen Ausgaben oder - falls eine Inflation die Schuldenlast erleichtert - die zukünftigen Steuerzahler Vorteile genießen. Es wird etwas verwirrend, wenn man die Frage stellt, wer vielleicht mit wem identisch ist, vor allem dann, wenn man mehrere Generationen in die Betrachtung einbezieht. Die Aussage, daß sich in Inflationszeiten die Schuldenlast der Unternehmungen verringert, ist, wie bereits erwähnt, besser so zu formulieren, daß die Wahrscheinlichkeit höherer Gewinne besteht, wobei bei unverändertem Kapitaleinsatz eine Schuldentrückzahlung voraussetzt, daß diese Gewinne nicht in Form von Steuer- oder Dividendenzahlungen ausgeschüttet wurden.

Während man dem Betriebswirt schwerlich ein Urteil darüber zugestehen kann, ob die Anteile der einzelnen Einkommensgruppen in einem "richtigen" Verhältnis stehen, ist er vielleicht eher in der Lage, über die Auswirkungen allgemeiner Preissteigerungen auf Unternehmungen verschiedener Struktur (die "Gerechtigkeit" zwischen den Unternehmungen) auszusagen. Man hat in den USA argumentiert, daß nur für einen Teil der Unternehmungen die Vorzüge der steuerlich anerkannten LIFO-Methode ins Gewicht fallen und ganz allgemein in Zeiten steigender Preise die Eigentümer von Vermögensgütern mit relativ langsamem Kapitalumschlag benachteiligt werden.¹⁾ Um hierzu Stellung zu nehmen, muß man jedoch davon ausgehen, daß die Eigenkapitalrenditen (nach Steuern) von Unternehmungen verschiedener Vermögens- und Kapitalstruktur entweder gleich sein oder in einem bestimmten Verhältnis zueinander stehen sollen. Soweit man überzeugt ist, daß der marktwirtschaftliche Mechanismus einer Produktionslenkung nach der Intensität der Bedürfnisse (die sich in der relativen Höhe der Nachfrage nach den spezifischen Gütern äußert) grundsätzlich funktioniert, wird auch in den von einer Inflation "benachteiligten" Industriezweigen ein Preis zu erzielen sein, der das Angebot "erhält".

Verschiedene Leute haben verschiedene Vorstellungen von einer gerechten Einkommensverteilung und der Verfasser möchte hier nicht Partei ergreifen. Auch angesichts zahlreicher entgegenstehender Fakten und vielleicht auch theoretischer Einschränkungen muß man jedoch anerkennen, daß aus den Prämissen der Marktwirtschaft die Einkommensverteilung grundsätzlich als ein Phänomen der Preisbildung und nicht als ein Ergebnis staatlicher Maßnahmen folgert. Es kann hier nicht diskutiert werden, welche absoluten Kriterien die politische Entscheidung über staatliche Eingriffe in die Einkommensverteilung, die in den westlichen Demokratien den Parlamenten obliegt, einengen. Wenn man der Auffassung ist, daß dem Staat Mittel gegeben sind, allgemeine Preissteigerungen zu vermeiden, dann fällt eine derartige Entscheidung bereits an dem Zeitpunkt, an dem diese Mittel eingesetzt oder auf ihre Anwendung verzichtet wird. Der Verfasser glaubt nicht, daß die Wirtschaft eine Inflation - auch keine schleichende -

1) "...there is a major inequity in our present tax structure in that owners of depreciable assets are placed at a serious disadvantage as compared to investors of materials and merchandise" Paton, William A. in "Federal Tax Policy .. a.a.O. S. 536

"braucht"; wenn man sie jedoch akzeptiert, ist es unlogisch und praktisch unmöglich post festum ihre verwickelten Konsequenzen für die Einkommensverteilung unter Hinweis auf "objektive" Gerechtigkeitsmaßstäbe wieder aufzuheben.

Schlußbemerkung:

Die Frage nach der Logik realer Erhaltungskonzeptionen und nach den Möglichkeiten ihrer praktischen Berücksichtigung in der Unternehmungsrechnung bildet ohne Zweifel einen Untersuchungsgegenstand der Betriebswirtschaftslehre. In den USA hat es ebensowenig wie in Deutschland auf diese Frage eine einhellige Antwort gegeben. Edgar C. Brown gehört zu den wenigen Wissenschaftlern, die die Konzeption der Wiederbeschaffung für theoretisch glücklicher halten als die Konzeption der Kaufkrafterhaltung, doch hält er für die Praxis der Rechnungslegung die traditionelle Rechnung für unabdingbar. Eine größere Gruppe (darunter George O. May, William A. Paton, George Terborgh) lehnt die Konzeption der Substanzerhaltung mit dem Hinweis auf die wirtschaftliche Dynamik ab, sieht jedoch in der Konzeption der Kaufkrafterhaltung eine sowohl logische als auch praktikable Lösung. A.C. Littleton und die Mehrheit der amerikanischen Wirtschaftsprüfer sind schließlich der Auffassung, daß die traditionelle Rechnung sowohl theoretisch als auch praktisch nicht durch reale Erhaltungskonzeptionen ersetzt oder korrigiert werden kann. Der Verfasser hat keine Zweifel daran gelassen, daß er diese Ansicht teilt.

Sei es, daß man überzeugt ist, daß sich die realen Erhaltungskonzeptionen sinnvoll quantifizieren lassen, oder daß man lediglich finanzielle Probleme der Unternehmungen in Zeiten steigender Preise sieht, so bleibt die Frage offen, wie weit derartige Konzeptionen oder derartige Schwierigkeiten in den Steuergesetzen berücksichtigt werden sollen. Eine Untersuchung im Hinblick auf gesamtwirtschaftliche Konsequenzen führt zu dem Ergebnis, daß sich diese nicht allgemeingültig und eindeutig fassen lassen. Wenn man jedoch der Auffassung ist, daß im Interesse gesamtwirtschaftlichen Wachstums (oder gesamtwirtschaftlicher Erhaltung) ein Anreiz zur Einbehaltung "nominaler" Gewinne gegeben werden sollte, so kann das mit größerer Klarheit in anderer Form - z. B. durch Spaltung der Steuersätze für einbehaltene und ausgeschüttete Gewinne¹⁾ - als durch Abschreibungskorrekturen nach realen Konzeptionen geschehen.

Es ist jedoch klar auszusprechen, daß der Betriebswirt mit einem Urteil hierüber seine Kompetenz überschreitet und daß er sich bewußt sein muß, daß seine Stellungnahme mit einer Entscheidung über Fragen der Einkommensverteilung identifiziert wird. Die amerikanische Diskussion zeigt, daß die Vorstellungen der "objektivierten" Unternehmung keinen ausreichenden Schutz gegen den Vorwurf bietet, daß die Konstruktion von Rechenmethoden nach realen Erhaltungskonzeptionen dem Druck der Inter-

1) Die z. Zt. in der Bundesrepublik geltende Regelung für die Besteuerung der Einkommen der Körperschaften, die eine Ausschüttung begünstigt, wäre demnach "wachstumshemmend"; eine These, die in der wirtschaftlichen Wirklichkeit keine Stütze findet.

essenten entspringt. 1)

Man hat das bekannte Argument einer Kapital"verschleuderung" durch die traditionelle Rechnungslegung in Inflationszeiten zu der Behauptung herangezogen, daß die Abschreibung auf Anschaffungskosten ein "sozialistisches" Prinzip sei ²⁾. Die gegenteilige Ansicht muß aus den Voraussetzungen des kapitalistischen Wirtschaftsprozesses gefolgert werden ³⁾. Die freie Wirtschaft wird ihre Unabhängigkeit sicher besser mit einem Eintreten gegen inflationäre Maßnahmen als mit dem Ruf nach dem Schutz des Staates gegen deren, für sie vielleicht nachteiligen, Folgen wahren.

1) Der amerikanische Nationalökonom E. Harris sagte bei den "Profit Hearings" 1948: "... as a matter of fact I know and probably you know that there is pressure being put on the accountants to change that method of accounting of business profits so that these large inflationary profits.. will not seem as large as they are." zitiert nach "Five Monographs." American Institute of Accountants a. a. O. S. 129 - Im Hinblick auf die Wahl zwischen nominaler oder Indexrechnung heißt es in einem Aufsatz: "The decisions as to which of these accounting practices are followed are made by the client and the public accountant must approve them or lose his client ..", Spacek, Leonhard in "Can we define.." a. a. O. S. 40

2) "The cost principle of depreciation is a Socialistic State principle and it results in a dissipation of capital in a manner that can best be used to destroy the private capital system which maintains our system of living" Spacek, Leonhard "Inflation in Business" a. a. O. S. 580

3) "monetary concepts of capital .. bear a relation to Capitalism which physical concepts per se do not." Schumpeter, Joseph "History of Economic Thought" a. a. O. S. 899

Literaturangaben

- Alexander, Sidney S.: siehe American Institute of Certified Public Accountants.
- American Accounting Association:
 Jones, Ralph C.: "Price Level Changes and Financial Statements, Case Studies of Four Companies", Columbus (Ohio) 1955
 "Effects of Price Level Changes on Business Income, Capital and Taxes", Columbus (Ohio) 1956
 Littleton, A.C.: "Structure of Accounting Theory", Urbana (Ill.) 1953
 Mason, Perry: "Price Level Changes and Financial Statements", Columbus (Ohio) 1956
 Paton, William A. - Littleton, A.C.: "An Introduction to Corporate Accounting Standards" 1940
 "Accounting and Reporting Standards for Corporate Financial Statements and Preceding Statements and Supplements" 1951
- American Institute of Certified Public Accountants (vor dem 1. Juni 1957 American Institute of Accountants), New York:
 Study Group on Business Income:
 Dean, Arthur H.: "An Inquiry into the Nature of Business Income Under Present Price Levels", 1949
 May, George O.: "Business Income and Price Levels, An Accounting Study", 1949
 Five Monographs on Business Income 1950:
 Alexander, Sidney S.: "Income Measurement in a Dynamik Society"
 Bronfenbrenner, Martin: "Business Income Concepts in the Light of Monetary Theory"
 Fabricant, Solomon: "Business Costs and Business Income under Changing Price Levels"
 "The Varied Impact of Inflation on the Calculation of Business Income"
 Warburton, Clark: "Monetary Theory and Price Level Trends in the Future"
 Changings Concepts of Business Income, 1952
 Accounting Research Bulletin No. 43, 1953
 Accounting Terminology Bulletin No. 1.: "Review and Résumé", 1953
 Accounting Terminology Bulletin No. 2, 1955

Accounting Trends and Techniques, 1958

- Anthony, Robert N.: "Management Accounting" Richard D. Irwin, Homewood (Ill.) 1955
- Bach, G. L.: "Inflation in Perspective", Harvard Business Review Januar/Februar 1958 S. 103 ff
- Backer, Morton: "Handbook of Modern Accounting Theory", Prentice Hall, New York 1955
- Bailey, George D.: "Relationship of Accounting to other Factors in Accurate Reporting of Inflationary Income" Journal of Accountancy November 1948 S. 364 ff
- Berle, Adolf A. - Means, Gardiner C.: "The Modern Corporation and Private Property" Macmillan New York 1933
- Biermann, Harald: "A Theory of Depreciation Consistent with Decision Making", The Controller, August 1958 S. 370 f
- "Managerial Accounting" Macmillan, New York 1959
- Blough, Carman C.: siehe National Association of Accountants
- Boulding, Kenneth D.: "Economic Analysis" Harper & Brothers New York 1955
- Break, George F.: "Capital Maintenance and the Concept of Income" Journal of Political Economy 1954 S. 48 ff
- Briloff, Abraham: "Price Level Changes and Financial Statements" Accounting Review 1958 S. 200 ff
- Bronfenbrenner, Martin: siehe American Institute of Certified Public Accountants
- Brown, Edgar C.: "Effects of Taxation, Depreciation Adjustments for Price Changes" Harvard University, Boston 1952
- Burnham, James: "The Managerial Revolution" John Day, New York 1941
- Canning, John B.: "The Economics of Accountancy" The Ronald Press, New York 1929
- Coppock, Joseph D.: "Economics of the Business Firm", Mac Graw-Hill, New York Toronto London 1959
- Dean, Arthur H.: siehe American Institute of Certified Public Accountants
- Dean, Joel: "Managerial Economics" Prentice Hall, New York 1951 "Capital Budgeting" Columbia University Press, New York 1951
- "Four Ways to Write-off Capital Investment" Journal of Business, April 1956, S. 79 ff siehe auch United States Government

- Dein, Raymond C.: "Price Level Adjustments, Fetish in Accounting" *Accounting Review*, Januar 1955 S. 5 ff
- Dewing, Arthur Stone: "The Financial Policy of Corporations" The Ronald Press, New York 1953 (5. Auflage)
- Domar, Evsey D.: "Depreciation, Replacement and Growth" *Economic Journal* März 1953 S. 1 ff
- Eaton, Marquis G.: "Financial Reporting in a Changing Society" *Journal of Accountancy*, August 1957 S. 30 ff
- Eisner, Robert: "Accelerated Amortization, Growth and Net Profits", *Quarterly Journal of Economics*, November 1952 S. 533 ff
 "Depreciation Allowances, Replacement Requirements and Growth", *American Economic Review*, Dezember 1952
 "Depreciation under the New Tax Law" *Harvard Business Review*, Januar/Februar 1955 S. 66 ff
 "Accelerated Depreciation: Some Further Thoughts" *Quarterly Journal of Economics*, Mai 1955 S. 285 ff
 siehe auch United States Government
- Fabricant, Solomon: "Capital Consumption and Adjustment" National Bureau of Economic Research Inc., New York 1938
 siehe auch American Institute of Certified Public Acc.
- Finney, H. A. - Miller, H. E.: "Principles of Accounting Intermediate", Prentice Hall, New York 1958 (5. Auflage)
- Flewellen, W. C.: "Current Concepts on Cost", Dissertation Columbia University 1954
- Grady, Paul: "Economic Depreciation in Income Taxation and in Accounting", *Journal of Accountancy* April 1959 S. 60
 siehe auch National Association of Accountants
- Galbraith, Kenneth: "Affluent Society" Houghton Mifflin Boston 1958
- Grant, Eugene L. - Norton, Paul: "Depreciation", New York 1955
- Haberler, Gottfried: "Der Sinn der Indexzahlen" Tübingen 1927
- Haig, R. M.: "Concepts of Income", Columbia University Press, New York 1926
- Hayek von, F. A.: "The Maintenance of Capital", *Economica* 1935 S. 241 ff
- Herzberg, Arno: "Saving Taxes Through Capital Gains" Prentice Hall, Englewood Cliffs (N. J.) 1957
- Hicks, J. R.: "Value and Capital", Clarendon Press, Oxford 1953 (2. Auflage)

- Hunt, P. - Williams, C.M. - Donaldson: "Basic Business Finance", Richard D. Irwin, Homewood (Ill.) 1958
- Jelen, Frederick: "Allowance for Inflation" Eigenverlag, New York 1959
- Johnson, Robert W.: "Financial Management", Allyn and Bacon, Boston 1959
- Jones, Ralph C.: siehe American Accounting Association
- Kaldor, Nicholas: "Expenditure Tax" Allen & Unwin, London 1958
- Keynes, J.M.: "The General Theory of Employment, Interest and Money", London 1936
- Littleton, A.C.: "Accounting Rediscovered", Accounting Review 1948, S. 248 ff
siehe auch American Accounting Association
- Lutz, Vera und Friedrich: "The Theory of Investment of the Firm", Princeton University Press, Princeton 1951
- Mason, Perry: siehe American Accounting Association
- May, Georg O.: "Truth and Usefulness in Accounting", Journal of Accountancy 1950 S. 387 ff
"Generally Accepted Principles of Accounting", Journal of Accountancy, Januar 1958 S. 23 ff
siehe auch American Institute of Certified Public Accountants
- Mc Anly, H. T.: "An Appraisal of Reinvestment Depreciation" The Controller, Oktober 1958 S. 472 ff
- Meyer, John R. - Kuh, Edwin: "The Investment Decision" Harvard University Press, Cambridge (Mass.) 1957
- Mills, Frederick C.: "Introduction to Statistics", Henry Holt, New York 1956
- Mitchell, Wesley C.: "Business Cycles", New National Bureau of Economic Research Inc. 1927
- National Association of Accountants (früher National Association of Cost Accountants) New York:
"Current Practice in Accounting for Depreciation", Research Series No. 33, April 1958
"Depreciation Today", Bulletin Februar 1959
Conference Proceedings, "Depreciation - To Measure Income or to Provide Funds for Replacement", August 1959; Beiträge von Blough, Carman C., S. 47 ff und Grady, Paul, S. 56 ff

- New York University, Seventeenth Annual Institute on Federal Taxation, Matthew Bender, New York 1959
- Norr, Martin: "Taxation and Stability, Guidance from Sweden", Harvard Business Review, Januar/Februar 1960 S. 50 ff
- Osborn, Richard C.: "Corporation Finance" Harper & Brothers New York 1959
- Paton, William A.: "Asset Accounting", Macmillan, New York 1952
 "Corporation Accounts and Statements", Macmillan, New York 1955
 "Depreciation - Concept and Measurement", Journal of Accountancy, Oktober 1959, S. 38 ff
 siehe auch American Accounting Association und United States Government"
- Paton, William A. - Paton, W.: "Problemes and Cases for Asset Accounting" Macmillan, New York 1952
- Peloubet, Maurice E.: "Indictment of the Accounting Profession for Failing to Deal with the Effects of Inflation", Journal of Accountancy, Dezember 1953 S. 714 ff
- Penrose, E. T.: "Biological Analogies in the Theory of the Firm", American Economic Review, Dezember 1952 S. 806 ff
- Pigou, A. C.: "Net Income and Capital Depletion", Economic Journal 1935, S. 235 ff
- Pillsbury, Wilbur F.: "Organized Labor's Views of Corporate Financial Information", Journal of Accountancy, Juni 1958 S. 46 ff
- Preinreich, G. A. D.: "Annual Survey of Economic Theory, 'The Theory of Depreciation'", Econometrica, Juli 1938
- Preiser, Erich: "Der Kapitalbegriff und die neuere Theorie" in "Die Unternehmung im Markt" Festschrift für Wilhelm Rieger zu seinem 75. Geburtstag, Stuttgart und Köln 1953
- Rieger, Wilhelm: "Über Geldwertschwankungen" Stuttgart 1938
- Rhoads, Foster - Rodey, Bernard S.: "Public Utility Accounting" Prentice Hall, New York 1951
- Royce, Frank: "The Cost of Staying in Business", The Controller Dezember 1957 S. 577 ff
- Schindler, James S.: "Quasi Reorganization" University of Michigan, Ann Arbor 1958
- Schmidt, Fritz: "The Basis of Depreciation Charges" Harvard Business Review 1930 S. 257 ff

- Schulz, Robert S.: "Inflation - Verdict of the Market Place" Harvard Business Review September/Oktobre 1959 S.142 ff
- Schumpeter, Joseph: "History of Economic Analysis", Oxford University Press, New York 1955
- "Theorie der wirtschaftlichen Entwicklung" Berlin 1926"
- Seltzer, Lawrence H.: "The Nature and Tax Treatment of Capital Gains and Losses", National Bureau of Economic Research Inc. New York 1950
- Shoup, Carl S.: "Principles of National Income Analysis", Houghton Mifflin, Boston 1947
- Spacek, Leonhard: "Inflation in Business", The Controller Dezember 1957 S.578 ff
- "Can we Define Generally Accepted Accounting Principles?" Journal of Accountancy, Dezember 1958 S.40 ff
- Spear, Harvey M.: "Dividend Policies under Changing Price Levels", Harvard Business Review Januar 1949 S.612 ff
- "Depreciation Accounting under Changing Price Levels" Accounting Review Oktober 1949 S.369 ff
- Sutherland, Leland G.: "Depreciation of Current Costs" Current Business Studies März 1949
- Sweeney, Henry W.: "Stabilized Accounting" Dissertation Columbia University, New York 1935
- "Stabilized Accounting" Harper & Brothers, New York und London 1936
- Thorp, Willard L. - Quandt, Richard E.: "The New Inflation" Mac Graw-Hill, New York Toronto London 1959
- Terborgh, George: "Depreciation Policy and the Postwar Price Level" Machinery and Allied Products Institute (MAPI) 1949
- "Realistic Depreciation Policy" MAPI 1954
- "Underdepreciation from Inflation" Capital Goods Review No.20 MAPI Februar 1957
- "The Tax Depreciation Problem" Capital Goods Review No.34 MAPI Juni 1958
- United States Government, U.S.-Government Printing Office, Washington:
- Bureau of Internat Revenue: "Bulletin F, Income Tax Depreciation and Obsolescence Estimated Useful Lives and Depreciation Rates" 1942

Bureau of the Census: "Statistical Abstract of the United States" 1959 (80. Auflage)

"Economic Report of the President" 1960

House of Representatives, Committee of Ways and Means:
"Tax Revision Compendium" 1959

Joint Committee on the Economic Report: "Federal Tax Policy for Economic Growth and Stability" Papers submitted before the Subcommittee on Tax Policy 1955 zum Thema: "The Effectiveness of Tax Depreciation Policy in Counteracting Economic Fluctuations and Promoting Economic Growth" S. 495 ff vor allem Brown, Edgar C.: "Weaknesses of Accelerated Depreciation as an Investment Stimulus" S. 495 ff Eisner, Robert: "Changes in Methods of Depreciation and their Effects" S. 515 ff sowie die Beiträge von Joel Dean (S. 504 ff) and William A. Paton (S. 528 ff)

Securities and Exchange Commission: Temporary National Economic Committee "The Distribution of Ownership in the 200 Largest Nonfinancial Corporations" 1940

"Eighteenth Annual Report 1952" 1953

"Regulation S-X .. Form and Contents of Financial Statements", No. 3, 1953, 1954

"Twentieth Annual Report 1954" 1955

Senate: Tax Depreciation Allowances on Capital Equipment" Report of the Select Committee on Small Business 1960

Walker, Wilbert A.: "Inadequate Depreciation in the Metals Manufacturing Industry", The Controller, Dezember 1956 S. 572 ff

Wilcox, Edward B. - Greer, Howard C.: "The Case against Price-Level Adjustments in Income Determination" Journal of Accountancy, Dezember 1950 S. 492 ff

Zwiedeneck - Suedenhorst, Otto von, "Allgemeine Volkswirtschaftslehre" 2. Auflage, Springer, Berlin-Göttingen-Heidelberg, 1948

In den Fußnoten verwandte Abkürzungen:

HBR	Harvard Business Review
JofA	Journal of Accountancy

Lebenslauf

Der Verfasser wurde am 10. Mai 1933 als Sohn des späteren Generals Eugen Theilacker und seiner Frau Alice, geb. Rathgeber in Stuttgart geboren.

Er besuchte das Realgymnasium in Heidenheim an der Brenz und legte dort im Frühjahr 1952 die Reifeprüfung ab.

Eine Lehrzeit bei einem Großunternehmen der Elektroindustrie in Berlin, Karlsruhe, Hannover und Erlangen wurde mit der Kaufmannsgehilfenprüfung (Industriekaufmann) vor der Industrie- und Handelskammer in Nürnberg abgeschlossen.

Das Studium der Betriebswirtschaftslehre begann der Verfasser an der Technischen Hochschule Hannover und setzte es ab dem Wintersemester 1955 an der Ludwig-Maximilians-Universität zu München fort. An dieser Universität bestand er im Frühjahr 1959 die Prüfung als Diplom-Kaufmann und promovierte Ende 1961 mit der vorliegenden Arbeit 'cum laude' zum Dr. oec. publ.

Der Verfasser besuchte nach dem Erwerb des Diploms im Rahmen des Austauschprogramms des A.I.E.S.E.C. die Vereinigten Staaten. Während dieses Aufenthalts in den USA bereitete er an der Graduate School of Business der Columbia University (New York) seine Dissertation vor.

Seit dem 1.10.1961 ist der Verfasser in der Finanzabteilung Ausland eines Unternehmens der chemischen Industrie tätig.

